

Ich mache mich selbständig!



Steuertipps des Finanzministeriums Mecklenburg-Vorpommern
für Existenzgründerinnen und Existenzgründer

Existenzgründung in Mecklenburg-Vorpommern
EINFACH ANFANGEN





Liebe Leserinnen und Leser,

selbständige Unternehmer sind der Motor unserer sozialen Marktwirtschaft, ein ganz wesentliches Standbein unseres Wirtschaftslebens. Unternehmensgründungen sind für eine zukunftsorientierte Volkswirtschaft von großer Bedeutung. Sie leisten einen wichtigen Beitrag zur Schaffung neuer Arbeitsplätze. Ohne ein tatkräftiges, wagemutiges Unternehmertum ist kein wirtschaftliches Wachstum zu erzielen.

Die Gründung eines Unternehmens, der Schritt in die wirtschaftliche Selbständigkeit ist ohne Kenntnis der finanziellen, wirtschaftlichen und steuerlichen Rahmenbedingungen nicht zu erreichen. Gerade am Anfang ist dieser Weg mit einer Reihe von Formalitäten verbunden, die es zu meistern gilt. Wir wollen Sie bei diesem schwierigen, aber häufig auch sehr erfolgreichen Weg unterstützend begleiten.

Diese Broschüre soll Existenzgründerinnen und Existenzgründern in der Startphase als nützliche Orientierungshilfe dienen. Wir geben Ihnen viele Tipps, vor allem für den nicht immer einfachen Umgang mit dem Steuerrecht.

Im Rahmen eines solchen Ratgebers ist es jedoch nicht möglich, alle steuerlichen Probleme im Zusammenhang mit einer Unternehmensgründung erschöpfend zu behandeln. Deshalb weise ich Sie darauf hin, dass Ihnen als Ansprechpartner für die Beantwortung offener Fragen die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter Ihres zuständigen Finanzamtes gern zur Verfügung stehen. Als kompetente Ansprechpartner informieren sie über die steuerlichen Gegebenheiten und können auftretende Fragen umfassend beantworten. Neben allgemeinen Auskünften können auch spezielle Probleme erörtert werden, die mit der Unternehmensgründung verbunden sind. Im Rahmen der gesetzlichen Möglichkeiten werden wir auch nach der erfolgreichen Existenzgründung Sie und Ihr Unternehmen unterstützen. Deshalb zögern Sie bitte nicht, uns anzusprechen.

Die „Steuertipps für Existenzgründer“ sind bei allen Finanzämtern des Landes Mecklenburg-Vorpommern kostenlos erhältlich.

Für Ihren Weg in die Selbständigkeit wünsche ich Ihnen gutes Gelingen und hoffe, dass Ihnen diese Broschüre eine wertvolle Hilfestellung ist und Ihnen die ersten Schritte erleichtert.

Für Ihr Vorhaben wünsche ich Ihnen viel Erfolg.

Schwerin, im April 2006

A handwritten signature in blue ink that reads "Sigrid Keler". The signature is fluid and cursive.

*Sigrid Keler
Finanzministerin Mecklenburg-Vorpommern*

	Seite
1. Allgemeines	
1.1 Die ersten Schritte in die Selbständigkeit	4
1.2 Wo melde ich mich an?	4
1.3 Der erste Kontakt mit dem Finanzamt	4
2. Ihr neues Unternehmen	
2.1 Wahl der Rechtsform	4
2.2 Unterschiede der Unternehmensformen	5 - 6
3. Die Steuern des Unternehmens	
Steuerarten und Steuererklärungen	
3.1 Einkommensteuer	6
3.1.1 Einkünfte aus Land- und Forstwirtschaft	6
3.1.2 Einkünfte aus Gewerbebetrieb	6
3.1.3 Einkünfte aus selbständiger Arbeit	6 - 7
3.1.4 Einkünfte aus nichtselbständiger Arbeit	7
3.1.5 Einkünfte aus Kapitalvermögen	7
3.1.6 Einkünfte aus Vermietung und Verpachtung	7
3.1.7 Sonstige Einkünfte	7
3.1.8 Ermittlung des zu versteuernden Einkommens	7
3.1.9 Höhe der Einkommensteuer	7
3.1.10 Einkommensteuer bei Verheirateten	7
3.2 Körperschaftsteuer	7 - 9
3.3 Gewerbesteuer	9 - 10
3.4 Umsatzsteuer	10
3.4.1 Einleitung	10
3.4.2 Entstehung der Steuer	10 - 11
3.4.3 Umsatzsteuervoranmeldung	11
3.4.4 Umsatzsteuerjahreserklärung	11
3.4.5 Kleinunternehmer	11 - 12
3.4.6 Erleichterte Trennung der Entgelte	12
3.4.7 Geschäftsbeziehungen mit Vertragspartnern anderer EU-Mitgliedstaaten und dem übrigen Ausland	12
3.4.8 Umsatzsteuer-Nachschau	12 - 13
4. Die Gewinnermittlung	
4.1 Allgemeines	13
4.2 Einnahmen-Überschuss-Rechnung gemäß § 4 Abs. 3 EStG	13
4.3 Betriebsvermögensvergleich (Buchführung)	13 - 15
4.4 Aufzeichnung von Bargeschäften	15
4.5 Ausgewählte Einzelfragen bei der Gewinnermittlung	15 - 17

5. Ihre Pflichten als Arbeitgeber	Seite
Verfahren des Lohnsteuerabzugs und der Sozialversicherungsbeiträge	
5.1 Allgemeine Lohnsteuer	17 - 18
5.2 Pauschalierte Lohnsteuer	18 - 19
5.3 Besonderheiten bei der Besteuerung geringfügig entlohnter Beschäftigten (sog. Minijobs/400-Euro-Jobs)	19
5.4 Pauschalierung der Lohnsteuer für kurzfristig Beschäftigte	19
6. Steuervorauszahlungen	19 - 20
7. Abgabetermine und Zahlungsschonfristen	20
8. Lastschriftinzugsverfahren	20
9. Elektronische Übermittlung von Steuererklärungen	
9.1 Projekt ELSTER	20 - 22
9.2 Funktionen und unterstützte Steuerarten	22
9.3 ElsterOnlinePortal	22
9.4 Verpflichtung zur elektronischen Abgabe ab 1. Januar 2005	22 - 23
9.5 ElsterFormular	23
9.6 Weitere Informationen	23
10. Investitionszulage	24 - 25
11. Bauabzugsteuer	
Besonderheiten bei Bauleistungen	25
12. Allgemeine Hinweise und Ratschläge	25
13. Hier finden Sie weitere Unterstützung	26
Die Finanzämter in Mecklenburg-Vorpommern	
Bergen, Greifswald	27
Güstrow, Hagenow	28
Malchin, Neubrandenburg	29
Pasewalk, Ribnitz-Damgarten	30
Rostock, Schwerin	31
Stralsund, Waren	32
Wismar, Wolgast	33
Anhang (Musterformulare, Merkblätter)	34 - 74
Raum für Notizen	75 - 76
Impressum	77

1. Allgemeines

1.1 Die ersten Schritte in die Selbständigkeit

Es gibt vielfältige Gründe für den Weg in die Selbständigkeit. Der Wunsch nach mehr Unabhängigkeit, die Verwirklichung einer Geschäftsidee, der Ausweg aus der Arbeitslosigkeit, die Möglichkeit, ein höheres Einkommen zu erzielen sind nur einige davon.

Unabhängig aus welchen Gründen Sie sich für diesen Weg entschieden haben, sollten Sie beachten, dass auf dem Weg von der Geschäftsidee bis zur Unternehmensgründung viele grundlegende Informationen einzuholen und Überlegungen anzustellen sind, damit dieser Schritt auf Dauer erfolgreich sein wird.

Planungsfehler sowie nicht ausreichende Informationen sind nach Finanzierungsmängeln häufig Ursache für den Zusammenbruch von Firmen.

Mit Eigeninitiative im Vorfeld der Unternehmensgründung können Sie jedoch einiges unternehmen, um dieses Defizit schon vor dem Start in die Selbständigkeit auszuräumen und damit die Erfolgsaussichten Ihrer Unternehmensgründung verbessern.

Eine Garantie für den Erfolg gibt es aber nicht.

Zu dem Bereich der steuerlichen Regelungen erhalten Sie auf den folgenden Seiten wichtige zu beachtende Hinweise und Tipps.

1.2 Wo melde ich mich an?

Als **Gewerbetreibender** ist man bei der Aufnahme der Tätigkeit gegenüber der Stadt bzw. Gemeinde anzeigepflichtig. Diese leitet die ersten Informationen über das Gewerbe auch an das zuständige Finanzamt weiter. Notwendig ist hierzu Ihr Personalausweis bzw. Pass sowie eventuell besondere Genehmigungen und Nachweise. Mit der Gewerbebeanmeldung werden in der Regel folgende Behörden automatisch über Ihre Betriebseröffnung informiert:

- die Industrie- und Handelskammer
- die Berufsgenossenschaft
- die Handwerkskammer (bei Handwerksberufen)
- das Finanzamt

Wollen Sie eine **freiberufliche Tätigkeit** ausüben, müssen Sie die Art der Tätigkeit nicht bei der Stadt oder Gemeinde melden. Sie müssen nur das zuständige Finanzamt informieren. Die Mitteilung kann telefonisch oder formlos schriftlich erfolgen. Dies muss innerhalb eines Monats nach Aufnahme Ihrer freiberuflichen Tätigkeit erfolgen. Zuständig ist das Finanzamt, in dessen örtlichen Zuständigkeitsbereich Sie sich niederlassen oder Ihr Büro eröffnen wollen.

Sollten Sie Zweifel haben, ob die von Ihnen geplante Tätigkeit als gewerbliche oder freiberufliche Tätigkeit einzugruppieren ist, wenden Sie sich bitte an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter Ihres zuständigen Finanzamtes. Auch die Verlegung oder Aufgabe eines Betriebes sind der zuständigen Stadt, Gemeinde beziehungsweise dem zuständigen Finanzamt anzuzeigen.

1.3 Der erste Kontakt mit dem Finanzamt

Nach der Anmeldung erhalten Sie von Ihrem zuständigen Finanzamt einen Fragebogen, in dem alle Daten abgefragt werden, die für eine zutreffende Besteuerung notwendig sind. Bitte füllen Sie diesen Fragebogen vollständig und sorgfältig aus. Sie sind dazu gesetzlich verpflichtet. Anhand Ihrer Angaben in diesem Fragebogen wird das Finanzamt Ihnen eine Steuernummer zuteilen und eventuell Vorauszahlungen festsetzen. Ein Musterformular vom Fragebogen zur Steuerlichen Erfassung ist im Anhang (Seite 35-50) abgebildet.

2. Ihr neues Unternehmen

Wenn Sie sich als Unternehmer am Wirtschaftsleben beteiligen wollen, stehen verschiedene Möglichkeiten offen. Wie das Unternehmen organisiert wird, ist nicht nur steuerlich relevant.

Sie entscheiden unter anderem über die Form der Entstehung, das erforderliche Kapital, die Beteiligung am Erfolg und an den Kosten oder die Haftung. Die folgenden Seiten sollen Ihnen einen Überblick und ersten Einblick in die steuerliche Welt des Unternehmertums geben. Dazu gehört auch, zu wem Sie wann und in welcher Form Kontakt aufnehmen können, sollen und müssen.

Steuerliche Beratung ersetzt zu keinem Zeitpunkt die unternehmerische Leistung. Fehlerhafte Behandlung steuerlicher Sachverhalte aufgrund fehlender Beratung kann den unternehmerischen Erfolg aber beeinträchtigen oder gefährden. Aus diesem Grund sollten Sie sich diese Beratungsleistung rechtzeitig sichern. Diese Broschüre kann einen Berater nicht dauerhaft ersetzen.

2.1 Wahl der Rechtsform

Mit der Wahl der Rechtsform stellen Sie die Weichen für die steuerliche Behandlung Ihres unternehmerischen Wirkens.

Einzelunternehmer

Das Einzelunternehmen ist die häufigste Unternehmensform in Deutschland. Sie können allein einen Betrieb eröffnen beziehungsweise eine freiberufliche oder andere selbständige Tätigkeit als Einzelunternehmer aufnehmen.

Personengesellschaft

Gemeinsam mit anderen Personen können Sie ein Unternehmen gründen, erwerben oder als Gesellschafter einer Personengesellschaft (OHG, KG oder GbR) beitreten.

Der Unternehmer unterliegt der Einkommensteuer.

Gründung einer juristischen Person

Allein oder mit anderen können Sie eine Kapitalgesellschaft gründen beziehungsweise Anteile daran erwerben (GmbH oder AG) und als gesetzlicher Vertreter dieser Gesellschaft unternehmerische Entscheidungen treffen. Das Unternehmen ist körperschaftsteuerpflichtig.

Es beschäftigt den Gesellschafter (Unternehmer) ggf. als Arbeitnehmer oder schüttet ihm Gewinne aus. In diesem Fall ist eine strikte Trennung zwischen der Unternehmenssphäre und der des Gesellschafters (Unternehmers) vorzunehmen.

Mischformen

Sie können auch die zuvor genannten Rechtsformen kombinieren.

Bei einer GmbH und Co. KG übernimmt z.B. die Körperschaft die Geschäftsführung und Haftung für die Personengesellschaft und der oder die weiteren Gesellschafter stellen das Kapital zur Verfügung.

Auch ein Einzelunternehmer kann einen Kapitalgeber an Gewinn und Verlust beteiligen, indem er ihn als stillen Gesellschafter aufnimmt. Still heißt der Gesellschafter, weil er nach außen hin nicht auftritt. An den unternehmerischen Entscheidungen kann, aber muss er nicht beteiligt sein.

2.2 Unterschiede der Unternehmensformen

Gründungsmodalitäten

Das Einzelunternehmen ist am einfachsten zu gründen. Es ist keine Einigung zwischen mehreren Personen erforderlich. Sofern Sie als Unternehmer zur Ausübung des Gewerbes grundsätzlich (kein Verbot nach § 35 GewO) oder im Einzelfall (z.B. Meisterzwang) befugt sind, können Sie mit einer einfachen Anmeldung beginnen.

Eine GbR, KG oder OHG kann durch mündlichen oder schriftlichen Vertrag gegründet werden. Der Gesellschaftsvertrag regelt, welche Rechte und Pflichten nach innen und außen von welchem Gesellschafter übernommen werden. Er sollte deshalb zur Sicherheit für alle Beteiligten schriftlich ausformuliert werden.

Der Gesellschaftsvertrag einer GmbH kann nur mit notarieller Hilfe wirksam werden. Die Gründung der GmbH ist nicht durch mündlichen Vertrag möglich. Wird sie unwirksam gegründet, besteht sie als Personengesellschaft fort.

Auch mit einem stillen Gesellschafter wird ein Vertrag geschlossen. Je nachdem, wie viel unternehmerischen Einfluss der stille Gesellschafter laut Vertrag erhält, werden seine Einkünfte besteuert.

Ist er nur Kapitalgeber hat er Einnahmen aus Zinsen (Kapitalvermögen), die ihm der Unternehmer zahlt. Wird er am Gewinn und Verlust beteiligt, hat er selber auch unternehmerische Einkünfte.

Haftung

Bei einem Einzelunternehmen lasten alle Rechte und Pflichten auf Ihnen als Unternehmer. Sie haften gegenüber Ihrem Kunden wie gegenüber dem Finanzamt allein und mit Ihrem gesamten Vermögen.

Sie können Ihre Pflichten delegieren, haben aber für die Fehler der beauftragten Personen einzustehen.

Sofern Sie einen bereits bestehenden Betrieb übernehmen, ist auch eine Haftung für vor der Übernahme entstandene betriebliche Steuern (z. B. Umsatzsteuer, Gewerbesteuer) und für Steuerabzugsbeträge (Lohnsteuer der Arbeitnehmer) möglich. Allerdings ist diese Haftung auf das übernommene Vermögen beschränkt.

In der Personengesellschaft werden Pflichten und Risiken auf mehrere verteilt. Diese Pflichten können unterschiedlichen Umfang haben.

Die Unternehmer können sich gleichberechtigt als GbR oder in einer OHG zusammenschließen. Auch hier haften Sie gegenüber Dritten allein und müssen einen Ausgleich intern suchen. Dies gilt auch gegenüber dem Finanzamt. Hat die Gesellschaft Steuerschulden, kommt es nicht immer darauf an, wer diese verursacht hat. Das Finanzamt kann in einem Haftungsverfahren prüfen, welchen (zahlungsfähigen) Gesellschafter es in Anspruch nimmt.

Es gibt aber auch Personengesellschaftsformen, in denen die Haftung begrenzt werden kann.

In einer Kommanditgesellschaft gibt es persönlich (unbeschränkt) haftende Gesellschafter (sog. Komplementäre) und beschränkt haftende Gesellschafter (Kommanditisten), die auf einen in die Gesellschaft eingebrachten Betrag beschränkt haften. Diese Beschränkung muss im Handelsregister eingetragen werden.

Die GmbH haftet zwar gegenüber den Gläubigern selbst. Auch hier kann aber der Gesellschafter in Anspruch genommen werden. Haben Sie sich als Geschäftsführer steuerliche Versäumnisse vorzuwerfen, kann das Finanzamt bei Zahlungsunfähigkeit der Gesellschaft auf Sie zugreifen. Banken sichern sich vor Zahlungsschwierigkeiten der Körperschaft durch Bürgschaften ab.

Um eine Haftungsbeschränkung zu erreichen, muss zwingend eine Eintragung der GmbH im Handelsregister erfolgen.

Der stille Beteiligte haftet dem Finanzamt nicht.

Kapitalbedarf und Kosten

Ein Einzelunternehmen bedarf rechtlich keiner Einlage und keines Eigenkapitals. Sie brauchen nur Liquidität, um tätig werden zu können. Die steuerlichen Pflichten können Sie als Unternehmer rechtlich gesehen selbst erfüllen. Regelmäßige gute steuerliche Beratung macht sich jedoch bezahlt. Die Finanzämter können in steuerlichen Fragen helfen. Eine perspektivische Beratung ist ihnen nicht erlaubt.

Personengesellschaften können ohne Einlage gegründet werden. Soll bei einer KG die Haftungsbeschränkung für den Kommanditisten eintreten, so muss die vereinbarte Kommanditeinlage in das Handelsregister eingetragen werden. Erfolgt dies nicht, besteht eine OHG fort, in der alle gleichrangig haften. Soweit der Kommanditist seine Einlage noch nicht geleistet hat, haftet er dafür auch mit seinem Privatvermögen. Für eine Personengesellschaft ergibt sich ein gegenüber dem Einzelunternehmen erhöhter Beratungsbedarf.

Für die Gründung einer GmbH brauchen Sie ein Stammkapital von mindestens 25.000 Euro. Für die Eintragung zum Handelsregister müssen mindestens 12.500 Euro eingezahlt sein. Durch die Buchführungsverpflichtung der Kapitalgesellschaft ergeben sich zwangsläufig Folgekosten für den Beratungsbedarf.

3. Die Steuern des Unternehmens

Steuerarten und Steuererklärungen

3.1 Einkommensteuer

Als Unternehmer unterliegen Sie der Einkommensteuer wie ein Arbeitnehmer. Sie sind auch zur Zahlung des Solidaritätszuschlags und ggf. der Kirchensteuer bei entsprechender Zugehörigkeit verpflichtet.

Auch der Gewinnanteil aus einer Personengesellschaft unterliegt beim Gesellschafter der Einkommensteuer, da die Personengesellschaft selbst weder Einkommen- noch Körperschaftsteuer zahlt.

Bei der Einkommensteuer wird zwischen verschiedenen Einkunftsarten unterschieden, wobei für Unternehmer insbesondere die Einkünfte aus Land- und Forstwirtschaft, aus Gewerbebetrieb und aus selbständiger Arbeit eine Rolle spielen (sog. Gewinneinkunftsarten):

3.1.1 Einkünfte aus Land- und Forstwirtschaft

Hierzu zählen beispielsweise Einkünfte aus Landwirtschaft, Forstwirtschaft, Gartenbau und aus allen Betrieben, die Pflanzen und Pflanzenteile mit Hilfe der Naturkräfte gewinnen. Auch die Tierzucht und Tierhaltung gehört dazu, es sei denn, es handelt sich um eine gewerbliche Tätigkeit (abhängig vom Verhältnis der Größe des Viehbestands zur landwirtschaftlich genutzten Fläche). Die Tätigkeit muss – wie die gewerbliche – selbständig, nachhaltig, in Gewinnerzielungsabsicht und unter Teilnahme am wirtschaftlichen Verkehr erfolgen.

3.1.2 Einkünfte aus Gewerbebetrieb

Einkünfte aus Gewerbebetrieb liegen vor, wenn Sie

- selbständig (nicht abhängig),
- nachhaltig (nicht nur vorübergehend),
- in Gewinnerzielungsabsicht (langfristig Gewinne, die höher sind, als die Anlaufverluste),
- unter Teilnahme am allgemeinen wirtschaftlichen Verkehr (Leistungen werden am Markt angeboten) tätig sind und
- es sich weder um eine land- und forstwirtschaftliche noch um eine selbständige Tätigkeit handelt. Gewerbliche Einkünfte ziehen eine Gewerbesteuerpflicht nach sich.

3.1.3 Einkünfte aus selbständiger Arbeit

Hierzu zählen selbständig ausgeübte wissenschaftliche, künstlerische, schriftstellerische, unterrichtende oder erzieherische Tätigkeiten sowie die selbständige Berufstätigkeit der Ärzte, Zahnärzte, Tierärzte, Rechtsanwälte, Notare, Patentanwälte, Vermessungsingenieure, Ingenieure, Architekten, Handelschemiker, Wirtschaftsprüfer, Steuerberater, beratenden Volks- und Betriebswirte, vereidigten Buchprüfer, Steuerbevollmächtigten, Heilpraktiker, Dentisten, Krankengymnasten, Journalisten, Bildberichterstatter, Dolmetscher, Übersetzer, Lotsen und ähnlicher Berufe.

Die Tätigkeit muss – wie die gewerbliche – nachhaltig, in Gewinnerzielungsabsicht und unter Teilnahme am wirtschaftlichen Verkehr erfolgen.



Für alle Gewinneinkunftsarten gilt:

Ihren Gewinn müssen Sie als Unternehmer selbst ermitteln. Gemäß den gesetzlichen Bestimmungen kann die Gewinnermittlung je nach Betriebsgröße und Art der Tätigkeit entweder durch Einnahme-Überschussrechnung oder durch Betriebsvermögensvergleich (Bilanzierung) erfolgen. Nähere Ausführungen dazu finden Sie unter Punkt 4. Gewinnermittlung.

Der Gewinn einer Personengesellschaft und die auf die Gesellschafter entfallenden Anteile werden gesondert und einheitlich festgestellt.

Dabei sind sowohl die gemeinschaftlich erzielten Erträge bzw. getätigten Aufwendungen zu berücksichtigen, als auch solche Aufwendungen und Erträge, die nur auf einen Gesellschafter entfallen und mit dem Betrieb der Personengesellschaft zusammenhängen (Sonderbetriebseinnahmen und -ausgaben) oder die auf Wirtschaftsgütern beruhen, die nur einem Gesellschafter gehören und die dem Betrieb der Personengesellschaft dienen (z. B. ein Grundstück, das der Gesellschafter der Gesellschaft zur Nutzung überlässt) oder die der Beteiligung des Gesellschafters dienen (z. B. ein Kredit, den der Gesellschafter zur Finanzierung seiner Beteiligung aufgenommen hat). Die Gewinnanteile sind im Rahmen der Einkommensteuer-

klärungen zu berücksichtigen. Betreiben Sie Ihr Einzelunternehmen nicht im Bereich des Finanzamtes, in dessen Bereich sich Ihr Wohnsitz befindet, erfolgt eine gesonderte Feststellung des Gewinns.

Als Einzelunternehmer oder Gesellschafter einer Personengesellschaft erklären Sie Ihren Gewinn in ihrer Einkommensteuererklärung zusammen mit den Einkünften aus den übrigen Einkunftsarten:

3.1.4 Einkünfte aus nichtselbständiger Arbeit

Hierzu gehören Löhne, Gehälter und andere Bezüge aus einem öffentlichen oder privaten gegenwärtigen oder früheren Dienstverhältnis.

3.1.5 Einkünfte aus Kapitalvermögen

Hierzu gehören beispielsweise Zinsen, Dividenden und Gewinnausschüttungen von Kapitalgesellschaften.

3.1.6 Einkünfte aus Vermietung und Verpachtung

Hierzu gehören beispielsweise die Einkünfte aus der Vermietung und Verpachtung von Grundstücken, Gebäuden und Gebäudeteilen.

3.1.7 Sonstige Einkünfte

Hierzu gehören beispielsweise Renten sowie (unter bestimmten Voraussetzungen) private Veräußerungsgewinne.

3.1.8 Ermittlung des zu versteuernden Einkommens

Von der Summe der Einkünfte sind bei Vorliegen der jeweiligen Voraussetzungen verschiedene Abzüge möglich:

- Altersentlastungsbetrag
- Entlastungsbetrag für Alleinerziehende
- Freibetrag für Land- und Forstwirte
- = Gesamtbetrag der Einkünfte
- Verlustvortrag bzw. -rücktrag
Verluste aus dem Folgejahr oder aus früheren Jahren können (betragsmäßig begrenzt) abgezogen werden. Durch die Anrechnung von Anfangsverlusten im Vorjahr der Unternehmensgründung (bis zu einer Höhe von 511.500 Euro) kann so eine Einkommensteuererstattung für das Vorjahr erreicht werden, wenn im Vorjahr Einkommensteuer (auch z. B. durch den Ehegatten) gezahlt wurde.
- Sonderausgaben
z. B. private Versicherungsbeiträge, Spenden
- Außergewöhnliche Belastungen
z. B. Krankheitskosten, Unterhaltsaufwendungen für gesetzlich unterhaltsberechtigte Personen, Ausbildungsfreibetrag
- = Einkommen
- ggf. kindbezogene Freibeträge
Kinderfreibeträge werden abgezogen, wenn die dadurch entstehende Steuerersparnis höher ist als das Kindergeld (Günstigerprüfung).
- = zu versteuerndes Einkommen

3.1.9 Höhe der Einkommensteuer

Die Bemessungsgrundlage der Einkommensteuer ist das zu versteuernde Einkommen einer natürlichen Person innerhalb des Veranlagungszeitraumes.

Der Steuersatz ist z. B. von der Höhe des Einkommens und dem Familienstand abhängig. Auch bestimmte Lohnersatzleistungen wie Krankengeld und Arbeitslosengeld I können Einfluss auf den Steuersatz haben. Bis zu einem sogenannten Grundfreibetrag von zur Zeit 7.664 Euro fällt keine Steuer an. Der Spitzensteuersatz beträgt zur Zeit 42 %.

Um Ihre festzusetzende Einkommensteuer zu ermitteln, können noch verschiedene Minderungsbeträge abgezogen werden, so ermäßigt z. B. bei gewerblichen Einkünften die auf diese gewerblichen Einkünfte entfallende Einkommensteuer um das 1,8fache des Gewerbesteuer-Messbetrages (sogenannte Gewerbesteueranrechnung).

Auf die festgesetzte Einkommensteuer werden Steuerbeträge angerechnet, die schon vorher gezahlt (Einkommensteuer-Vorauszahlungen) oder durch Steuerabzug erhoben wurden: z. B. Lohnsteuer, Kapitalertragsteuer, Zinsabschlag. Der sich dann ergebende Betrag ist von Ihnen an das Finanzamt zu zahlen oder wird Ihnen vom Finanzamt erstattet.

3.1.10 Einkommensteuer bei Verheirateten

Wenn Sie verheiratet sind, können Sie wählen, ob eine Zusammenveranlagung oder eine getrennte Veranlagung (oder im Jahr der Eheschließung eine sogenannte besondere Veranlagung) durchgeführt werden soll. Ein Musterformular der Einkommensteuererklärung (Mantelbogen) ist im Anhang (Seite 50-53) abgebildet.

3.2 Körperschaftsteuer

Die Körperschaftsteuer ist die Steuer vom Einkommen der Körperschaften, z.B. einer Gesellschaft mit beschränkter Haftung - GmbH -, Personenvereinigungen, z. B. eines nicht in das Vereinsregister eingetragenen Vereins, und Vermögensmassen, z. B. einer Stiftung des privaten Rechts. Die Körperschaftsteuer ergänzt die Einkommensteuer der natürlichen Personen. Sie ist erforderlich, weil Körperschaften, Personenvereinigungen und Vermögensmassen zwar auch Einkommen erzielen können, dieses Einkommen aber nicht ohne weiteres natürlichen Personen zugerechnet werden kann. Die Notwendigkeit einer gesonderten **Steuer vom Einkommen der Körperschaften**, Personenvereinigungen und Vermögensmassen lässt sich am Unterschied zwischen Personengesellschaften (wie der Gesellschaft bürgerlichen Rechts – GbR –, der Offenen Handelsgesellschaft – OHG –, der Kommanditgesellschaft – KG) und Kapitalgesellschaften (wie der Aktiengesellschaft – AG – und der schon erwähnten GmbH) verdeutlichen. In beiden Fällen erzielt eine Gesellschaft Einkommen. Personengesellschaften sind

jedoch ‚transparent‘, d. h. ihr Einkommen kann unmittelbar den Gesellschaftern als eigenes Einkommen zugerechnet werden. Deshalb bedarf es bei Personengesellschaften keiner Besteuerung des von der Gesellschaft erzielten Einkommens.

Anders bei **Kapitalgesellschaften**. Hier erzielt der Gesellschafter erst dann ein Einkommen, wenn die Gesellschaft Gewinn ausschüttet, also Dividenden zahlt. Will man das Einkommen der Gesellschaft bis dahin nicht unverteuert lassen, muss bei Kapitalgesellschaften eine Steuer auf das Einkommen der Gesellschaft erhoben werden. Noch eindeutiger ist dies bei Vereinen - hier haben die Gesellschafter/Mitglieder gar keinen Anspruch auf eine Gewinnausschüttung - und Stiftungen - hier gibt es gar keine Gesellschafter/Mitglieder, die einen Anspruch auf eine Gewinnausschüttung haben könnten.

Das Aufkommen der Körperschaftsteuer stammt ganz überwiegend von Kapitalgesellschaften (AG, GmbH) und Genossenschaften (eingetragene Genossenschaft – eG –). Deshalb soll es im Folgenden nur noch um diese Körperschaften gehen. Für Vereine und Stiftungen geht es dagegen insbesondere um Fragen der Gemeinnützigkeit (➤ **Gemeinnützigkeit**).

Die Körperschaftsteuer ist bei Kapitalgesellschaften und Genossenschaften geprägt durch die Funktion der Besteuerung als Ergänzung/Vorwegnahme der Einkommensteuer der natürlichen Personen.

Einerseits wird für die **Ermittlung des zu versteuernden Einkommens** soweit wie möglich zurückgegriffen auf die entsprechenden Vorschriften des Einkommensteuergesetzes, andererseits wird berücksichtigt, dass der für Ausschüttungen verwendete Gewinn der Körperschaft bereits mit einer Steuer vom Einkommen belastet ist. Kapitalgesellschaften und Genossenschaften gelten immer als Kaufleute, erzielen deshalb nur gewerbliche Einkünfte und haben ihren steuerlichen Gewinn nach den Bestimmungen des Einkommensteuergesetzes auf der Grundlage des handelsrechtlichen Jahresabschlusses zu ermitteln.

Auf das zu versteuernde Einkommen der Körperschaft wird ein **Steuersatz** von 25 % angewendet; im Unterschied zur Einkommensteuer gibt es weder einen Grundfreibetrag noch einen progressiven Tarifverlauf. Kapitalgesellschaften und Genossenschaften haben – anders als natürliche Personen – keine Privat-Sphäre, deshalb braucht bei der Gestaltung der Körperschaftsteuer-Tarifs auch nicht auf die persönliche Leistungsfähigkeit der Körperschaften Rücksicht genommen werden. Andererseits ist bei der Festlegung des Körperschaftsteuer-Satzes in Rechnung gestellt worden, dass Kapitalgesellschaften und Genossenschaften regelmäßig auch der Gewerbesteuer (➤ **Gewerbesteuer**) unterliegen. Durch Körperschaftsteuer und

Gewerbesteuer zusammen beträgt die Belastung des Unternehmens je nach gemeindlichen Hebesatz bei der Gewerbesteuer ca. 37–39 %.

Werden **Gewinne** von Kapitalgesellschaften und Genossenschaften an die Anteilseigner **ausgeschüttet**, unterliegen diese Erträge als Einkünfte aus Kapitalvermögen beim Anteilseigner (= natürliche Person) noch einmal der Besteuerung nach dem Einkommen. Um die doppelte Belastung des für die Ausschüttung verwendeten Gewinns zunächst bei der Gesellschaft mit Körperschaftsteuer und dann beim Anteilseigner mit Einkommensteuer zu mildern, kommt auf der Seite des Anteilseigners das sog. **„Halbeinkünfteverfahren“** zur Anwendung. Danach wird (im Ergebnis) bei der Ermittlung des zu versteuernden Einkommens nur die Hälfte der Einkünfte aus Kapitalvermögen berücksichtigt.

Als Besonderheit bei der Besteuerung von Körperschaften gilt das Rechtsinstitut der sogenannten **„verdeckten Gewinnausschüttung“** (vGA).

Hierunter werden - vereinfacht gesagt - Geschäftsvorgänge zwischen Kapitalgesellschaft und Gesellschafter verstanden, die zwar in Form von zivilrechtlich zwischen diesen grundsätzlich zulässigen Rechtsgeschäften erfolgen, aber steuerlich nicht anzuerkennen sind, weil sie bei wirtschaftlicher Betrachtung lediglich eine ordentliche Gewinnausschüttung aus dem von der Körperschaft erzielten Einkommen und von ihr auch zu versteuerndem Einkommen verdecken.

Typisches Beispiel hierfür ist die Vereinbarung von **der Höhe nach unangemessene Vergütungen** zwischen Kapitalgesellschaft und ihrem Gesellschafter/einer diesem nahestehende Person (etwa die Vereinbarung zu hoher Gehälter oder Gewährung unüblich hoher Zinsen für ein der Gesellschaft eingeräumtes Darlehen, aber auch - in umgekehrter Richtung - eine zu niedrige oder Nichtverzinsung eines dem Gesellschafter von der Gesellschaft gewährten Darlehens). Insbesondere bei **beherrschenden Gesellschaftern** oder verschiedenen Gesellschaftern mit **gleichgerichteten Interessen** ist zudem zu beachten, dass Vereinbarungen mit der Kapitalgesellschaft **im Vorwege und in klarer und eindeutiger Form** zu treffen sind, um steuerlich anerkannt zu werden. **Schriftform** ist - je nach Art des Rechtsgeschäfts - grundsätzlich zwar nicht erforderlich, jedoch **dringend anzuraten**. Kommt es zum Ansatz einer verdeckten Gewinnausschüttung, wird das Einkommen der Kapitalgesellschaft entsprechend erhöht. Gleichzeitig ist die verdeckte Gewinnausschüttung bei dem betroffenen Gesellschafter anzusetzen (grundsätzlich als Einkünfte aus Kapitalvermögen). Ist das zugrundeliegende Rechtsgeschäft bei diesem bereits unter einer anderen Einkunftsart erfasst worden (z. B. bei einem zu hohen Gehalt als Einkünfte aus nichtselbstständiger Arbeit), kommt insoweit eine Umqualifizierung dieser bereits erfassten Einkünfte in Betracht.

Welche konkreten steuerlichen Auswirkungen - und ggf. Belastungen - aus dem Ansatz von verdeckte Gewinnausschüttungen entstehen, hängt vom jeweiligen Einzelfall ab.

Von der Körperschaftsteuer zu unterscheiden ist die **Kapitalertragsteuer** beim Bezug von Gewinnausschüttungen. Dabei handelt es sich um eine im Wege des Steuerabzugs vom Schuldner der Kapitalerträge zu erhebende Vorauszahlung auf die Einkommensteuer des Anteilseigners. Die vom Schuldner der Kapitalerträge für Rechnung des Anteilseigners einbehaltene und an das Finanzamt abgeführte Kapitalertragsteuer wird bei der Veranlagung zur Einkommensteuer angerechnet. Ein Musterformular der Körperschaftsteuererklärung ist im Anhang (Seite 54-57) abgebildet.

3.3 Gewerbesteuer

Um die finanzielle Eigenverantwortung der Gemeinden zu stärken, wird ihnen im Grundgesetz ausdrücklich eine wirtschaftskraftbezogene Steuerquelle mit eigenem Hebesatzrecht zugestanden. Dies ist eine Umschreibung für die Gewerbesteuer. Die Gewerbesteuer stellt für zahlreiche Gemeinden eine wichtige Einnahmequelle dar. Die Gewerbesteuer ist eine Objektsteuer. Anknüpfungspunkt für die Steuer (Besteuerungsgegenstand) ist nicht, wie bei der Einkommensteuer, das persönliche Einkommen einer Person, sondern der „Gewerbebetrieb“; daher auch die Bezeichnung Sach- oder Realsteuer.

Der Steuersatz (Hebesatz)

Eigenes Hebesatzrecht bedeutet, dass die einzelne Gemeinde selbst den Steuersatz („Hebesatz“) für die Gewerbesteuer festlegt, also selbst über die Höhe der Gewerbesteuerbelastung der Unternehmen einerseits und des Gewerbesteueraufkommens der Gemeinde andererseits entscheidet. Die Hebesätze sind in den einzelnen Gemeinden deshalb nicht einheitlich. Seit 2004 ist jede Gemeinde verpflichtet, auch tatsächlich eine Gewerbesteuer zu erheben; der Hebesatz beträgt von Gesetzes wegen mindestens 200 %.

Bemessungsgrundlagen

Der Gewerbesteuer unterliegen alle im Inland betriebenen Gewerbebetriebe. Das sind insbesondere Einzelunternehmen und Personengesellschaften mit Einkünften aus Gewerbebetrieb im Sinne des Einkommensteuergesetzes sowie Kapitalgesellschaften (GmbH, AG etc.).

Kapitalgesellschaften gelten unabhängig von der Art der Tätigkeit immer als Gewerbebetrieb. Nicht unter die Gewerbesteuer fallen Land- und Forstwirte sowie Freiberufler, es sei denn, diese Tätigkeiten werden in der Rechtsform einer Kapitalgesellschaft ausgeführt.



Die Gewerbesteuer bemisst sich nach dem Gewerbeertrag. Das ist der nach den Vorschriften des Einkommensteuergesetzes oder des Körperschaftsteuergesetzes ermittelte Gewinn aus Gewerbebetrieb, vermehrt um Hinzurechnungen und vermindert um Kürzungen.

Die Hinzurechnungen und Kürzungen haben unterschiedliche Funktionen:

- Bei der Ermittlung des Gewinns als Betriebsausgaben abzugsfähige Beträge (Entgelte für Dauerschulden, Renten und dauernde Lasten, Gewinnanteile des stillen Gesellschafters) werden für die Ermittlung des Gewerbeertrags dem Gewinn aus Gewerbebetrieb ganz oder teilweise wieder hinzugerechnet. Dies erfolgt, weil bei der Gewerbesteuer die Ertragskraft des Gewerbebetriebs (Gewerbeertrag), nicht die persönliche Leistungsfähigkeit des Unternehmers besteuert werden soll. Nur insoweit kommt noch der Objektcharakter der Gewerbesteuer zum Tragen.
- Die übrigen Hinzurechnungen und Kürzungen sind technischer Natur und dienen im wesentlichen
 - der Begrenzung des Gewerbeertrages auf den im Inland erzielten Gewinn,
 - der Vermeidung der gewerbesteuerlichen Doppelbesteuerung bei Personen- und Kapitalgesellschaften auf der Ebene der Gesellschaft einerseits und der der Gesellschafter andererseits,
 - der Vermeidung der Doppelbelastung mit Gewerbesteuer und Grundsteuer.

Ermittlung

Die Gewerbesteuer wird in zwei Stufen ermittelt. Auf der ersten Stufe wird auf den Gewerbeertrag die Messzahl angewendet; dies ergibt den Gewerbesteuermessbetrag. Auf der zweiten Stufe wird auf den Gewerbesteuermessbetrag der Hebesatz der einzelnen Gemeinde angewendet. Dies ergibt die festgesetzte Gewerbesteuer.

Die Messzahl beträgt allgemein 5 %. Für Einzelunternehmen und Personengesellschaften ermäßigt sich der Gewerbesteuermessbetrag, indem hier zunächst vom Gewerbeertrag noch ein Freibetrag (für den „Unternehmerlohn“) von 24.500 Euro abgezogen wird und dann die Messzahl von 5 % erst nach vier Stufen von jeweils 12.000 Euro erreicht wird (Staffeltarif). Bei Einzelunternehmen und Mitunternehmern von Personengesellschaft wird außerdem die Gewerbesteuer auf die Einkommensteuer der Unternehmer angerechnet.

Verwaltung

Die Verwaltung, Festsetzung und Erhebung der Gewerbesteuer obliegt Finanzämtern und Gemeinden. Die Aufgaben sind wie folgt verteilt:

Das Grundgesetz ordnet die Verwaltung der Gewerbesteuer grundsätzlich den Landesfinanzbehörden, also den Finanzämtern, zu. Die Länder können aber die Verwaltung der Gewerbesteuer auch ganz oder zum Teil den Gemeinden übertragen. Davon hat Mecklenburg-Vorpommern (sowie alle anderen Flächenländer; eine Ausnahme bilden nur die Stadtstaaten) Gebrauch gemacht und den Gemeinden die Festsetzung und Erhebung der Gewerbesteuer übertragen; dies schließt die Entscheidung über Stundung, Niederschlagung und Erlass der Gewerbesteuer ein. Den Finanzämtern verbleiben danach die Aufgaben der Ermittlung der Besteuerungsgrundlagen und Festsetzung (und ggf. Zerlegung) des Steuermessbetrags. Dem Unternehmer wird der Gewerbesteuermessbescheid durch das Finanzamt, der Gewerbesteuerbescheid durch die Gemeinde bekannt gegeben; dabei ist der Gewerbesteuermessbescheid bindender Grundlagenbescheid für den Gewerbesteuerbescheid. Die Aufgabenverteilung zwischen Finanzverwaltung und Gemeinde schlägt auch beim Rechtsschutz durch. Gegen den Gewerbesteuermessbescheid kann der Unternehmer beim Finanzamt Einspruch einlegen sowie Aussetzung der Vollziehung beantragen; insoweit ist der Finanzrechtsweg gegeben. Die Gemeinde ist insoweit nicht befugt, Rechtsbehelfe einzulegen. Besteht Streit darüber, welcher Gemeinde die Gewerbesteuer zusteht, hat das Finanzamt zunächst einen Zuteilungsbescheid zu erteilen, der dann angegriffen werden kann. Gegen den Gewerbesteuerbescheid kann der Unternehmer Widerspruch bei der Gemeinde einlegen; insoweit ist der Rechtsweg vor den Verwaltungsgerichten gegeben.

Zerlegung des Gewerbesteuermessbetrags

Die Gewerbesteuer steht der Gemeinde zu, in der eine Betriebsstätte zur Ausübung des Gewerbes unterhalten wird. Befinden sich Betriebsstätten desselben Gewerbebetriebs in mehreren Gemeinden, so wird die Gewerbesteuer in jeder Gemeinde nach dem Teil des Gewerbesteuermessbetrags erhoben, der auf sie entfällt. Dazu muss der Gewerbesteuermessbetrag zerlegt werden. Die Zerlegung ist Konsequenz des Äquivalenzprinzips. Zerlegungsmaßstab ist grundsätzlich das Verhältnis der Arbeitslöhne, die an die in den einzelnen Betriebsstätten beschäftigten Arbeitnehmer gezahlt werden. Soweit dies zu unbilligen Ergebnissen führen würde, soll nach einem besseren Maßstab zerlegt werden. Die Zerlegung ist Aufgabe der Finanzämter. Die auf die einzelnen Gemeinden entfallenden Zerlegungsanteile werden durch Bescheid festgesetzt, der sowohl dem Unternehmer als auch den steuerberechtigten Gemeinden bekannt gegeben wird. Gegen einen Zerlegungsbescheid des Finanzamtes können neben dem Unternehmer auch die beteiligten Gemeinden Einspruch einlegen. Ein Musterformular der Gewerbesteuererklärung ist im Anhang (Seite 58-61) abgebildet.

3.4 Umsatzsteuer

3.4.1 Einleitung

Wenn Sie als Unternehmer i.S.d. Umsatzsteuergesetzes steuerpflichtige Umsätze tätigen, sind Sie verpflichtet, die entsprechenden Umsatzsteuerbeträge selbst zu berechnen und an das Finanzamt abzuführen.

Für die durch Sie erbrachten Leistungen sind grundsätzlich Rechnungen gegenüber dem Leistungsempfänger zu erstellen. Hierbei müssen Sie einige formelle Anforderungen beachten. Es folgt eine Zusammenstellung der Angaben, die eine Rechnung enthalten muss:

Anforderungen an eine Rechnung

(Gesamtbetrag größer als 100 Euro)

- den vollständigen Namen und die vollständige Anschrift des leistenden Unternehmers und des Leistungsempfängers
- die dem leistenden Unternehmer vom Finanzamt erteilte Steuernummer oder die ihm vom Bundesamt für Finanzen erteilte Umsatzsteuer-Identifikationsnummer
- das Ausstellungsdatum
- eine fortlaufende Nummer mit einer oder mehreren Zahlenreihen, die zur Identifizierung der Rechnung vom Rechnungsaussteller einmalig vergeben wird (Rechnungsnummer),
- Menge und Art (handelsübliche Bezeichnung) des gelieferten Gegenstandes oder die Art und den Umfang der sonstigen Leistung,
- Zeitpunkt der Lieferung oder der sonstigen Leistung oder bei Anzahlungen der Zeitpunkt der Vereinnahmung des Entgelts oder eines Teils des Entgelts,
- das nach Steuersätzen und einzelnen Steuerbefreiungen aufgeschlüsselte Entgelt für die Lieferung oder sonstige Leistung sowie jede im Voraus vereinbarte Minderung des Entgelts, sofern sie nicht bereits im Entgelt berücksichtigt ist
- den anzuwendenden Steuersatz sowie den Steuerbetrag oder einen Hinweis auf die Steuerbefreiung.

Bei Vorliegen der gesetzlichen Voraussetzungen sind Sie berechtigt, die Ihnen von anderen Unternehmern für Leistungsbezüge für Ihr Unternehmen in Rechnung gestellten Umsatzsteuerbeträge als Vorsteuer beim Finanzamt geltend zu machen. Diese Vorsteuerbeträge sind von den geschuldeten Umsatzsteuerbeträgen des betreffenden Zeitraumes abzusetzen.

3.4.2 Entstehung der Steuer

Grundsätzlich sind Sie verpflichtet, die Steuer nach vereinbarten Entgelten (sog. Soll-Besteuerung) zu berechnen. Die Steuer entsteht dann mit Ablauf des Vor-

anmeldungszeitraums (Tz. 3.4.3), in dem die Leistungen ausgeführt worden sind. Hierbei ist unbeachtlich, ob der Leistungsempfänger bereits das betreffende Entgelt gezahlt hat.

Trifft eine der nachfolgenden Voraussetzungen zu, können Sie beim Finanzamt die Berechnung der Steuer nach vereinnahmten Entgelten (sog. Ist-Besteuerung) beantragen:

- Ihr Gesamtumsatz wird im Jahr der Betriebseröffnung voraussichtlich 500.000 Euro nicht übersteigen. Beträgt in den Folgejahren der Gesamtumsatz des vorangegangenen Kalenderjahres ebenfalls nicht mehr als 500.000 Euro, kann die Ist-Besteuerung weiter angewendet werden.
- Sie werden von der Verpflichtung, Bücher zu führen und auf Grund jährlicher Bestandsaufnahmen regelmäßig Abschlüsse zu machen, befreit oder
- haben Umsätze aus der Tätigkeit als Angehöriger eines freien Berufs (z. B. Arzt, Rechtsanwalt, Künstler usw.).

In diesen Fällen entsteht die Steuer mit Ablauf des Voranmeldungszeitraums, in dem die Entgelte tatsächlich vereinnahmt worden sind.



In bestimmten Fällen schulden Sie auch als Leistungsempfänger die Umsatzsteuer. Dies gilt insbesondere für steuerpflichtige

- Werklieferungen und sonstige Leistungen eines im Ausland ansässigen Unternehmers;
- Lieferungen sicherungsübereigneter Gegenstände durch den Sicherungsgeber an den Sicherungsnehmer außerhalb des Insolvenzverfahrens;
- Umsätze, die unter das Grunderwerbsteuergesetz fallen;
- Werklieferungen und sonstige Leistungen, die der Herstellung, Instandsetzung, Instandhaltung, Änderung oder Beseitigung von Bauwerken dienen, mit Ausnahme von Planungs- und Überwachungsleistungen.

In diesen Fällen entsteht die Steuer mit Ausstellung der Rechnung, jedoch spätestens mit Ablauf des der Ausführung der Leistung folgenden Kalendermonats.

3.4.3 Umsatzsteuervoranmeldung

Im Kalenderjahr der Aufnahme Ihrer gewerblichen und beruflichen Tätigkeit und im folgenden Kalenderjahr sind Sie verpflichtet, die Steuer monatlich anzumelden und abzuführen. Diese monatliche Voranmeldung müssen Sie grundsätzlich auf elektronischem Weg (s.a. Abschnitt 9 Elektronische Steuererklärung -

ELSTER) bis zum 10. Tag nach Ablauf des Voranmeldungszeitraums übermitteln. Auf Antrag verlängert Ihnen Ihr Finanzamt die Frist für die Abgabe der Voranmeldungen um einen Monat.



Durch die Fristverlängerung zur Abgabe der Voranmeldungen erhalten Sie auch mögliche Vorsteuererstattungen aus Investitionen später, was die Liquidität beeinflusst.

Später ist der Voranmeldungszeitraum grundsätzlich das Kalendervierteljahr. Beträgt die Steuer für das vorangegangene Kalenderjahr aber mehr als 6.136 Euro, ist die Steuer ebenfalls monatlich anzumelden und abzuführen. In den Fällen, in denen die Steuer für das vorangegangene Kalenderjahr nicht mehr als 512 Euro beträgt, kann das Finanzamt Sie von der Verpflichtung zur Abgabe von Umsatzsteuervoranmeldungen befreien.

Ein Musterformular der Umsatzsteuervoranmeldung ist im Anhang (Seite 62-66) abgebildet.

3.4.4 Umsatzsteuerjahreserklärung

Der Besteuerungszeitraum ist das Kalenderjahr. In dem Jahr, in dem Sie Ihr Unternehmen eröffnet haben, tritt der Zeitraum Ihrer gewerblichen und beruflichen Tätigkeit an die Stelle des Kalenderjahres.

Als Unternehmer sind Sie verpflichtet, für jedes Kalenderjahr eine Umsatzsteuererklärung abzugeben. Hier müssen Sie selbst berechnen, ob und wie viel Umsatzsteuer Sie zu zahlen haben oder ob es einen Überschuss zu Ihren Gunsten gibt. Mit dieser Anmeldung der Jahressteuer fassen Sie die bereits eingereichten „Umsatzsteuervoranmeldungen“ zusammen und können diese, wenn es notwendig ist, berichtigen.

Ein Musterformular der Umsatzsteuererklärung ist im Anhang (Seite 67-70) abgebildet.

3.4.5 Kleinunternehmer

Kleinunternehmer haben unter bestimmten Umständen steuerliche Vorteile.

Als Kleinunternehmer gilt der, dessen voraussichtlicher Umsatz im Kalenderjahr der Unternehmenseröffnung die Grenze von 17.500 Euro (einschließlich Umsatzsteuer) nicht überschreitet. In den Folgejahren darf der Umsatz des vorangegangenen Kalenderjahres 17.500 Euro und der voraussichtliche Umsatz für das laufende Kalenderjahr 50.000 Euro nicht übersteigen. Bei der Berechnung müssen Sie stets vom Jahresumsatz (vereinnahmte Entgelte zuzüglich Umsatzsteuer) ausgehen, wenn Sie die genannten Grenzen ermitteln. Im Laufe des Kalenderjahres, in dem Sie Ihre gewerbliche oder berufliche Tätigkeit neu aufnehmen, ist allein auf den voraussichtlichen Umsatz in diesem Kalenderjahr abzustellen.

Von Kleinunternehmern wird die von Ihnen geschuldete Umsatzsteuer nicht erhoben. Sie dürfen allerdings keine Rechnungen mit gesondert ausgewiesener Umsatzsteuer ausstellen, da Sie diese sonst schulden und auch an das Finanzamt zu zahlen hätten. Als Kleinunternehmer dürfen Sie auch keine Vorsteuer abziehen.



In der Startphase eines Unternehmens werden oftmals größere Investitionen getätigt. Die möglicherweise daraus resultierenden Vorsteuerüberschüsse können bei Inanspruchnahme der Kleinunternehmerregelung nicht gegenüber dem Finanzamt geltend gemacht werden.

Sie haben die Möglichkeit, auf die Anwendung der Kleinunternehmerregelung zu verzichten und unterliegen dann der Umsatzbesteuerung nach den allgemeinen Regelungen des Umsatzsteuergesetzes. Ihnen steht dann der Vorsteuerabzug zu.

Ferner können Sie Ihren Kunden Rechnungen mit gesondert ausgewiesener Umsatzsteuer erteilen, auch wenn der Umsatz die vorgenannten Grenzen nicht überschreitet.

3.4.6 Erleichterte Trennung der Entgelte

Sollte die getrennte Aufzeichnung einzelner Waren nach Steuersätzen nicht möglich oder mit erheblichen Schwierigkeiten verbunden sein (z. B. Lebensmitteleinzelhändler), können Sie beim Finanzamt ein „erleichtertes Verfahren zur Trennung der Entgelte“ beantragen. Der Vorteil ist, dass die Entgelte erst nachträglich nach Steuersätzen getrennt werden, z. B. unter Berücksichtigung des Wareneingangs.

Das Finanzamt hält ein entsprechendes Merkblatt bereit, das weitergehende Informationen zu dieser Problematik beinhaltet und von Ihnen angefordert werden kann.



Das Merkblatt steht für Sie auch im Internet unter www.finanzamt.mv-regierung.de zum Herunterladen bereit.

3.4.7 Geschäftsbeziehungen mit Vertragspartnern anderer EU-Mitgliedstaaten und dem übrigen Ausland

Sollten Sie am innergemeinschaftlichen Handel teilnehmen - Waren in andere EU-Mitgliedstaaten liefern oder von dort beziehen - benötigen Sie für umsatzsteuerrechtliche Zwecke neben der Steuernummer zusätzlich eine eigene Umsatzsteuer-Identifikationsnummer (USt-IdNr.). Bei der erstmaligen Aufnahme Ihrer unternehmerischen Tätigkeit können Sie beim Finanzamt die Erteilung einer USt-IdNr. beantragen.

Ihre Angaben werden dann automatisch an das zuständige Bundeszentralamt für Steuern weitergeleitet. Die Umsatzsteuer-Identifikationsnummer können Sie auch später bei Bedarf schriftlich beim

Bundeszentralamt für Steuern
- Dienstsitz Saarlouis -
Ahornweg 1 - 3
66740 Saarlouis
Tel.: 06831 456-444
Fax: 06831 456-120, -127, -146 oder -147

beantragen. In dem formlosen Antrag sind Ihr Name, Ihre Anschrift, die Steuernummer, unter der Sie umsatzsteuerlich geführt werden, sowie das für die Umsatzbesteuerung zuständige Finanzamt anzugeben.



Die Beantragung der Umsatzsteuer-Identifikationsnummer ist auch im Internet unter www.bzst.de online möglich.

Die Lieferung von Waren in einen anderen EU-Mitgliedstaat ist im Allgemeinen von der Umsatzsteuer befreit. Dagegen unterliegt der Erwerb von Waren aus einem anderen EU-Mitgliedstaat im Land des Erwerbers der Umsatzbesteuerung.

Liefern Sie Waren in andere EU-Mitgliedstaaten, sind Sie verpflichtet, vierteljährlich eine sog. „Zusammenfassende Meldung“ beim Bundeszentralamt für Steuern - Außenstelle Saarlouis - einzureichen. Die dazu erforderlichen Vordrucke erhalten Sie bei der Neuvergabe einer Umsatzsteuer-Identifikationsnummer automatisch. Sie können die Zusammenfassende Meldung auch elektronisch übermitteln.



Hinweise finden Sie ebenfalls auf der Internetseite des Bundeszentralamt für Steuern unter www.bzst.de im Bereich „Zusammenfassende Meldung“.

Bei Geschäftsbeziehungen mit Unternehmern anderer Staaten (Nicht-EU-Staaten) ist bedeutsam, dass die Ausfuhr von Waren in Staaten außerhalb der Europäischen Union von der Umsatzsteuer befreit ist. Für Warenbezüge aus dem Ausland (Nicht-EU-Staaten) wird von der Zollverwaltung eine Einfuhrumsatzsteuer erhoben, die bei Vorliegen der gesetzlichen Voraussetzungen ebenfalls als Vorsteuer abzugsfähig ist.

3.4.8 Umsatzsteuer-Nachschau

Im Rahmen der steuerlichen Aufnahme und im laufenden Besteuerungsverfahren kann das Finanzamt bei Ihnen, unabhängig von einer Außenprüfung, eine allgemeine Umsatzsteuer-Nachschau vornehmen. Der mit der Umsatzsteuer-Nachschau betraute Amtsträger der Finanzverwaltung kann ohne vorherige An-

kündigung ihre Grundstücke und Geschäftsräume während der Geschäfts- und Arbeitszeiten betreten. Der Amtsträger hat sich auszuweisen, sobald er

- der Öffentlichkeit nicht zugängliche Geschäftsräume betreten möchte
- Sie auffordert, Aufzeichnungen, Bücher, Geschäftspapiere und andere umsatzsteuerrelevante Urkunden vorzulegen oder
- Sie auffordert, Auskünfte zu erteilen.

Das Betreten Ihrer Räumlichkeiten dient dazu, Sachverhalte festzustellen, die für die Umsatzbesteuerung erheblich sein können. Die Umsatzsteuer-Nachschau gewährt kein Durchsuchungsrecht. Wohnräume dürfen gegen ihren Willen nur in Ausnahmefällen betreten werden.

4. Die Gewinnermittlung

4.1 Allgemeines

Bei betrieblichen Einkünften (Einkünfte aus Land- und Forstwirtschaft, Gewerbebetrieb oder selbständiger Arbeit) bildet der Gewinn die Ausgangsbasis für die Festsetzung bzw. Berechnung der Einkommensteuer oder Körperschaftsteuer. Gleichzeitig ist der Gewinn bei Einkünften aus Gewerbebetrieb Ausgangsgröße für die Ermittlung des Gewerbebeitrags als Bemessungsgrundlage für die Gewerbesteuer. Als gebräuchliche Arten der Gewinnermittlung sind gesetzlich der Betriebsvermögensvergleich (Buchführung) und die Einnahme-Überschuss-Rechnung vorgesehen. Andere Gewinnermittlungsarten (Tonnagebesteuerung bei Schiffen - § 5a EStG, Durchschnittssatzgewinnermittlung bei Land- und Forstwirtschaft - § 13a EStG) haben nur einen kleinen Anwendungsbereich.

4.2 Einnahmen-Überschuss-Rechnung gemäß § 4 Abs. 3 EStG

Wenn für Sie keine Verpflichtung zur Buchführung nach Handels- oder Steuerrecht besteht, kann der Gewinn durch diese relativ einfache Art der Gewinnermittlung ermittelt werden. Keine Buchführungspflicht besteht für Freiberufler (z.B. Ärzte, Rechtsanwälte), kleine Gewerbetreibende und Land- und Forstwirte bis zu bestimmten Größenmerkmalen (vgl. 4.3).

Der Gewinn des Wirtschaftsjahres wird nach dem Prinzip Betriebseinnahmen abzüglich Betriebsausgaben = Gewinn bzw. Verlust ermittelt. Maßgeblich ist grundsätzlich der Zeitpunkt des Zu- und Abflusses. Wenn beispielsweise ein Kunde eine Rechnung bezahlt, ist die Betriebseinnahme im Zeitpunkt der Bezahlung zu berücksichtigen. Bei Wirtschaftsgütern des abnutzbaren Anlagevermögens (Betriebs- und Geschäftsausstattung, Inventar usw.) sind die Anschaffungs- oder

Herstellungskosten auf die voraussichtliche Nutzungsdauer zu verteilen. Sie können nur zeitanteilig als Betriebsausgaben berücksichtigt werden (vgl. 4.5). Die Anschaffungs- oder Herstellungskosten von nicht abnutzbaren Wirtschaftsgütern (z. B. Grund und Boden) werden erst bei einem Ausscheiden aus dem Betriebsvermögen (z. B. Veräußerung) als Betriebsausgabe berücksichtigt.

Ein Journal, in dem Sie in mehreren Spalten Einnahmen und Ausgaben nach zeitlichen und sachlichen Gesichtspunkten ordnen können, ist dabei sehr hilfreich und erleichtert Ihnen auch den Überblick über Ihre Geschäftsentwicklung. Beinhalten kann ein Journal zum Beispiel eine Spalte für Wareneinkäufe, eine andere für Pkw-Kosten, eine dritte für Bürokosten und so weiter.

Für Wirtschaftsjahre, die nach dem 31.12.2004 beginnen, ist der Steuererklärung eine Gewinnermittlung nach amtlich vorgeschriebenem Vordruck beizufügen (§ 60 Abs. 4 EStDV).



Das hierfür vorgeschriebene Formular „Anlage EÜR“ und die Anleitung dazu können Sie im Internet unter www.finanzamt.mv-regierung.de (Download/Vordrucke/Einkommensteuer) abrufen.

Unternehmen mit Betriebseinnahmen unter der Grenze von 17.500 Euro können eine formlose Gewinnermittlung ohne Nutzung des Vordrucks erstellen.

4.3 Betriebsvermögensvergleich (Buchführung)

Kaufleute und Handelsgesellschaften (OHG, KG, GmbH) sind bereits nach dem Handelsgesetzbuch zur Führung von Büchern verpflichtet. Nach § 140 Abgabenordnung besteht die Buchführungspflicht hier auch für die Besteuerung. Gewerbliche Unternehmer und Land- und Forstwirte sind nach § 141 Abgabenordnung auch dann zur Buchführung verpflichtet, wenn sie folgende Voraussetzungen erfüllen:

- Umsatz mehr als 350.000 Euro oder
- Gewinn mehr als 30.000 Euro oder
- Wirtschaftswert der land- bzw. forstwirtschaftlichen Flächen mehr als 25.000 Euro.

Wenn Sie zu dieser Gruppe gehören, die nicht originär bereits aufgrund außersteuerlicher Vorschriften zur Buchführung verpflichtet ist, beginnt die Buchführungspflicht mit Beginn des Wirtschaftsjahres, das auf die Bekanntgabe der Mitteilung des Finanzamts folgt, dass die genannten Grenzen überschritten sind und zur Buchführung übergegangen werden soll.

Der steuerliche Gewinn wird grundsätzlich mit Hilfe des Betriebsvermögensvergleichs ermittelt. Gewinn ist der Unterschiedsbetrag zwischen dem Betriebsvermögen zum Ende des Wirtschaftsjahres und dem Betriebsvermögen zum Ende des vorangegangenen Wirtschaftsjahres, vermehrt um die Entnahmen und vermindert um die Einlagen.

Betriebsvermögen bedeutet dabei Eigenkapital Ihres Betriebes. Der Gewinn umfasst nur die betrieblich veranlassten Wertveränderungen des Betriebsvermögens. Daher müssen Entnahmen hinzugerechnet, Einlagen abgerechnet werden. Entnahmen sind privat veranlasste Wertabgaben (z. B. Entnahme von Wirtschaftsgütern oder Geld für private Zwecke) und Einlagen privat veranlasste Zuführungen ins Betriebsvermögen (z. B. Einlage von Geld vom privaten Sparsbuch in den Betrieb).

Die Grundlage der Gewinnermittlung ist Ihre Buchführung.



Buchführung bezeichnet die in Zahlenwerten vorgenommene planmäßige, lückenlose, sachlich geordnete Aufzeichnung aller Geschäftsvorgänge in einer Unternehmung auf Grund von Belegen.

Bei der doppelten Buchführung werden alle Geschäftsvorfälle auf Konten verbucht, einmal im Soll und einmal im Haben. Hierfür gibt es Kontenpläne die für jeden Betrieb aus den verschiedenen Kontenrahmen seines Wirtschaftszweiges entwickelt werden. Ein Kontenplan ist das Gliederungsschema aller relevanter Konten. Er enthält nur die für die Unternehmung tatsächlich nötigen und von ihr geführten Konten. Für jede Branche gibt es eigene Kontenrahmen. Die drei wichtigsten sind:

- Kontenrahmen für den Einzelhandel
- Kontenrahmen für den Groß- und Außenhandel
- Gemeinschaftskontenrahmen für die Industrie

Kontenrahmen sind nach dem Zehnersystem in Kontenklassen aufgebaut.

Die doppelte Buchführung soll den periodengerechten Gewinn ermitteln. Aus diesem Grund müssen Periodenabgrenzungen vorgenommen, Rückstellungen eingestellt und Forderungen oder Verbindlichkeiten verbucht werden. Im Gegensatz zur Einnahmen-Überschuss-Rechnung sind also nicht nur die tatsächlichen Zahlungsströme relevant. In der Praxis werden für die Buchführung in immer stärkerem Maße Buchführungsprogramme auf Computern eingesetzt. Bei kleineren Betrieben erfolgt die Buchführung in vielen Fällen auch beim Steuerberater.

Aus der Buchführung wird der Jahresabschluss (Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung) entwickelt. Bei der Aufstellung einer Eröffnungsbilanz z.B. im Zeitpunkt

der Betriebseröffnung und zum Schluss eines Wirtschaftsjahres müssen Sie eine Inventur (mengen- und wertmäßige Bestandsaufnahme) durchführen. Das Ergebnis der Inventur wird als Inventar bezeichnet und ist die Aufstellung der Wirtschaftsgüter nach Art, Menge und Wert in Form eines Bestandsverzeichnisses. Das Inventar ist damit Grundlage für die Aufstellung Ihrer Bilanz. In der Bilanz wird das Vermögen den Schulden Ihres Betriebes gegenübergestellt, mit dem Ziel, das Eigenkapital als Differenz zu ermitteln.

Eine Bilanz hat beispielsweise folgende Gliederung.

AKTIVA

A. Anlagevermögen

- I. Immaterielle Vermögensgegenstände
- II. Sachanlagen
- III. Finanzanlagen

B. Umlaufvermögen

- I. Vorräte
- II. Forderungen
- III. Wertpapiere
- IV. Schecks, Kassenbestand, Bankguthaben

C. Aktive Rechnungsabgrenzungsposten

PASSIVA

A. Eigenkapital

B. Rückstellungen

C. Verbindlichkeiten

D. Passive Rechnungsabgrenzungsposten



Die Gewinn- und Verlustrechnung ist die Gegenüberstellung der Aufwendungen und Erträge eines Wirtschaftsjahres. Die Begriffe Aufwand und Ertrag sind handelsrechtliche Begriffe.

Eine Gewinn- und Verlustrechnung ist beispielsweise folgendermaßen gegliedert.

Aufwendungen

- Verminderung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen
- Materialaufwand
 - a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und bezogene Waren
 - b) Aufwendungen für bezogene Leistungen
- Personalaufwand
 - a) Löhne und Gehälter
 - b) soziale Abgaben und
- Aufwendungen für die Altersversorgung
- Abschreibungen
- sonstige betriebliche Aufwendungen
- Zinsen und ähnliche Aufwendungen
- außerordentliche Aufwendungen
- Steuern

Erträge

- Umsatzerlöse
- Erhöhung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen
- sonstige betriebliche Erträge
- Erträge aus Beteiligungen
- Erträge aus anderen Wertpapieren
- sonstige Zinsen und ähnliche Erträge
- außerordentliche Erträge

Gewinn oder Verlust

Die Unterlagen zur Gewinnermittlung müssen Sie aufbewahren, sonstige Unterlagen, soweit sie für die Besteuerung von Bedeutung sind, ebenfalls.

Die folgenden Unterlagen sind geordnet aufzubewahren:

Zehn Jahre

Bücher und Aufzeichnungen, Inventare, Jahresabschlüsse, Lageberichte, die Eröffnungsbilanz sowie die zu ihrem Verständnis erforderlichen Arbeitsanweisungen und sonstigen Organisationsunterlagen sowie Buchungsbelege.

Sechs Jahre

Sämtlicher geschäftlicher Schriftwechsel sowie sonstige Unterlagen, soweit sie für die Besteuerung von Bedeutung sind.

Die Aufbewahrungsfrist beginnt regelmäßig mit dem Schluss des Kalenderjahres, in dem die aufzubewahrenden Unterlagen entstanden sind oder die letzten Aufzeichnungen hierin vorgenommen wurden. Haben Sie die Unterlagen mit Hilfe eines Datenverarbeitungssystems erstellt, hat die Finanzbehörde im Rahmen einer Außenprüfung das Recht, Einsicht in die gespeicherten Daten zu nehmen und das Datenverarbeitungssystem zur Prüfung dieser Unterlagen zu nutzen.

4.4 Aufzeichnung von Bargeschäften

Die Aufzeichnung der Bareinnahmen hat insbesondere in Betrieben mit Bargeschäften (z. B. Einzelhandel, Gaststätten) eine besondere Bedeutung.

Den baren Zahlungsverkehr müssen Sie regelmäßig täglich aufzeichnen, zum Beispiel in einem Kassenbuch. Bei der Buchführung ist ein Kassenbuch nach den Grundsätzen ordnungsgemäßer Buchführung zur täglichen Feststellung des Kassenbestands erforderlich. Die Kassenaufzeichnungen müssen dabei so beschaffen sein, dass der Sollbestand jederzeit mit dem Istbestand der Geschäftskasse verglichen werden kann (Kassensturzfähigkeit). Diese Anforderungen ergeben sich aus § 145 und § 146 Abgabenordnung. Bei

der Gewinnermittlung durch Einnahmen-Überschuss-Rechnung ergibt sich die Verpflichtung zur Aufzeichnung der Bareinnahmen aus § 22 Umsatzsteuergesetz i. V. m. §§ 63 - 68 Umsatzsteuer-Durchführungsverordnung. Die Einnahmeprüfungsaufzeichnungen (z.B. Registrierkassenstreifen, Kassenzettel, Bons und sonstige Belege, Schichtzettel im Taxigewerbe) sind regelmäßig aufbewahrungspflichtig.

Bei einer steuerlichen Außenprüfung (Betriebsprüfung) werden die Aufzeichnungen der Bargeschäfte regelmäßig schwerpunktmäßig überprüft. Werden hierbei Mängel festgestellt (z.B. der Kassenbestand weist in der Buchführung zeitweise einen Minusbestand aus, obwohl ein Bargeldbestand nicht negativ sein kann) kann dies nachteilige Folgen z. B. Hinzuschätzung von Betriebseinnahmen zur Folge haben.

4.5 Ausgewählte Einzelfragen bei der Gewinnermittlung

Hinweise zu Einzelfragen der Gewinnermittlung finden Sie auch in der unter 4.2 benannten Anleitung zur „Anlage EÜR“.

Abschreibungen

Bei Wirtschaftsgütern des Anlagevermögens, die eine Nutzungsdauer von mehr als einem Jahr haben, dürfen im Jahr der Anschaffung oder Herstellung nicht die gesamten Anschaffungs- oder Herstellungskosten als Betriebsausgabe abgesetzt werden. Die Kosten müssen auf den gesamten Nutzungszeitraum verteilt werden, d. h. in jedem Jahr der Nutzungsdauer darf nur der anteilige Wertverzehr als Betriebsausgabe (= Abschreibung) geltend gemacht werden.

Bewegliche Wirtschaftsgüter

Bei beweglichen Wirtschaftsgütern des Anlagevermögens haben Sie die Wahl, ob Sie die AfA entweder in gleichen Jahresbeträgen (lineare AfA) oder in fallenden Jahresbeträgen (degressive AfA) vornehmen. Bei Anschaffung oder Herstellung im Laufe eines Jahres kann grundsätzlich immer nur der Teil des Abschreibungsbetrages geltend gemacht werden, der auf den Zeitraum bis Ende des Jahres entfällt (aufgerundet auf volle Monate). Geringwertige Wirtschaftsgüter mit einem Wert von 410 Euro (ohne Umsatzsteuer) können im Jahre der Anschaffung oder Herstellung als Betriebsausgabe in voller Höhe geltend gemacht werden. Sie sind allerdings in ein separates Verzeichnis einzutragen, wenn die Angaben nicht aus der Buchführung ersichtlich sind.

AfA in gleichen Jahresbeträgen

Bei der linearen Abschreibungsmethode werden jährlich die gleichen Beträge abgesetzt. Der Jahresbetrag ergibt sich aus folgender Formel:

Anschaffungs- oder Herstellungskosten dividiert durch die voraussichtliche Nutzungsdauer in Jahren

Beispiel:

Sie erwerben am 20.05.01 einen neuen PKW (Nutzungsdauer: 6 Jahre) für Geschäftsfahrten zum Preis von 18.000 Euro + 2.280 Euro Umsatzsteuer (einschließlich Überführungs-, Zulassungskosten).

Die AfA des ersten Jahres 01 beträgt

$18.000 \text{ Euro} \times 16,67\% = 3.000 \text{ Euro} \times 8/12 = 2.000 \text{ Euro}$.

In den folgenden 5 Jahren 02 bis 06 ist jeweils ein AfA-Betrag von jährlich 3.000 Euro zu berücksichtigen. Im Jahr 07 ist die Rest-AfA von 1.000 Euro abzusetzen.

AfA in fallenden Jahresbeträgen

Bei der degressiven Abschreibungsmethode werden jährlich fallende Jahresbeträge abgesetzt. Diese ergeben sich durch einen gleich bleibenden Prozentsatz vom jeweiligen Restwert. Dieser Prozentsatz darf höchstens das Doppelte, das bei der linearen Abschreibung in Betracht kommenden Prozentsatzes betragen und 20 Prozent nicht übersteigen. Für 2006 und 2007 erhöht sich der Prozentsatz von 20 auf 30 Prozent.

Beispiel:

Sie schaffen am 15.01.01 eine Maschine an. Die Anschaffungskosten betragen 20.000 Euro. Bei einer Nutzungsdauer von 6 Jahren errechnet sich bei linearer AfA ein jährlicher Abschreibungssatz von 16,67 %. Für die Bemessung der degressiven AfA ist das Doppelte (33,33%), höchstens aber 20 % anzusetzen. Die Entwicklung der AfA stellt sich in diesem Fall wie folgt dar:

	Abschreibung	Buchwert/ Restwert
01: 20 % von 20.000 Euro	4.000 Euro	16.000 Euro
02: 20 % von 16.000 Euro	3.200 Euro	12.800 Euro
03: 20 % von 12.800 Euro	2.560 Euro	10.240 Euro
und so weiter.		

Ein Übergang von der degressiven AfA zur linearen AfA ist möglich. Hierbei wird der Restwert am Ende des vorangegangenen Jahres durch die Restnutzungsdauer geteilt. Im Beispielsfall liegt der jährliche AfA-Betrag bereits ab dem dritten Jahr über der degressiven AfA, wenn der Restwert auf die noch verbleibende Restnutzungsdauer linear abgeschrieben wird. Ab diesem Zeitpunkt ist der Übergang für Sie vorteilhaft. Ab 03 würden Sie sodann den am 31.12.02 vorhandenen Restwert von 12.800 Euro in vier gleichen Jahresraten von 3.200 Euro abschreiben.

Schätzung der Nutzungsdauer

Die Nutzungsdauer ist unter Berücksichtigung der besonderen betrieblichen Verhältnisse zu schätzen. Maßgebliches Hilfsmittel für die Schätzung der voraussichtlichen Nutzung sind die vom Bundesministerium für Finanzen veröffentlichten AfA-Tabellen.



Die AfA-Tabelle für allgemein verwendbare Anlagegüter können Sie im Internet unter www.bundesfinanzministerium.de, Suchbegriff „AfA-Tabelle“ abrufen.

Abschreibungen nach Einlage von Wirtschaftsgütern in den Betrieb

Bei Betriebsgründungen kommt es oft vor, dass Wirtschaftsgüter in den Betrieb eingebracht werden, die zuvor privat genutzt wurden (beispielsweise PKW). Handelt es sich hierbei um Wirtschaftsgüter des abnutzbaren Anlagevermögens, können auch hier Abschreibungen vorgenommen werden.

Die Einlage erfolgt grundsätzlich mit dem Teilwert oder den fortgeführten Anschaffungskosten. Der Teilwert ist der Betrag, den ein Erwerber des ganzen Betriebs im Rahmen des Gesamtkaufpreises für das einzelne Wirtschaftsgut ansetzen würde, unter der Voraussetzung, dass der Erwerber den Betrieb fortführt. Der Teilwert ist im Allgemeinen aus der Sicht des Erwerbers zu beurteilen. Er ist ein objektiver Wert, der nicht auf der persönlichen Auffassung des jeweiligen Betriebsinhabers über die zukünftige wirtschaftliche Entwicklung, sondern auf einer allgemeinen Werteeinschätzung beruht, wie sie auf dem Markt am Stichtag ihren Ausdruck findet.

Haben Sie das eingelegte Wirtschaftsgut bisher nicht zur Erzielung von Überschusseinkünften genutzt, so ist der Einlagewert auf die Restnutzungsdauer abzuschreiben. Wurde das Wirtschaftsgut jedoch vor seiner Einlage bereits zur Erzielung von Überschusseinkünften genutzt, so bemessen sich die weiteren Abschreibungen nicht mehr nach dem Einlagewert, sondern nach dem Restwert des Wirtschaftsguts im Einlagezeitpunkt. Durch diese Regelung soll vermieden werden, dass mit der Einlage künstlich neues AfA-Volumen geschaffen wird.

Die Vornahme von Absetzungen vom Restwert kann bewirken, dass das mit dem Teilwert eingelegte Wirtschaftsgut nicht in vollem Umfang abgeschrieben wird. Vielmehr verbleibt in Höhe des Unterschieds zwischen Teilwert und Restwert bei Einlage ein Restbuchwert, der lediglich einen späteren Veräußerungs- oder Entnahmegewinn mindert.

Beispiel:

Ein Gebäude (Anschaffungskosten 1.000.000 Euro) wurde in den Jahren 01 bis 10 zu Vermietungszwecken genutzt. Die AfA betrug jährlich 2 %. Das Gebäude wird zu Beginn des Jahres 11 in ein Betriebsvermögen eingelegt und zu eigenbetrieblichen Zwecken genutzt. Der Teilwert beträgt 900.000 Euro. Die AfA-Bemessungsgrundlage bemisst sich nach § 7 Abs. 4 i. V. m. § 7 Abs. 1 Satz 5 EStG wie folgt:

Anschaffungskosten	1.000.000 Euro
abzüglich AfA 10 Jahre x 2 %	200.000 Euro
= Bemessungsgrundlage:	800.000 Euro

Das Gebäude ist mit dem Teilwert von 900.000 Euro einzulegen. Bei einer künftigen AfA von 3 % von 800.000 Euro (= 24.000 Euro), verbleibt nach Ablauf von 33½ Jahren ein Restbuchwert von 100.000 Euro (900.000 Euro abzüglich 800.000 Euro). Von dem danach verbleibenden Restbuchwert in Höhe von 100.000 Euro darf keine AfA vorgenommen werden. Bei einer Veräußerung ist dieser Restbuchwert gewinnmindernd zu berücksichtigen.

Ansparabschreibungen und Sonderabschreibungen

Eine Ansparabschreibung können kleinere und mittlere Betriebe in Anspruch nehmen, deren Betriebsvermögen nicht über 204.517 Euro liegt oder die ihren Gewinn gemäß § 4 Abs. 3 EStG ermitteln. Für die künftige Anschaffung oder Herstellung eines neuen beweglichen Wirtschaftsguts des Anlagevermögens können diese Betriebe dabei eine den Gewinn mindernde Rücklage bilden (Ansparabschreibung). Die Rücklage darf bis zu 40 % der Kosten des Wirtschaftsguts betragen, das voraussichtlich bis zum Ende des zweiten auf die Bildung der Rücklage folgenden Wirtschaftsjahrs angeschafft oder hergestellt wird.

Die insgesamt gebildeten Rücklagen dürfen den Betrag von 154.000 Euro nicht übersteigen. Bei Anschaffung oder Herstellung des begünstigten Wirtschaftsguts ist die Rücklage gewinnerhöhend aufzulösen. Der gewinnerhöhenden Auflösung steht aber die gewinnmindernde AfA auf das neue Wirtschaftsgut gegenüber. Diese kann bei Inanspruchnahme der degressiven AfA und der Sonder-AfA nach § 7 g EStG zusammen ebenfalls bis zu 40 % betragen.

Wird bis zum Ende des zweiten auf ihre Bildung folgenden Wirtschaftsjahrs kein begünstigtes Wirtschaftsgut angeschafft, so ist die Rücklage aufzulösen. In diesem Fall ist der Gewinn zusätzlich für jedes volle Wirtschaftsjahr, in dem die Rücklage bestanden hat, um 6 % des aufgelösten Rücklagebetrags zu erhöhen. Ein Gewinnzuschlag erfolgt im übrigen insbesondere auch in Fällen einer vorzeitigen Auflösung der Rücklage ohne Investition in ein begünstigtes Wirtschaftsgut. Sind die tatsächlichen Anschaffungs- oder Herstellungskosten geringer als bei der Bildung der Rücklage zugrunde gelegt, ist der Differenzbetrag um den Gewinnzuschlag zu erhöhen.



Für Existenzgründer gilt, dass das Wirtschaftsgut voraussichtlich bis zum Ende des fünften auf die Bildung der Rücklage folgenden Wirtschaftsjahrs angeschafft oder hergestellt wird und der Höchstbetrag für gebildete Rücklagen 307.000 Euro beträgt. Ein Gewinnzuschlag erfolgt nicht. Existenzgründer ist eine natürliche Person, die innerhalb der letzten fünf Jahre vor dem Wirtschaftsjahr der Betriebseröffnung weder an einer Kapitalgesellschaft unmittelbar oder

mittelbar zu mehr als einem Zehntel beteiligt gewesen ist noch Einkünfte aus Land- und Forstwirtschaft, Gewerbebetrieb oder selbständiger Arbeit erzielt hat. Bei Personengesellschaften und Kapitalgesellschaften müssen sämtliche Gesellschafter die vorgenannten Voraussetzungen erfüllen.

Verträge zwischen nahen Angehörigen

Junge Unternehmer finden häufig Unterstützung im Kreis der Familie. Diese kann finanzieller Art sein oder in körperlicher Mithilfe bestehen. Dabei gilt es einiges zu beachten.

Verträge zwischen nahen Angehörigen (Arbeitsverträge, Gesellschaftsverträge, Miet- und Pachtverträge, Darlehensverträge). können nur dann der Besteuerung zugrunde gelegt werden, wenn sie bürgerlich-rechtlich wirksam vereinbart wurden, inhaltlich dem zwischen Fremden Üblichen entsprechen und auch tatsächlich entsprechend der Vereinbarung durchgeführt worden sind. Außerdem muss das Rechtsverhältnis im Voraus vereinbart worden sein. Diese Anforderungen dienen dem Zweck, den betrieblichen und privaten Bereich abzugrenzen.

Für die bürgerlich-rechtliche Wirksamkeit von Verträgen zwischen Eltern und minderjährigen Kindern ist ein Ergänzungspfleger zu bestellen. Nur bei Arbeits- oder Ausbildungsverträgen mit minderjährigen Kindern ist die Bestellung eines Ergänzungspflegers regelmäßig nicht erforderlich, damit die Vereinbarung wirksam zustande kommt.

Arbeitsverträge mit Kindern unter 15 Jahren verstoßen jedoch im Allgemeinen gegen das Jugendarbeitsschutzgesetz; sie sind nichtig und können deshalb auch steuerlich nicht anerkannt werden. Arbeitsverträge über gelegentliche Hilfeleistungen durch Angehörige entsprechen regelmäßig nicht dem zwischen Fremden Üblichen und können unter diesem Gesichtspunkt ebenfalls steuerlich nicht anerkannt werden.

5. Ihre Pflichten als Arbeitgeber Verfahren des Lohnsteuerabzugs und der Sozialversicherungsbeiträge

5.1 Allgemeine Lohnsteuer

Sobald Sie in Ihrem Unternehmen Arbeitnehmer beschäftigen, kommen zusätzliche Pflichten auf Sie zu: Als Arbeitgeber sind Sie verpflichtet, vom Arbeitslohn der Arbeitnehmer Lohnsteuer, Solidaritätszuschlag, gegebenenfalls Kirchenlohnsteuer und Sozialversicherungsbeiträge einzubehalten und an das Finanzamt beziehungsweise die Sozialversicherungsträger (den Gesamtsozialversicherungsbeitrag an die gesetzliche Krankenkasse) abzuführen.

Arbeitslohn sind alle Einnahmen, die dem Arbeitnehmer aus seinem Beschäftigungsverhältnis zufließen. Dazu gehören unter anderem Löhne, Gehälter, Provisionen, Leistungen für die Zukunftssicherung Ihres Arbeitnehmers, Jubiläumszuwendungen, Entlohnung für Überstunden, Abfindung wegen Auflösung des Arbeitsverhältnisses und Sachbezüge (zum Beispiel private PKW-Nutzung oder Sachgeschenke). Arbeitnehmer sind solche Personen, die Arbeitslohn aus einem abhängigen Dienstverhältnis beziehen.



Sie haften für die richtige Einbehaltung und Abführung. Haben Sie Zweifel darüber, ob oder gegebenenfalls in welcher Höhe Steuerabzugsbeträge einzubehalten und abzuführen sind, wenden Sie sich bitte als Arbeitgeber an Ihr zuständiges Finanzamt.

Ermittlung der Lohnsteuer

Für jeden Arbeitnehmer müssen Sie ein Lohnkonto führen. In das Lohnkonto tragen Sie die persönlichen Besteuerungsmerkmale des Arbeitnehmers – z.B. die Steuerklasse – ein. Diese Daten entnehmen Sie bis auf Weiteres noch aus der Lohnsteuerkarte, die Ihnen der Arbeitnehmer vor Beginn eines jeden Kalenderjahres oder beim Eintritt in das Arbeitsverhältnis vorzulegen hat.

Die Berechnung der Abzüge übernimmt nach Eingabe der für den jeweiligen Lohnzahlungszeitraum gegebenen Besteuerungsgrundlagen (wie Art und Höhe des Arbeitslohns) das von Ihnen eingesetzte Abrechnungsprogramm. Für die Lohnabrechnung stehen eine Vielzahl von Programmen, oft auch eingebunden in Programmpaketen zur Buchführung, Kontierung und Warenwirtschaft zur Verfügung.

Nach Ablauf des Kalenderjahres, beziehungsweise bei früherer Beendigung des Arbeitsverhältnisses schon vorher, schließen Sie das Lohnkonto ab und nehmen bis spätestens zum 28. Februar des Folgejahres die Übermittlung der Lohnsteuerbescheinigung auf elektronischem Weg an die Steuerverwaltung vor.

Dem Arbeitnehmer stellen Sie einen nach amtlich vorgeschriebenen Muster gefertigten Ausdruck der elektronischen Lohnsteuerbescheinigung zur Verfügung. Die einmal auf der Rückseite der Lohnsteuerkarte anzubringende Lohnsteuerbescheinigung ist grundsätzlich entfallen. Die Lohnsteuerkarte verbleibt bei Ihnen, sie ist dem Arbeitnehmer grundsätzlich nur zurückzugeben, wenn das Arbeitsverhältnis vor Ablauf des jeweiligen Kalenderjahres beendet wird.



Nähere Informationen zur elektronischen Lohnsteuerbescheinigung erhalten Sie im Internet unter www.elster-lohn.de.

Ermittlung des Solidaritätszuschlags

Der Arbeitgeber hat bereits im Lohnsteuerabzugsverfahren den Solidaritätszuschlag zur Lohnsteuer einzubehalten. Dieser beträgt 5,5% der sich – gegebenenfalls unter Berücksichtigung der steuerlichen Freibeträge für Kinder – ergebenden Lohnsteuer.

Ermittlung der Kirchensteuer

Die Kirchensteuer beträgt in M-V 9 % der Lohnsteuer. Sie wird nach dem gleichen Berechnungsschema wie der Solidaritätszuschlag ermittelt.

Erhebung der Lohnsteuer durch Anmeldung

Die einbehaltene und oder übernommene Lohnsteuer (einschließlich Solidaritätszuschlag und Kirchensteuer) muss grundsätzlich spätestens am zehnten Tag nach Ablauf eines jeden Lohnsteuer-Anmeldezeitraums beim Finanzamt angemeldet und abgeführt werden. Lohnsteuer-Anmeldezeitraum ist der Kalendermonat. Ist die voraussichtlich vom Arbeitgeber insgesamt abzuführende Lohnsteuer nicht höher als 3.000 Euro im Kalenderjahr, ist abweichend hiervon der Lohnsteuer-Anmeldezeitraum das Kalenderjahr. Bei nicht mehr als 800 Euro jährlich abzuführender Lohnsteuer genügt eine jährliche Lohnsteuer-Anmeldung.

Für die Anmeldezeiträume sind die Lohnsteuer-Anmeldungen auf elektronischem Weg an das Finanzamt zu übermitteln. Das hierfür benötigte Programm ist entweder in Ihrer Lohnabrechnungssoftware enthalten oder kann kostenlos von der Steuerverwaltung bezogen werden. Die rechtzeitige Abführung der einbehaltenen Lohnsteuer kann auch dadurch erreicht werden, dass Sie dem Finanzamt eine Einzugsermächtigung einräumen. Wegen der Aufzeichnung- und Bescheinigungspflichten im Zusammenhang mit Sozialversicherungsbeiträgen wenden Sie sich bitte an den jeweiligen Sozialversicherungsträger beziehungsweise an die jeweils zuständige Krankenkasse.

5.2 Pauschalierte Lohnsteuer

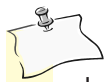
Für bestimmte Zuwendungen (wie z.B. die unentgeltliche oder verbilligte Abgabe von Mahlzeiten an Arbeitnehmer, Arbeitslohn aus Anlass von Betriebsveranstaltungen oder Erholungsbeihilfen an Arbeitnehmer) kann die Lohnsteuer mit einem besonderen Pauschalsteuersatz vom Arbeitgeber übernommen werden.

Der pauschal besteuerte Arbeitslohn sowie die pauschale Lohnsteuer dürfen nicht auf der Lohnsteuerkarte eingetragen werden. Sowohl der Arbeitslohn als auch die pauschale Lohnsteuer werden bei einer für den Arbeitnehmer durchzuführenden Einkommensteuerveranlagung daher nicht erfasst.

Schuldner der pauschalen Lohnsteuer ist nicht der Arbeitnehmer, sondern sind Sie als Arbeitgeber. Aus diesem Grunde steht die Entscheidung, ob der Arbeitslohn pauschal versteuert wird oder nicht, ausschließ-

lich dem Arbeitgeber zu. Als Arbeitgeber haben Sie im Innenverhältnis die Möglichkeit, die pauschale Lohnsteuer durch vertragliche Vereinbarungen mit dem Arbeitnehmer auf diesen zu übertragen (Abzug vom Nettolohn), wenn tarifliche oder betriebliche Regelungen dem nicht entgegenstehen.

In den Fällen der Pauschalierung der Lohnsteuer (ohne die gesonderten Regelungen zu Minijobs – vgl. 5.3 und für kurzfristig Beschäftigte vgl. 5.4) ist zusätzlich zur pauschalen Lohnsteuer der Solidaritätszuschlag in Höhe von 5,5 % der pauschalen Lohnsteuer und die Kirchensteuer in Höhe von 5 % der pauschalen Lohnsteuer zu übernehmen und abzuführen. Weist der Arbeitgeber nach, dass einzelne Arbeitnehmer keiner steuererhebenden Religionsgemeinschaft angehören, kann er für diese Arbeitnehmer von der Entrichtung der auf die pauschale Lohnsteuer entfallenden Kirchensteuer absehen. Er muss dann aber für die übrigen Arbeitnehmer die Kirchensteuer mit dem allgemeinen Kirchensteuersatz von 9 % von deren pauschaler Lohnsteuer ermitteln.



Die Voraussetzungen für die Pauschalierung der Lohnsteuer müssen dem Finanzamt jederzeit durch geeignete Aufzeichnungen nachgewiesen werden können.

5.3 Besonderheiten bei der Pauschalierung der Lohnsteuer für geringfügig entlohnte Beschäftigte (sog. Minijobs/400-Euro-Jobs)

Die Pauschalierung der Lohnsteuer bei den geringfügig entlohnnten Beschäftigten ist mit Wirkung vom 01.04.2003 eng an die sozialversicherungsrechtlichen Regelungen geknüpft.

Für Beschäftigte, die nach Sozialversicherungsrecht als geringfügig entlohnte Arbeitnehmer anzusehen sind (so genannte Mini-Jobs) und für die ein Pauschalbetrag von 12 % zur Rentenversicherung abgeführt wird, können Sie als Arbeitgeber unter Verzicht auf die Vorlage einer Lohnsteuerkarte die Lohnsteuer mit einem Pauschsteuersatz von 2 % des maßgebenden Arbeitslohns erheben (dieser Pauschsteuersatz beinhaltet bereits auch den Solidaritätszuschlag und die Kirchensteuer). Zusätzlich müssen Sie noch eine Pauschalabgabe von 11 % Krankenversicherungsbeitrag leisten. Die Pauschsteuer ist nicht an Ihr zuständiges Betriebsstättenfinanzamt zu zahlen, sondern wird zusammen mit den Pauschalabgaben zur Renten- und Krankenversicherung an die Deutsche Rentenversicherung Knappschaft-Bahn-See in 45115 Essen entrichtet.



Näheres finden Sie auch im Internet unter www.knappschaft.de (Stichwort: Minijobzentrale) oder www.Minijobzentrale.de

Eine geringfügig entlohnte Beschäftigung im Sinne des Sozialversicherungsrechts liegt vor, wenn das Arbeitsentgelt regelmäßig im Monat 400 Euro nicht übersteigt. Auf die wöchentliche Stundenzahl von bisher 15 Stunden kommt es nicht mehr an.

Wollen Sie von der pauschalen Besteuerung keinen Gebrauch machen, muss die Besteuerung nach den Merkmalen einer vorzulegenden Lohnsteuerkarte erfolgen. In Fällen, in denen der Arbeitgeber keinen pauschalen Rentenversicherungsbeitrag von 12 % zu entrichten hat (z.B. bei mehreren geringfügigen Beschäftigten mit einem Gesamtlohn von mehr als 400 Euro monatlich), kann er den Arbeitslohn mit einem Steuersatz von 20 % der Lohnsteuer (zuzüglich Solidaritätszuschlag und ggf. Kirchensteuer) unterwerfen. Voraussetzung ist, dass – bezogen auf das einzelne Arbeitsverhältnis – die Geringfügigkeitsgrenze von 400 Euro nicht überschritten wird. Auch hier kann an Stelle der Pauschalversteuerung die Besteuerung nach den Merkmalen einer vorzulegenden Lohnsteuerkarte erfolgen.

5.4 Pauschalierung der Lohnsteuer für kurzfristig Beschäftigte

Beschäftigen Sie Aushilfskräfte, so kann unter Verzicht auf die Vorlage der Lohnsteuerkarte die Lohnsteuer mit 25 % erhoben werden. Voraussetzung ist, dass

- die Arbeitnehmer nur kurzfristig beschäftigt werden und
- der durchschnittliche Stundenlohn nicht mehr als 12 Euro beträgt.

Eine kurzfristige Beschäftigung liegt vor, wenn

- der Arbeitnehmer beim Arbeitgeber gelegentlich, nicht regelmäßig wiederkehrend beschäftigt wird,
- die Dauer der Beschäftigung 18 zusammenhängende Arbeitstage nicht übersteigt und
- der Arbeitslohn während der Beschäftigungsdauer 62 Euro durchschnittlich je Arbeitstag nicht übersteigt oder
- die Beschäftigung zu einem unvorhersehbaren Zeitpunkt sofort erforderlich wird (z.B. Ersatz einer unvorhersehbar ausgefallenen Arbeitskraft).

6. Steuervorauszahlungen

Das Finanzamt wird auf Grund Ihrer Gewerbeanmeldung beziehungsweise der Anmeldung über die Ausübung eines freien Berufes von Ihnen Angaben über die künftige Einkommensteuersituation erwarten. Auf Grund dieser Angaben wird es Vorauszahlungen auf die voraussichtliche Einkommensteuer und einen voraussichtlichen Gewerbesteuermessbetrag festsetzen, es sei denn, Sie legen schlüssig dar, dass im laufenden oder kommenden Jahr keine positiven Einkünfte zu erwarten sind, die zur Festsetzung von Vorauszahlungen führen. Im Jahr der Betriebseröffnung oder der

Übernahme des Betriebes richtet das Finanzamt sich dabei nach Ihren Angaben im Betriebseröffnungsbogen. Das Finanzamt kann die Höhe der Vorauszahlungen anpassen, wenn die Steuerschuld wesentlich höher oder deutlich geringer ausfällt als Sie und das Finanzamt erwartet haben. Für diesen Fall sollten Sie einen Antrag beim Finanzamt stellen, in dem Sie die gewünschte Herabsetzung oder Anhebung der Vorauszahlungen aus Ihrer Sicht begründen. Das Finanzamt wird Ihren Antrag prüfen und Ihnen gegebenenfalls einen geänderten Vorauszahlungsbescheid zusenden. Eventuell zu leistende Gewerbesteuer-Vorauszahlungen setzt die Stadt/Gemeinde fest. Ein Antrag auf Anpassung der Vorauszahlungen ist jedoch ebenfalls beim Finanzamt zu stellen. Sämtliche geleistete Vorauszahlungen werden später auf die Jahressteuerschuld angerechnet. Mit der einzureichenden Lohnsteuer-Anmeldung leisten Sie keine Vorauszahlungen, sondern abschließende Zahlungen für den betreffenden Anmeldezeitraum. Die zu bezahlende Steuer ist 10 Tage nach Ablauf des Anmeldezeitraums fällig.

7. Abgabetermine und Zahlungsschonfristen

Bitte beachten Sie, dass für die Abgabe von Steuererklärungen bestimmte Fristen einzuhalten sind. Auf der nächsten Seite finden Sie eine Übersicht über die wichtigsten Steuertermine und Zahlungs-Schonfristen für 2006.

8. Lastschriftinzugsverfahren



Beteiligen Sie sich am Lastschriftinzugsverfahren. Die Vorteile liegen auch auf Ihrer Seite!

Sie erleichtern sich und dem Finanzamt die Abwicklung des Zahlungsverkehrs ganz erheblich, wenn Sie sich am Lastschriftinzugsverfahren beteiligen. Bei Vorliegen einer Einzugsermächtigung gilt die Zahlung am Fälligkeitstag als entrichtet, unabhängig von der tatsächlichen Gutschrift auf dem Konto des Finanzamtes. Nachdem eine Zahlungsver säumnis ausgeschlossen ist, können auch keine Säumniszuschläge entstehen. Die Überwachung von Zahlungsfristen und Vorauszahlungsterminen für Sie entfällt. Natürlich können Sie nach den allgemeinen Regeln des Lastschriftverkehrs auch Ihrem Kreditinstitut gegenüber einer Abbuchung von Ihrem Konto widersprechen und so die Aufhebung einer Ihrer Ansicht nach unberechtigten Lastschrift erreichen. Sie geben durch die Lastschrift ermächtigung keine Rechtsposition in einem etwaigem Rechtsstreit mit dem Finanzamt auf, gehen also kein Risiko ein.

9. Elektronische Übermittlung von Steuererklärungen

9.1 Projekt ELSTER



ELSTER (Elektronische Steuer Erklärung) ist ein Projekt der deutschen Steuerverwaltung, das die sichere elektronische Übermittlung von Steuerdaten zum Ziel hat.

Neben den Steuerberatern erstellen immer mehr Bürger ihre Steuererklärungen am PC. Bei dieser Gelegenheit werden die Daten für den Ausdruck der Steuererklärungsformulare elektronisch erfasst. Diese bereits erfassten elektronischen Daten will die Steuerverwaltung zur Weiterverarbeitung in den Rechenzentren der einzelnen Bundesländer nutzen.

Mit Sicherheit von der Erklärung zum Bescheid

Nachdem der Anwender seine Daten mit seinem Steuerprogramm eingegeben hat, übergibt das Steuerprogramm die Daten an die ELSTER-Clientsoftware (Telemodul/COALA). Dieses Modul prüft die Daten auf formelle Richtigkeit (Plausibilitätsprüfung) und gibt eventuell Fehlermeldungen zurück. War die Plausibilitätsprüfung erfolgreich, verschlüsselt der ELSTER-Client die Daten, sendet sie an die Clearingstelle (CS) und druckt bei Jahressteuererklärungen die komprimierte Steuererklärung. Die Daten werden verschlüsselt in der CS empfangen, entschlüsselt, zwischengespeichert und den Rechenzentren (RZ) der Bundesländer bereitgestellt. Die Rechenzentren holen die Daten verschlüsselt von der Clearingstelle ab und entschlüsseln sie. Diese Daten werden an ein zentrales System (HOST) weitergegeben, umgesetzt und den Finanzämtern im Dialogsystem zur Verfügung gestellt. Die gesendeten Daten gelten nicht als Steuererklärung. Das Programm erstellt die komprimierte Steuererklärung, die beim örtlich zuständigen Finanzamt eingereicht werden muss.

Die Bescheiddatenübermittlung erfolgt im umgekehrten Richtung, wenn der Steuerpflichtige diesen Service beim Versenden der Steuererklärung angegeben und seinen öffentlichen Schlüssel erstellt und im Datensatz mitgeschickt hat. Nach Fertigstellung des Steuerbescheides durch das Finanzamt werden die Daten im Rechenzentrum verschlüsselt, an die CS gesendet, dort zwischengespeichert und den Anwendern zur Abholung bereitgestellt.

Der Anwender holt die Daten nach seiner Authentifizierung von der CS mit seinem Steuerprogramm elektronisch ab. Nun entschlüsselt der Anwender die Daten über eine Funktion seines Steuerprogramms mit seinem privaten Schlüssel, den er vor dem Senden der Daten erstellt hat.

Steuertermine und Schonfristen 2006

Einkommensteuer, Körperschaftsteuer, Kirchensteuer

	Januar	Februar	März	April	Mai	Juni	Juli	August	September	Oktober	November	Dezember
Vorauszahlung			10.			12.			11.			11.
Zahlungs-Schonfrist			(13.)			(15.)			(14.)			(14.)

Voranmeldung und Zahlung der Umsatzsteuer *, Lohnsteuer, Kirchenlohnsteuer

	Januar	Februar	März	April	Mai	Juni	Juli	August	September	Oktober	November	Dezember
für Monatszahler	10.	10.	10.	10.	10.	12.	10.	10.	11.	10.	10.	11.
Zahlungs-Schonfrist	(13.)	(13.)	(13.)	(13.)	(13.)	(15.)	(13.)	(14.)	(14.)	(13.)	(13.)	(14.)
für Vierteljahreszahler	10.			10.			10.			10.		
Zahlungs-Schonfrist	(13.)			(13.)			(13.)			(13.)		
für Jahreszahler **	10.											
Zahlungs-Schonfrist	(13.)											

* Dauerfristverlängerung um einen Monat möglich (§§ 46 ff UStDV)

** gilt nicht für Umsatzsteuer

Information zur Schonfrist 2006

Die in Klammern gesetzten Daten bezeichnen den letzten Tag für den Eingang der Zahlung bei dem Finanzamt bzw. der Gemeinde (Gewerbe-/Grundsteuer). Diese dreitägige Zahlungsschonfrist gilt bei Überweisung oder Teilnahme am Einzugsermächtigungsverfahren; sie gilt nicht bei Zahlung per Scheck.

Softwareanbieter, die Programme zur Erstellung der Steuererklärungen/-anmeldungen anbieten, haben in der Regel das ELSTER-Telemodul oder die COALA-Software in ihre Programme integriert.

Diese Programme sind im Handel erhältlich. Die Steuerverwaltung stellt die Software ElsterFormular kostenlos zur Verfügung.



Bei Steuerberatern, die über das DATEV-Rechenzentrum arbeiten, sind ggf. besondere Abläufe möglich, hier muss insbesondere auf das Ausdrucken und Absenden der komprimierten Steuererklärung geachtet werden.

9.2 Funktionen und unterstützte Steuerarten

In Mecklenburg-Vorpommern bietet ELSTER Unterstützung für folgende Steuererklärungen/-anmeldungen:

- Einkommensteuererklärung
- Umsatzsteuererklärung
- Gewerbesteuererklärung
- Erklärung für die Zerlegung des Gewerbesteuermessbetrags
- Umsatzsteuervoranmeldung *
- Lohnsteueranmeldung *
- Lohnsteuerbescheinigungen *
- Antrag auf Dauerfristverlängerung/Anmeldung der Sondervorauszahlung

* Hier besteht die Verpflichtung zur elektronischen Abgabe ab 1. Januar 2005 (siehe unter Punkt 9.4)

ELSTER bietet auch weitere Funktionen

- Steuererklärung ohne Steuernummer (für bislang nicht geführte Bürger/Firmen)
- Berechnung der voraussichtlichen Steuer bei der Einkommensteuererklärung
- elektronische Bescheiddatenabholung für Steuererklärungen

9.3 ElsterOnlinePortal

Ab dem 1. Januar 2006 besteht die Möglichkeit sich beim ElsterOnlinePortal mit der eigenen Steuernummer registrieren zu lassen (siehe www.elsteronline.de). Sie erhalten von Ihrer Steuerverwaltung eine Aktivierungs-ID per E-Mail und einen Aktivierungscode per Post. Die Registrierung mit einer Firmensteuernummer wird noch im Laufe des II. Quartals 2006 ermöglicht. Bei dieser Möglichkeit ist bei der Angabe des Wertes des gemeinsamen Geheimnisses besondere Aufmerksamkeit zu schenken.

Nach Eingabe auf den Registrierungsseiten im Internet wird ein persönliches elektronisches Zertifikat erstellt.

Sie haben drei Möglichkeiten der Registrierung:

1. Elster Basis (Soft-Zertifikat)
2. Elster Spezial (Zertifikat auf einem Elster Stick)
3. Elster Plus (Registrierung mit einer Signaturkarte)



Es wird gebeten, das Soft-Zertifikat nicht auf dem Rechner zu belassen, sondern auf einen externen Datenträger zu speichern und sicher (nicht allgemein zugänglich) zu verwahren.

Der Elster Stick kann über den Link zum Online-Shop auf den Seiten www.elsteronline.de unter Elster Spezial erworben werden.

Mit dem Zertifikat können Sie Ihre elektronisch zu sendenden Steuerdaten authentifizieren, soweit Ihre Software bzw. das ElsterOnlinePortal dies anbietet.

Authentifizierte Datenarten

Mecklenburg-Vorpommern nimmt folgende Daten authentifiziert an:

- Lohnsteueranmeldungen
- Umsatzsteuervoranmeldungen
- Antrag auf Dauerfristverlängerung/Anmeldung der Sondervorauszahlung
- Lohnsteuerbescheinigungen (zurzeit authentifiziert nur möglich mit ElsterFormular)

In Planung befinden sich Jahreserklärungen für die Umsatzsteuer, Gewerbesteuer und Einkommensteuer.

Dateneingabe im ElsterOnlinePortal

Im Portal direkt eingebbar sind:

- Lohnsteueranmeldungen
- Umsatzsteuervoranmeldungen
- Antrag auf Dauerfristverlängerung/Anmeldung der Sondervorauszahlung

Technische Voraussetzungen

Betriebssystem siehe www.elsteronline.de, Internetanschluss (anzuraten ist ISDN bzw. DSL), weitere Software: Java Runtime Environment (JRE) Version siehe www.elsteronline.de (Link zum Herunterladen auf www.elsteronline.de)

9.4 Verpflichtung zur elektronischen Abgabe ab 1. Januar 2005

Lohnsteuerbescheinigung

Für Arbeitgeber mit maschineller Lohnabrechnung besteht für die Lohnsteuerbescheinigung seit dem Kalenderjahr 2004 die Verpflichtung zur elektronischen Abgabe dieser Bescheinigung.

Merkblätter für Arbeitgeber, Unternehmer und Informationen für Arbeitnehmer finden sie im Anhang auf den Seiten 72-73.



Wichtig für Arbeitgeber:

Die Transferticketnummer aufbewahren!
Die Protokollabholung ist stets zur Überprüfung der Ordnungsmäßigkeit der Datenlieferung und der Weiterverarbeitung zu starten. Achtung!
Ohne Protokollabholung kann die Lohnsteuerbescheinigung nicht gedruckt werden!

Ab dem Kalenderjahr 2006 hat sich die Verpflichtung auf alle Arbeitgeber außer denen ohne maschinelle Lohnabrechnung, die ausschließlich Arbeitnehmer im Rahmen einer geringfügigen Beschäftigung in ihrem Privathaushalt im Sinne des § 8 a des Vierten Buches Sozialgesetzbuch beschäftigen und keine elektronische Lohnsteuerbescheinigung erteilen, erweitert, soweit eine Lohnsteuerbescheinigung auszustellen ist.

Lohnsteueranmeldung und Umsatzsteuervoranmeldung

Für Arbeitgeber und Unternehmer besteht die Verpflichtung zur elektronischen Abgabe für alle nach dem 31. Dezember 2004 endenden Anmeldungs- bzw. Voranmeldungszeiträume.

Ein Merkblatt für Arbeitgeber und Unternehmer finden Sie im Anhang auf der Seite 71.

Erklärung nach § 6 StDÜV

Es ist erforderlich einmalig die ausgefüllte und eigenhändig unterschriebene Erklärung beim zuständigen Finanzamt einzureichen.

Ein Musterformular der Erklärung finden Sie im Anhang auf der Seite 74.

9.5 ElsterFormular

Die Steuerverwaltung bietet bundesweit die kostenlose Software ElsterFormular an, die in einem Projekt der Bundesländer entstanden ist. Unterstützt werden:

- Einkommensteuererklärung
- Umsatzsteuererklärung
- Gewerbesteuererklärung
- Erklärung für die Zerlegung des Gewerbesteuermessbetrags
- Umsatzsteuervoranmeldung
- Lohnsteueranmeldung und
- **neu ab 1. Januar 2006** Lohnsteuerbescheinigungen (nur authentifiziert, siehe Rubrik ElsterOnlinePortal)

Das Programm ermöglicht die Dateneingabe in eine grafische Oberfläche in Gestalt der gewohnten Vordrucke und prüft die Daten auf logische Stimmigkeit. Damit lassen sich bereits beim Ausfüllen der Erklärung viele Plausibilitätsfehler ausschließen und Rückfragen bei der Veranlagung in vielen Fällen vermeiden. Zur Datenübertragung und Verschlüsselung dient das

bewährte ELSTER-Modul. Beim Datenversand überprüft das Programm automatisch über das Internet, ob Programmupdates vorliegen. Eine steuerliche Beratung ist nicht enthalten.

Neu ist, dass die Datenübermittlung nun auch über http und https möglich ist (zu empfehlen beim Senden aus dem Firmennetzwerk). Einzustellen ist dies bei ElsterFormular im Menü/Extras/Optionen/Einstellungen/Datenübermittlung.

Voraussetzungen

Benötigt werden ein PC mit Windows 98/2000/XP oder höher mit einer Prozessorleistung von mindestens 300 MHz, mindestens 100 MB freier Speicherplatz auf der Festplatte (davon 25 MB auf der Systemplatte) ein ISDN- bzw. DSL-(empfohlen) Internet-Zugang, mindestens 128 MB Hauptspeicher (davon mindestens 15 MB frei) und ein Drucker.

Vorteile

Neben der Berechnung des voraussichtlichen Steuerergebnisses gibt es eine Datenübernahmefunktion der Vorjahresdaten, wenn ElsterFormular 2004/2005 im Vorjahr benutzt wurde.

Es sind weniger Rückfragen durch das Finanzamt erforderlich, da die Daten durch die Software bereits auf formale Richtigkeit überprüft werden und es treten keine Dateneingabefehler auf, da die Datenerfassung im Finanzamt entfällt.

Weitere wichtige Vorteile bestehen in der Möglichkeit der Bescheidabholung, des automatischen Bescheidatenabgleichs, der sicheren Übermittlung der Steuerdaten und der Unterstützung von Anwendern mit Sehschwäche.

9.6 Weitere Informationen



Technische Unterstützung bei Problemen mit ElsterFormular erhalten Sie durch die Online-Hilfe direkt vom Programm ElsterFormular.

Bei Fragen und Problemen zur Installation und zum Umgang mit der Software stehen wir Ihnen unter unserer Hotline
Telefon: 01805/235055 (0,12 EUR/Min)
Telefax: 01805/235054 (0,12 EUR/Min)
und unter der E-Mail
Hotline@ElsterFormular.de
zur Verfügung.



Weitere Informationen zum Programm ElsterFormular sowie das Programm selbst erhalten Sie unter www.elsterformular.de

10. Investitionszulage

Als Unternehmer in Mecklenburg-Vorpommern werden Sie vielfältig gefördert. Für Investitionen, die Sie im Jahr 2006 vornehmen oder vorgenommen haben, gilt das Investitionszulagengesetz 2005 (InvZulG 2005). Ob es für die kommenden Jahre eine neue Förderung gibt, ist noch nicht entschieden.

Das aktuelle Investitionszulagengesetz gilt für Investitionen, soweit der Unternehmer nach dem 24. März 2004 und vor dem 01. Januar 2007 beginnt und diese nach dem 31. Dezember 2004 abschließt. Wird eine nach dem 24. März 2004 und vor dem 01. Januar 2007 begonnene Investition erst nach dem 31. Dezember 2006 abgeschlossen, sind nur die vor dem 01. Januar 2007 erfolgten Teillieferungen und entstandenen Teilerstellungskosten begünstigt.

Welche Investitionen werden gefördert?

Gefördert werden Investitionen in Betrieben des verarbeitenden Gewerbes und der produktionsnahen Dienstleistungen in den neuen Bundesländern und Berlin (Fördergebiet). Zu den Betrieben der produktionsnahen Dienstleistungen gehören:

- Betriebe der Datenverarbeitung und Datenbanken
- Betriebe der Forschung und Entwicklung
- Betriebe der Markt- und Meinungsforschung
- Ingenieurbüros für bautechnische Gesamtplanung
- Ingenieurbüros für technische Fachplanung
- Büros für Industrie-Design
- Betriebe der technischen, physikalischen und chemischen Untersuchung
- Betriebe der Werbung
- Betriebe des fotografischen Gewerbes

Die Abgrenzung des verarbeitenden Gewerbes und der produktionsnahen Dienstleistungen untereinander und von den übrigen Wirtschaftszweigen ist entsprechend der Klassifikation der Wirtschaftszweige 2003 vorzunehmen. Der Unternehmer hat sich vor Beginn der Investition über die Eingruppierung zu informieren.

Bewegliche Wirtschaftsgüter

Die Anschaffung und Herstellung von neuen abnutzbaren beweglichen Wirtschaftsgütern des Anlagevermögens ist begünstigt, wenn diese mindestens 5 Jahre nach der Anschaffung oder Herstellung

- zum Anlagevermögen eines Betriebs oder einer Betriebsstätte im Fördergebiet gehören und

- in einer Betriebsstätte eines Betriebs des verarbeitenden Gewerbes oder eines Betriebs der o. g. produktionsnahen Dienstleistungen im Fördergebiet verbleiben und
- in jedem Jahr nicht mehr als 10 % privat genutzt werden.

Nicht begünstigt sind geringwertige Wirtschaftsgüter, Luftfahrzeuge und Personenkraftwagen.

Betriebsgebäude

Eine Investitionszulage erhalten Sie auch für die Anschaffung und Herstellung neuer Gebäude, soweit es sich um Erstinvestitionen handelt und die Gebäude mindestens 5 Jahre nach der Anschaffung oder Herstellung in einem Betrieb des verarbeitenden Gewerbes oder der o.g. produktionsnahen Dienstleistungen verwendet werden. Es ist nicht erforderlich, dass das Gebäude zum Anlagevermögen eines begünstigten Betriebs gehört. Die Förderung nach dem InvZulG 2005 ist auf Erstinvestitionen im Fördergebiet beschränkt.

Erstinvestitionen

Erstinvestitionen sind die Anschaffung oder Herstellung von Wirtschaftsgütern, die z. B. der

- Errichtung einer neuen Betriebsstätte
- Erweiterung einer bestehenden Betriebsstätte
- Übernahme eines Betriebes, der geschlossen worden ist oder ansonsten geschlossen worden wäre, dienen.

Höhe der Investitionszulage

Die möglichen Fördersätze liegen zwischen 12,5 % und 27,5 %. Die Investitionszulage beträgt für

- bewegliche Wirtschaftsgüter und Gebäude im Randgebiet des Fördergebietes 15 %
- bewegliche Wirtschaftsgüter außerhalb des Randgebietes 25 %, wenn der Betrieb, in dem die begünstigten beweglichen Wirtschaftsgüter verbleiben, zusätzlich die Begriffsdefinition für kleine und mittlere Unternehmen erfüllt. Sofern die begünstigten Betriebe im Randgebiet liegen, erhöht sich diese Zulage noch um weitere 2,5 %.

Zum Randgebiet gehören in Mecklenburg-Vorpommern der Landkreis Ostvorpommern, Landkreis Uecker-Randow, kreisfreie Stadt Greifswald, Landkreis Rügen, Landkreis Nordvorpommern und die kreisfreie Stadt Stralsund. Der Antrag auf Investitionszulage muss auf einem amtlich vorgeschriebenen Vordruck erfolgen, den Sie von Ihrem Finanzamt erhalten.



Da die Voraussetzungen für die Gewährung einer Investitionszulage teilweise sehr komplex sind, besteht auch die Möglichkeit, das Finanzamt vorab um eine verbindliche Mitteilung zu bitten, ob bzw. inwieweit für eine bestimmte Investition eine Investitionszulage gewährt werden kann.



Weitere Informationen zur Investitionszulage stehen auch auf den Internetseiten des Finanzministerium zur Ansicht und zum Download unter www.fm.mv-regierung.de zur Verfügung.

11. Bauabzugsteuer Besonderheiten bei Bauleistungen

Mit dem Gesetz zur Eindämmung der illegalen Betätigung im Baugewerbe vom 30. August 2001 wurde zur Sicherung von Steueransprüchen bei Bauleistungen ein Steuerabzug eingeführt.

Seit dem 1. Januar 2002 haben danach unternehmerisch tätige Auftraggeber von Bauleistungen (Leistungsempfänger) im Inland grundsätzlich einen Steuerabzug von 15 % der Gegenleistung vorzunehmen, einzubehalten und an das Finanzamt abzuführen.



Unter Bauleistungen versteht man Tätigkeiten, die im Zusammenhang mit der Herstellung, Instandsetzung, Änderung oder Beseitigung von Bauwerken anfallen.

Die Bauabzugsteuer wirkt wie eine Vorauszahlung auf die Steuerschulden des leistenden Unternehmers. Der Steuerabzug kann nur unterbleiben, wenn eine gültige, vom zuständigen Finanzamt des Leistenden ausgestellte Freistellungsbescheinigung vorliegt oder bestimmte Freigrenzen nicht überschritten werden. Damit Ihr Auftraggeber von der Einbehaltung der Bauabzugsteuer absieht, müssen Sie ihm eine Kopie dieser Freistellungsbescheinigung bei Auftragserteilung vorlegen.



Über die Gültigkeit kann er sich mittels einer Internet-Abfrage unter www.bzst.de Gewissheit verschaffen.

In Ausnahmefällen erhalten Sie auch Auskunft beim ausstellenden Finanzamt. Beziehen Sie für Ihr eigenes Unternehmen Bauleistungen, müssen Sie den Steuerabzug nicht vornehmen,

wenn Sie entweder eine Kopie der Freistellungsbescheinigung des Bauunternehmers vorliegen haben oder wenn die voraussichtliche Rechnungssumme des Bauunternehmers in einem Jahr 5.000 Euro nicht übersteigt. Jeweils vor dem Beginn einer Bauleistung ist dem Leistungsempfänger eine Kopie der Freistellungsbescheinigung auszuhändigen.



Eine Freistellungsbescheinigung wird bei Vorliegen aller Voraussetzungen nach amtlich vorgeschriebenem Vordruck für eine bestimmte Zeit, längstens jedoch für einen Zeitraum von 3 Jahren oder bezogen auf einen bestimmten Auftrag erteilt.

12. Allgemeine Hinweise und Ratschläge

Auch bei der besten Finanzplanung kann es gerade in der Gründungsphase zu Zahlungsengpässen kommen.

- Sollten Sie feststellen, dass eine pünktliche Entrichtung der fälligen Steuern einmal nicht möglich sein wird, setzen Sie sich bitte rechtzeitig mit dem Finanzamt in Verbindung - nach Möglichkeit bereits vor Fälligkeit der Beträge. Im Rahmen der gesetzlichen Möglichkeiten werden wir dann gemeinsam mit Ihnen nach Lösungen suchen, die für beide Seiten annehmbar sind.
- Kosten, die vor Betriebsgründung entstehen und mit ihr in Zusammenhang stehen, können auch als Betriebsausgaben behandelt werden; Belege immer aufbewahren!
- Fehlerhafte Buchführung kann zu verspäteter Umsatzsteuernachzahlung und somit zur Fälligkeit von Verspätungszuschlägen führen.
- Die Angaben auf Rechnungen müssen ordnungsgemäß und vollständig sein, so dass ein Vorsteuerabzug zuerkannt werden kann.
- Fristverlängerung zur Voranmeldung der Umsatzsteuer führt zu einer späteren Vorsteuererstattung.

Haben Sie noch Fragen?

Wenn Sie weitere Fragen zur Existenzgründung oder anderen Themen haben, stehen wir Ihnen gerne zur Verfügung.



Weitere Fach-Informationen bietet Ihnen auch die Internetseite Finanzministerium Mecklenburg-Vorpommern/Landesregierung unter www.fm.mv-regierung.de oder www.elster.de.



Vordrucke zum Download stehen Ihnen auch unter www.finanzamt.mv-regierung.de zur Verfügung.

13. Hier finden Sie weitere Unterstützung

Vereinigung der Unternehmensverbände für Mecklenburg-Vorpommern e. V.

Eckdrift 93
19061 Schwerin
E-Mail: info@vumv.de

Architektenkammer Mecklenburg-Vorpommern

Alexandrinestraße 32
19055 Schwerin
E-Mail: info@architektenkammer-mv.de

Kommunaler Arbeitgeberverband Mecklenburg-Vorpommern

Bertha-von-Sutter-Straße 5
19061 Schwerin
E-Mail: info@kav-mv.de

Steuerberaterkammer Mecklenburg-Vorpommern Körperschaft des öffentlichen Rechts

Ostseeallee 40
18107 Rostock
E-Mail: mail@stbk-mv.de

Handwerkskammer Schwerin

Friedensstraße 4 a
19053 Schwerin
E-Mail: info@hwk-schwerin.de

Handwerkskammer Ostmecklenburg-Vorpommern Hauptverwaltungssitz Neubrandenburg

Friedrich-Engels-Ring 11
17033 Neubrandenburg

Hauptverwaltungssitz Rostock

Schwaaner Landstraße 8
18055 Rostock
E-Mail: info@hwk-omv.de

Industrie- und Handelskammer zu Schwerin

Schloßstraße 17
19053 Schwerin
E-Mail: info@schwerin.ihk.de

Industrie- und Handelskammer zu Neubrandenburg

Katharinenstraße 48
17033 Neubrandenburg
E-Mail: info@neubrandenburg.ihk.de

Industrie- und Handelskammer zu Rostock

Ernst-Barlach-Straße 1-3
18055 Rostock
E-Mail: info@rostock.ihk.de

Zahnärztekammer Mecklenburg-Vorpommern

Wismarsche Straße 304
19055 Schwerin
E-Mail: sekretariat@zaekmv.de

Ärztekammer Mecklenburg-Vorpommern

August-Bebel-Straße 9 a
18055 Rostock
E-Mail: info@aek-mv.de

Apothekerkammer Mecklenburg-Vorpommern

Wismarsche Straße 304
19055 Schwerin
E-Mail: ApothekerkammerMV@t-online.de

Ingenieurkammer Mecklenburg-Vorpommern

Alexandrinestraße 32
19055 Schwerin
E-Mail: info@ingenieurkammer-mv.de

Rechtsanwaltskammer Mecklenburg-Vorpommern

Bornhövedstraße 12
19055 Schwerin
E-Mail: info@rak-mv.de

Finanzamt Bergen

Wasserstraße 15 d
18528 Bergen

nach persönlicher Vereinbarung

telefonisch: 03838 / 400-0
per Fax: 03838 / 22217
per Mail: poststelle@finanzamt-bergen.de
im Internet: www.finanzamt-bergen.de

Bankverbindung

BBk Rostock für Inlandszahlungen
Konto-Nr.: 130 015 12
Bankleitzahl: 130 000 00
für Auslandszahlungen
IBAN: DE44 1300 0000 0013 0015 12
BIC: ZBHMDEH1130



Öffnungszeiten

Montag	08.00 bis 12.00 Uhr
Dienstag	08.30 bis 12.00 und 13.00 bis 18.00 Uhr
Mittwoch	geschlossen
Donnerstag	08.30 bis 12.00 Uhr
Freitag	08.30 bis 12.00 Uhr

Öffnungszeiten der Zentralen Informations- und Annahmestelle (ZIA)

Montag	08.00 bis 16.00 Uhr
Dienstag	08.00 bis 18.00 Uhr
Mittwoch	08.00 bis 16.00 Uhr
Donnerstag	08.00 bis 16.00 Uhr
Freitag	08.00 bis 13.00 Uhr

Finanzamt Greifswald

Am Gorzberg Haus 11
17489 Greifswald

nach persönlicher Vereinbarung

telefonisch: 03834 / 559-0
per Fax: 03834 / 559-315/316
per Mail: poststelle@finanzamt-greifswald.de
im Internet: www.finanzamt-greifswald.de

Bankverbindung

BBk Neubrandenburg
für Inlandszahlungen
Konto-Nr.: 150 015 28
Bankleitzahl: 150 000 00
für Auslandszahlungen
IBAN: DE44 1500 0000 0015 0015 28
BIC: ZBHMDEH1150



Öffnungszeiten

Montag	08.30 bis 12.00 Uhr
Dienstag	08.30 bis 12.00 und 13.00 bis 17.30 Uhr
Mittwoch	08.30 bis 12.00 Uhr
Donnerstag	08.30 bis 12.00 und 13.00 bis 15.30 Uhr
Freitag	08.30 bis 12.00 Uhr

In Anklam nach Bedarf, Terminbekanntgabe in der Lokalpresse.

Öffnungszeiten der Zentralen Informations- und Annahmestelle (ZIA)

Montag	08.00 bis 16.00 Uhr
Dienstag	08.00 bis 18.00 Uhr
Mittwoch	08.00 bis 16.00 Uhr
Donnerstag	08.00 bis 18.00 Uhr
Freitag	08.00 bis 14.00 Uhr

Finanzamt Güstrow

Klosterhof 1
18273 Güstrow

nach persönlicher Vereinbarung

telefonisch: 03843 / 262-0
per Fax: 03843 / 262-111
per Mail: poststelle@finanzamt-guestrow.de
im Internet: www.finanzamt-guestrow.de



Öffnungszeiten

Montag	09.00 bis 12.00 Uhr
Dienstag	09.00 bis 12.00 Uhr
Mittwoch	09.00 bis 12.00 Uhr
Donnerstag	09.00 bis 12.00 und 13.00 bis 18.00 Uhr
Freitag	geschlossen

Bankverbindung

BBk Rostock für Inlandszahlungen
Konto-Nr.: 130 015 01
Bankleitzahl: 130 000 00
für Auslandszahlungen
IBAN: DE50 1300 0000 0013 0015 01
BIC: ZBHMDEH1130

Öffnungszeiten der Zentralen Informations- und Annahmestelle (ZIA)

Montag	08.00 bis 16.00 Uhr
Dienstag	08.00 bis 16.00 Uhr
Mittwoch	08.00 bis 16.00 Uhr
Donnerstag	08.00 bis 18.00 Uhr
Freitag	08.00 bis 13.00 Uhr

Finanzamt Hagenow

Steegener Chaussee 8
19230 Hagenow

nach persönlicher Vereinbarung

telefonisch: 03883 / 670-0
per Fax: 03883 / 670-500
per Mail: poststelle@finanzamt-hagenow.de
im Internet: www.finanzamt-hagenow.de



Öffnungszeiten

Montag	08.00 bis 16.00 Uhr
Dienstag	08.00 bis 18.00 Uhr
Mittwoch	08.00 bis 16.00 Uhr
Donnerstag	08.00 bis 16.00 Uhr
Freitag	08.00 bis 13.00 Uhr

Bankverbindung

BBk Schwerin für Inlandszahlungen
Konto-Nr.: 140 015 04
Bankleitzahl: 140 000 00
für Auslandszahlungen
IBAN: DE88 1400 0000 00140015 04
BIC: ZBHMDEH1140

Öffnungszeiten der Zentralen Informations- und Annahmestelle (ZIA)

Montag	08.00 bis 16.00 Uhr
Dienstag	08.00 bis 18.00 Uhr
Mittwoch	08.00 bis 16.00 Uhr
Donnerstag	08.00 bis 16.00 Uhr
Freitag	08.00 bis 13.00 Uhr

Finanzamt Malchin

Schratweg 33
17139 Malchin

nach persönlicher Vereinbarung

telefonisch: 03994 / 634-0
per Fax: 03843 / 634-322
per Mail: poststelle@finanzamt-malchin.de
im Internet: www.finanzamt-malchin.de



Öffnungszeiten

Montag	09.00 bis 12.00 Uhr
Dienstag	09.00 bis 12.00 und 13.00 bis 17.00 Uhr
Mittwoch	09.00 bis 12.00 Uhr
Donnerstag	09.00 bis 12.00 Uhr
Freitag	geschlossen

Bankverbindung

BBk Neubrandenburg

für Inlandszahlungen

Konto-Nr.: 150 015 11

Bankleitzahl: 150 000 00

für Auslandszahlungen

IBAN:DE18 1500 0000 0015 0015 11

BIC: ZBHMDEH1150

Öffnungszeiten der Zentralen Informations- und Annahmestelle (ZIA)

Montag	08.00 bis 16.00 Uhr
Dienstag	08.00 bis 18.00 Uhr
Mittwoch	08.00 bis 16.00 Uhr
Donnerstag	08.00 bis 16.00 Uhr
Freitag	08.00 bis 12.00 Uhr

Finanzamt Neubrandenburg

Neustrelitzer Straße 120
17033 Neubrandenburg

nach persönlicher Vereinbarung

telefonisch: 0395 / 380-1000
per Fax: 0395 / 380-1059
per Mail: poststelle@finanzamt-neubrandenburg.de
im Internet: www.finanzamt-neubrandenburg.de



Öffnungszeiten

Montag	08.00 bis 17.30 Uhr
Dienstag	08.00 bis 17.30 Uhr
Mittwoch	08.00 bis 17.30 Uhr
Donnerstag	08.00 bis 17.30 Uhr
Freitag	08.00 bis 13.00 Uhr

Bankverbindung

BBk Neubrandenburg

für Inlandszahlungen

Konto-Nr.: 150 015 18

Bankleitzahl: 150 000 00

für Auslandszahlungen

IBAN:DE23 1500 0000 0015 0015 18

BIC: ZBHMDEH1150

Öffnungszeiten der Zentralen Informations- und Annahmestelle (ZIA)

Montag	08.00 bis 17.30 Uhr
Dienstag	08.00 bis 17.30 Uhr
Mittwoch	08.00 bis 17.30 Uhr
Donnerstag	08.00 bis 17.30 Uhr
Freitag	08.00 bis 13.00 Uhr

Finanzamt Pasewalk

Torgelower Straße 32
17309 Pasewalk

nach persönlicher Vereinbarung

telefonisch: 03973 / 224-0
per Fax: 03973 / 224-1199
per Mail: poststelle@finanzamt-pasewalk.de
im Internet: www.finanzamt-pasewalk.de



Öffnungszeiten

Montag	08.00 bis 16.00 Uhr
Dienstag	08.00 bis 18.00 Uhr
Mittwoch	08.00 bis 16.00 Uhr
Donnerstag	08.00 bis 16.00 Uhr
Freitag	08.00 bis 13.00 Uhr

Öffnungszeiten der Zentralen Informations- und Annahmestelle (ZIA)

Montag	08.00 bis 16.00 Uhr
Dienstag	08.00 bis 18.00 Uhr
Mittwoch	08.00 bis 16.00 Uhr
Donnerstag	08.00 bis 16.00 Uhr
Freitag	08.00 bis 13.00 Uhr

Bankverbindung

BBk Neubrandenburg

für Inlandszahlungen

Konto-Nr.: 150 015 12

Bankleitzahl: 150 000 00

für Auslandszahlungen

IBAN: DE88 1500 0000 0015 0015 12

BIC: ZBHMDEH1150

Finanzamt Ribnitz-Damgarten

Sandhufe 3
18311 Ribnitz-Damgarten

nach persönlicher Vereinbarung

telefonisch: 03821 / 884-0
per Fax: 03821 / 884-140
per Mail: poststelle@finanzamt-ribnitz-damgarten.de
im Internet: www.finanzamt-ribnitz-damgarten.de



Öffnungszeiten

Montag	08.30 bis 12.00 Uhr
Dienstag	08.30 bis 12.00 und 13.00 bis 17.00 Uhr
Mittwoch	08.30 bis 12.00 Uhr
Donnerstag	08.30 bis 12.00 Uhr
Freitag	geschlossen

Öffnungszeiten der Zentralen Informations- und Annahmestelle (ZIA)

Montag	08.00 bis 16.00 Uhr
Dienstag	08.00 bis 18.00 Uhr
Mittwoch	08.00 bis 16.00 Uhr
Donnerstag	08.00 bis 16.00 Uhr
Freitag	08.00 bis 13.00 Uhr

Bankverbindung

BBk Rostock für Inlandszahlungen

Konto-Nr.: 130 015 10

Bankleitzahl: 130 000 00

für Auslandszahlungen

IBAN: DE98 1300 0000 0013 0015 10

BIC: ZBHMDEH1130

Finanzamt Rostock

Möllner Straße 13
18109 Rostock

nach persönlicher Vereinbarung

telefonisch: 0381 / 7000-0
per Fax: 0381 / 7000-444
per Mail: poststelle@finanzamt-rostock.de
im Internet: www.finanzamt-rostock.de



Öffnungszeiten

Montag	08.30 bis 12.00 Uhr
Dienstag	08.30 bis 12.00 und 13.30 bis 17.00 Uhr
Mittwoch	geschlossen
Donnerstag	13.30 bis 16.00 Uhr
Freitag	08.30 bis 12.00 Uhr

Bankverbindung

BBk Rostock für Inlandszahlungen
Konto-Nr.: 130 015 08
Bankleitzahl: 130 000 00
für Auslandszahlungen
IBAN: DE55 1300 0000 0013 0015 08
BIC: ZBHMDEH1130

Öffnungszeiten der Zentralen Informations- und Annahmestelle (ZIA)

Montag	07.30 bis 18.00 Uhr
Dienstag	07.30 bis 18.00 Uhr
Mittwoch	07.30 bis 18.00 Uhr
Donnerstag	07.30 bis 18.00 Uhr
Freitag	07.30 bis 14.00 Uhr

Finanzamt Schwerin

Johannes-Stelling-Straße 9-11
19053 Schwerin

nach persönlicher Vereinbarung

telefonisch: 0385 / 5400-0
per Fax: 0385 / 5400-300
per Mail: poststelle@finanzamt-schwerin.de
im Internet: www.finanzamt-schwerin.de



Öffnungszeiten

Montag	13.00 bis 16.00 Uhr
Dienstag	08.30 bis 12.00 Uhr
Mittwoch	geschlossen
Donnerstag	08.30 bis 12.00 und 14.00 bis 18.00 Uhr
Freitag	08.30 bis 12.00 Uhr

Bankverbindung

BBk Schwerin für Inlandszahlungen
Konto-Nr.: 140 015 02
Bankleitzahl: 140 000 00
für Auslandszahlungen
IBAN: DE45 1400 0000 0014 0015 02
BIC: ZBHMDEH1140

Öffnungszeiten der Zentralen Informations- und Annahmestelle (ZIA)

Montag	07.30 bis 16.00 Uhr
Dienstag	07.30 bis 18.00 Uhr
Mittwoch	07.30 bis 16.00 Uhr
Donnerstag	07.30 bis 18.00 Uhr
Freitag	07.30 bis 13.00 Uhr

Finanzamt Stralsund

Lindenstraße 136
18435 Stralsund

nach persönlicher Vereinbarung

telefonisch: 03831 / 366-0
per Fax: 03831 / 366-245/188
per Mail: poststelle@finanzamt-stralsund.de
im Internet: www.finanzamt-stralsund.de



Öffnungszeiten

Montag 08.00 bis 16.00 Uhr
Dienstag 08.00 bis 18.00 Uhr
Mittwoch 08.00 bis 16.00 Uhr
Donnerstag 08.00 bis 16.00 Uhr
Freitag 08.00 bis 14.00 Uhr

In Grimmen nach Bedarf, Terminbekanntgabe in der Lokalpresse.

Bankverbindung

BBk Rostock für Inlandszahlungen
Konto-Nr.: 130 015 13
Bankleitzahl: 130 000 00
für Auslandszahlungen
IBAN: DE17 1300 0000 0013 0015 13
BIC: ZBHMDEH1130

Öffnungszeiten der Zentralen Informations- und Annahmestelle (ZIA)

Montag 08.00 bis 16.00 Uhr
Dienstag 08.00 bis 18.00 Uhr
Mittwoch 08.00 bis 16.00 Uhr
Donnerstag 08.00 bis 16.00 Uhr
Freitag 08.00 bis 14.00 Uhr

Finanzamt Waren

Einsteinstraße 15
17192 Waren (Müritz)

nach persönlicher Vereinbarung

telefonisch: 03991 / 174-0
per Fax: 03991 / 174-499
per Mail: poststelle@finanzamt-waren.de
im Internet: www.finanzamt-waren.de



Öffnungszeiten

Montag 08.00 bis 16.00 Uhr
Dienstag 08.00 bis 16.00 Uhr
Mittwoch 08.00 bis 16.00 Uhr
Donnerstag 08.00 bis 18.00 Uhr
Freitag 08.00 bis 13.00 Uhr

Bankverbindung

BBk Neubrandenburg
für Inlandszahlungen
Konto-Nr.: 150 015 15
Bankleitzahl: 150 000 00
für Auslandszahlungen
IBAN: DE07 1500 0000 0015 0015 15
BIC: ZBHMDEH1150

Öffnungszeiten der Zentralen Informations- und Annahmestelle (ZIA)

Montag 08.00 bis 16.00 Uhr
Dienstag 08.00 bis 16.00 Uhr
Mittwoch 08.00 bis 16.00 Uhr
Donnerstag 08.00 bis 18.00 Uhr
Freitag 08.00 bis 13.00 Uhr

Finanzamt Wismar

Philosophenweg 1
23970 Wismar

nach persönlicher Vereinbarung

telefonisch: 03841 / 444-0
per Fax: 03841 / 444-222
per Mail: poststelle@finanzamt-wismar.de
im Internet: www.finanzamt-wismar.de



Bankverbindung

BBk Schwerin für Inlandszahlungen
Konto-Nr.: 140 015 16
Bankleitzahl: 140 000 00
für Auslandszahlungen
IBAN: DE55 1400 0000 0014 0015 16
BIC: ZBHMDEH1140

Öffnungszeiten

Montag	08.00 bis 16.00 Uhr
Dienstag	08.00 bis 16.00 Uhr
Mittwoch	08.00 bis 16.00 Uhr
Donnerstag	08.00 bis 18.00 Uhr
Freitag	08.00 bis 12.00 Uhr

Finanzamt Wolgast

Pestalozzistraße 45
17438 Wolgast

nach persönlicher Vereinbarung

telefonisch: 03836 / 254-0
per Fax: 03836 / 254-300/100
per Mail: poststelle@finanzamt-wolgast.de
im Internet: www.finanzamt-wolgast.de



Öffnungszeiten

Montag	08.00 bis 12.00 und 14.00 bis 16.00 Uhr
Dienstag	08.00 bis 12.00 und 14.00 bis 18.00 Uhr
Mittwoch	08.00 bis 12.00 und 14.00 bis 16.00 Uhr
Donnerstag	08.00 bis 12.00 und 14.00 bis 16.00 Uhr
Freitag	08.00 bis 12.00 Uhr

Öffnungszeiten der Zentralen Informations- und Annahmestelle (ZIA)

Montag	08.00 bis 16.00 Uhr
Dienstag	08.00 bis 18.00 Uhr
Mittwoch	08.00 bis 16.00 Uhr
Donnerstag	08.00 bis 16.00 Uhr
Freitag	08.00 bis 12.00 Uhr

In Heringsdorf von November bis Mai nach Bedarf,
Terminbekanntgabe in der Lokalpresse

Bankverbindung

BBk Neubrandenburg
für Inlandszahlungen
Konto-Nr.: 150 015 29
Bankleitzahl: 150 000 00
für Auslandszahlungen
IBAN: DE17 1500 0000 0015 0015 29
BIC: ZBHMDEH1150

Musterformular Fragebogen zur steuerlichen Erfassung - Gewerbe - (Seite 1)

An das Finanzamt Aktenzeichen/Steuernummer	Zutreffendes bitte ankreuzen <input checked="" type="checkbox"/> oder ausfüllen Fragebogen zur steuerlichen Erfassung	Eingangsstempel oder -datum	
<input type="checkbox"/> Aufnahme einer gewerblichen, selbständigen (freiberuflichen) oder land- und forstwirtschaftlichen Tätigkeit <input type="checkbox"/> Beteiligung an einer Personengesellschaft/-gemeinschaft - Bitte beantworten Sie nur die Fragen zu Abschnitt 1, Abschnitt 2 - nur Textziffer 2.8, Abschnitt 3 und Abschnitt 8 -			
1 Allgemeine Angaben			
1.1 Steuerpflichtige(r)/Beteiligte(r)			
1	Vor- und Zuname (ggf. Geburtsname)		
2	Geburtsdatum	Religion	
3	Straße, Hausnummer	PLZ (Straßenadresse)	
4	Postfach	PLZ (Postfachadresse)	
5	Persönliches Identifikationsmerkmal (Personalausweis-/Reisepassnummer)		
6	Kommunikationsverbindungen		
	Telefon (Festnetz, ggf. Mobiltelefon)	E-Mail	
7	Familienstand		
	verheiratet seit	verwitwet seit	
	geschieden seit	dauernd getrennt lebend seit	
1.2 Ehegatte			
8	Vor- und Zuname (ggf. Geburtsname)		
9	Geburtsdatum	Religion	
10	Straße, Hausnummer, PLZ, Wohnort (falls abweichend)		
11	Persönliches Identifikationsmerkmal (Personalausweis-/Reisepassnummer)		
1.3 Kinder mit Wohnsitz im Inland			
12	Vorname (ggf. abweichender Familienname)	Geburtsdatum	
13			
14			
1.4 Bankverbindung(en) für Steuererstattungen/Lastschritfeinzugsverfahren (LEV)			
15	<input type="checkbox"/> Alle Steuererstattungen sollen an folgende Bankverbindung erfolgen:		
	Kontonummer	BLZ	Geldinstitut (Name, Ort)
			Kontoinhaber(in)
16	<input type="checkbox"/> Personensteuererstattungen (z.B. Einkommensteuer) sollen an folgende Bankverbindung erfolgen:		
	Kontonummer	BLZ	Geldinstitut (Name, Ort)
			Kontoinhaber(in)
17	<input type="checkbox"/> Betriebsteuererstattungen (z.B. Umsatz-, Lohnsteuer) sollen an folgende Bankverbindung erfolgen:		
	Kontonummer	BLZ	Geldinstitut (Name, Ort)
			Kontoinhaber(in)
18	Möchten Sie am Lastschritfeinzugsverfahren , dem für beide Seiten einfachsten Zahlungsweg, teilnehmen? <input type="checkbox"/> Ja, die ausgefüllte Teilnahmeerklärung ist beigelegt.		

Hinweis: Die mit diesem Fragebogen angeforderten Daten werden aufgrund der §§ 88, 90, 93, 97 und 138 der Abgabenordnung erhoben.

Musterformular Fragebogen zur steuerlichen Erfassung - Gewerbe - (Seite 2)

19	1.5 Steuerliche Beratung		
	<input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja	Name und Anschrift	
20	Kommunikationsverbindungen		
	Telefon (Festnetz, ggf. Mobiltelefon)	Telefax	E-Mail (ggf. Internetadresse)
21	1.6 Empfangsbevollmächtigte(r) für alle Steuerarten (kann nur mit beigefügter gesonderter Vollmacht berücksichtigt werden)		
	Name und Anschrift		
22	Zuständigkeit der/des Empfangsbevollmächtigten		
	<input type="checkbox"/> Feststellungs-/Festsetzungs- und Erhebungsverfahren <input type="checkbox"/> <u>nur</u> Feststellungs-/Festsetzungsverfahren <input type="checkbox"/> <u>nur</u> Erhebungsverfahren		
23	1.7 Bisherige persönliche Verhältnisse		
	Falls Sie innerhalb der letzten 12 Monate zugezogen sind:		
	Zugezogen am	Frühere Anschrift (Straße, Hausnummer/Postfach, PLZ, Ort)	
24	Waren Sie (oder ggf. Ihr Ehegatte) in den letzten drei Jahren für Zwecke der Einkommensteuer steuerlich erfasst?		
	<input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja	Finanzamt, Steuernummer	
2 Angaben zur gewerblichen, selbständigen (freiberuflichen) oder land- und forstwirtschaftlichen Tätigkeit			
25	2.1 Art des ausgeübten Gewerbes/der Tätigkeit – ggf. den Schwerpunkt angeben! -		
26	2.2 Anschrift des Unternehmens		
	Bezeichnung		
27	Straße, Hausnummer	PLZ (Straßenadresse)	Ort
28	Postfach	PLZ (Postfachadresse)	Ort
29	Kommunikationsverbindungen		
	Telefon (Festnetz, ggf. Mobiltelefon)	Telefax	E-Mail (ggf. Internetadresse)
30	2.3 Betriebsstätten		
	Werden in mehreren Gemeinden Betriebsstätten unterhalten?		
	<input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja	Anschriften (PLZ, Ort, Straße, Hausnummer)	
31	1.		
32	2.		
	Bei mehr als zwei Betriebsstätten: <input type="checkbox"/> Gesonderte Aufstellung ist beigefügt.		
33	2.4 Kammerzugehörigkeit (Handwerks-/Industrie- und Handelskammer) <input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein		
34	2.5 Handelsregistereintragung <input type="checkbox"/> ja Bitte Handelsregistrauszug beifügen! <input type="checkbox"/> nein		
35	2.6 Ort der Geschäftsleitung (Bitte nur angeben, wenn diese von der Anschrift des Unternehmens abweicht!)		
	Straße, Hausnummer	PLZ (Straßenadresse)	Ort
36	Postfach	PLZ (Postfachadresse)	Ort
37	2.7 Gründungsform (Bitte ggf. die entsprechenden Verträge beifügen!)		
	<input type="checkbox"/> Neugründung zum		<input type="checkbox"/> Verlegung zum
38	<input type="checkbox"/> Übernahme (z.B. Kauf, Pacht, Vererbung, Schenkung) zum		<input type="checkbox"/> Umwandlung zum
39	(Name und Anschrift des vorherigen Unternehmens bzw. der Vorinhaberin/des Vorinhabers, Finanzamt, Steuernummer)		

Musterformular Fragebogen zur steuerlichen Erfassung - Gewerbe - (Seite 3)

2.8 Bisherige betriebliche Verhältnisse

Ist in den letzten fünf Jahren schon ein Gewerbe, eine selbständige (freiberufliche) oder eine land- und forstwirtschaftliche Tätigkeit ausgeübt worden oder waren Sie an einer Personengesellschaft oder zu mehr als 10 % an einer Kapitalgesellschaft beteiligt?

☐ nein ☐ ja Art, Ort und Dauer der Tätigkeit/Beteiligung

Finanzamt, Steuernummer, ggf. Umsatzsteuer-Identifikationsnummer

3 Angaben zur Festsetzung der Vorauszahlungen (Einkommensteuer, Gewerbesteuer)

3.1 Voraussichtliche Einkünfte aus	im Jahr der Betriebseröffnung (EUR)		im Folgejahr (EUR)	
	Steuerpflichtiger	Ehegatte	Steuerpflichtiger	Ehegatte
Land- und Forstwirtschaft				
Gewerbebetrieb				
Selbständiger Arbeit				
Nichtselbständiger Arbeit				
Kapitalvermögen				
Vermietung und Verpachtung				
Sonstigen Einkünften (z.B. Renten)				
3.2 Voraussichtliche Höhe der				
Sonderausgaben und außergewöhnlichen Belastungen				
Steuerabzugsbeträge				

4 Angaben zur Gewinnermittlung

Gewinnermittlungsart ☐ Einnahmenüberschussrechnung
☐ Vermögensvergleich (Bilanz) Eröffnungsbilanz ☐ liegt bei. ☐ wird nachgereicht.
☐ Gewinnermittlung nach Durchschnittssätzen (nur für Land- und Forstwirtschaft)

Liegt ein vom Kalenderjahr abweichendes Wirtschaftsjahr vor? ☐ nein ☐ ja, vom bis

5 Freistellungsbescheinigung gemäß § 48b Einkommensteuergesetz – EStG – („Bauabzugssteuer“)

Zu Ihrer Information steht Ihnen das Merkblatt zum Steuerabzug bei Bauleistungen im Internet unter www.bzst.de oder www.bzst.bund.de zum Download zur Verfügung. Sie können es aber auch bei Ihrem Finanzamt erhalten.

☐ Ich beantrage die Erteilung einer Bescheinigung zur Freistellung vom Steuerabzug bei Bauleistungen gemäß § 48b EStG.

6 Angaben zur Anmeldung und Abführung der Lohnsteuer

Zahl der Arbeitnehmer (einschließlich Aushilfskräfte) Insgesamt:
a) davon Familienangehörige: b) davon geringfügig Beschäftigte:

Anmeldungszeitraum (voraussichtliche Lohnsteuer im Kalenderjahr) ☐ monatlich (mehr als 3.000 EUR) ☐ vierteljährlich (mehr als 800 EUR) ☐ jährlich (nicht mehr als 800 EUR)

Die für die Lohnberechnung maßgebenden Lohnbestandteile werden zusammengefasst im Betrieb/Betriebsteil: Name, Straße, Hausnummer, PLZ, Ort

7 Angaben zur Anmeldung und Abführung der Umsatzsteuer

7.1 Gesamtumsatz (geschätzt)	im Jahr der Betriebseröffnung (EUR)	im Folgejahr (EUR)
7.2 Kleinunternehmer-Regelung		
<input type="checkbox"/> Der Gesamtumsatz für das Gründungsjahr wird die Grenze von 17.500 EUR voraussichtlich nicht überschreiten.		
<input type="checkbox"/> Ich nehme die Kleinunternehmer-Regelung (§ 19 Abs. 1 Umsatzsteuergesetz – UStG –) in Anspruch. Ich weise in Rechnungen keine Umsatzsteuer gesondert aus und kann keinen Vorsteuerabzug geltend machen. Hinweis: Angaben zu Tz. 7.3 und 7.4 sind nicht erforderlich; Umsatzsteuer-Voranmeldungen sind nicht abzugeben.		
<input type="checkbox"/> Ich verzichte auf die Anwendung der Kleinunternehmer-Regelung. Die Besteuerung erfolgt nach den allgemeinen Vorschriften des Umsatzsteuergesetzes für mindestens fünf Kalenderjahre (§ 19 Abs. 2 UStG); Umsatzsteuer-Voranmeldungen sind monatlich in elektronischer Form abzugeben.		

Musterformular Fragebogen zur steuerlichen Erfassung - Gewerbe - (Seite 4)

61	7.3	Soll-/Istversteuerung der Entgelte
		Ich berechne die Umsatzsteuer nach
		<input type="checkbox"/> vereinbarten Entgelten (Sollversteuerung). <input type="checkbox"/> vereinnahmten Entgelten. Ich beantrage hiermit die Istversteuerung .
62	7.4	Dauerfristverlängerung
		<input type="checkbox"/> Ich möchte die Dauerfristverlängerung für die Abgabe der Umsatzsteuer-Voranmeldungen nutzen. Mir ist bekannt, dass bei monatlicher Abgabe der Umsatzsteuer-Voranmeldungen eine Sondervorauszahlung zu berechnen und zu entrichten ist.
		Hinweis: Den hierfür erforderlichen Vordruck USt 1 H finden Sie auf den Internetseiten der Finanzverwaltung. Sie können den Antrag auch elektronisch an die Finanzverwaltung übermitteln (www.elster.de).
63	7.5	Umsatzsteuer-Identifikationsnummer
		<input type="checkbox"/> Ich benötige für die Teilnahme am innergemeinschaftlichen Handel eine Umsatzsteuer-Identifikationsnummer (USt-IdNr.).
64		Zusatzangaben für Unternehmer,
		- die nur steuerfreie Umsätze ausführen, die zum Ausschluss vom Vorsteuerabzug führen,
		- für deren Umsätze Umsatzsteuer nach § 19 Abs. 1 UStG nicht erhoben wird,
		- die ihre Umsätze nach den Durchschnittssätzen des § 24 UStG versteuern:
		Ich beantrage eine USt-IdNr., weil
		<input type="checkbox"/> innergemeinschaftliche Lieferungen ausgeführt werden (gilt nur für pauschalierende Land- und Forstwirte).
		<input type="checkbox"/> innergemeinschaftliche Erwerbe zu versteuern sind, da die Erwerbsschwelle von 12.500 EUR jährlich
		<input type="checkbox"/> voraussichtlich überschritten wird (§ 1a Abs. 3 UStG).
		<input type="checkbox"/> voraussichtlich nicht überschritten wird, auf die Erwerbsschwellenregelung jedoch für die Dauer von mindestens zwei Jahren verzichtet wird (§ 1a Abs. 4 UStG).
		<input type="checkbox"/> neue Fahrzeuge oder bestimmte verbrauchsteuerpflichtige Waren innergemeinschaftlich erworben werden (§ 1a Abs. 5 UStG).
65		<input type="checkbox"/> Ich habe bereits für eine frühere Tätigkeit folgende USt-IdNr. erhalten:
		USt-IdNr. <input style="width: 150px;" type="text"/> Vergabedatum: <input style="width: 100px;" type="text"/>
66	8	Angaben zur Beteiligung an einer Personengesellschaft/-gemeinschaft
		Bezeichnung, Anschrift der Gesellschaft/Gemeinschaft
67		Finanzamt, Steuernummer der Gesellschaft/Gemeinschaft
		(Fügen Sie bitte eine Kopie des Gesellschaftsvertrags bei!)
68		<div style="display: flex; justify-content: space-between;"> <div style="width: 30%;"> Ort, Datum </div> <div style="width: 65%;"> Unterschrift des/der Steuerpflichtigen und ggf. des Ehegatten bzw. des/der Vertreter/s oder Bevollmächtigten </div> </div>
69		Anlagen: <input type="checkbox"/> Teilnahmeerklärung für das LEV (Tz. 1.4) <input type="checkbox"/> Eröffnungsbilanz (Tz. 4) <input type="checkbox"/> Empfangsvollmacht (Tz. 1.6) <input type="checkbox"/> Gesellschaftsvertrag (Tz. 8) <input type="checkbox"/> Handelsregistrauszug (Tz. 2.5) <input type="checkbox"/> <input style="width: 100px;" type="text"/> <input type="checkbox"/> Verträge bei Übernahme bzw. Umwandlung (Tz. 2.7)
70		<div style="border: 1px solid black; padding: 10px; width: 300px;"> Finanzamt </div>

Musterformular Ausfüllhilfe zum Fragebogen zur steuerlichen Erfassung - Gewerbe - (Seite 1)

Ausfüllhilfe

für den Fragebogen zur steuerlichen Erfassung

Aufnahme einer
gewerblichen, selbständigen (freiberuflichen) oder
land- und forstwirtschaftlichen Tätigkeit
und

Beteiligung an einer Personengesellschaft/-gemeinschaft

Inhalt:

Einleitung	1
Abkürzungsverzeichnis	1
Allgemeine Angaben	1
Angaben zur gewerblichen, selbständigen (freiberuflichen) oder land- und forstwirtschaftlichen Tätigkeit	2
Angaben zur Festsetzung der Vorauszahlungen	3
Angaben zur Gewinnermittlung	3
Angaben zur Anmeldung und Abführung der Lohnsteuer	3
Angaben zur Anmeldung und Abführung der Umsatzsteuer	3
Kleinunternehmer-Regelung § 19 Absatz 1 UStG	4
Vereinbarte Entgelte (Sollversteuerung)	4
Vereinnahmte Entgelte (Istversteuerung)	4
Dauerfristverlängerung	4
Umsatzsteuer-Identifikationsnummer	4
Angaben zur Beteiligung an einer Personengesellschaft/-gemeinschaft	4

Einleitung

Diese Ausfüllhilfe soll Ihnen die Bearbeitung des Fragebogens zur steuerlichen Erfassung erleichtern. Im Folgenden werden die Fragen zu den erbetenen Angaben näher erläutert.

Sollten Sie weitere Informationen benötigen, wenden Sie sich bitte an Ihren steuerlichen Berater. Im Übrigen steht Ihnen Ihr Finanzamt gerne für Einzelfragen zur Verfügung.

Soweit Datumsangaben erbeten werden, sind diese wie folgt anzugeben: TT.MM.JJJJ
(T = Tag, M = Monat, J = Jahr, z.B. 24.06.2002).

Abkürzungsverzeichnis

AO	= Abgabenordnung
EStG	= Einkommensteuergesetz
UStG	= Umsatzsteuergesetz

Allgemeine Angaben

Zeilen 1 und 8

Hier sind auch eventuell vorhandene Namenszusätze (z.B. Prof., Dr., Graf, von) einzutragen.

Zeilen 2 und 9

Tragen Sie die Religionszugehörigkeit ein, wenn Sie/Ihr Ehegatte einer Religionsgemeinschaft angehören/angehört, die Kirchensteuer erhebt.
Tragen Sie Ihren derzeit ausgeübten Beruf bzw. den Ihres Ehegatten ein.

Zeilen 3 und 4

Tragen Sie bitte Ihre jetzige Postanschrift ein. Haben Sie zur Zeit mehrere Wohnsitze, wird um die Angabe aller Wohnsitze auf einem Zusatzblatt gebeten. Der Hauptwohnsitz als Mittelpunkt Ihrer Lebensinteressen (z.B. Familienwohnsitz) ist dabei besonders zu kennzeichnen.
Soweit Sie über ein Postfach verfügen, tragen Sie Postfachnummer und Postfachpostleitzahl mit Ort ein.

Zeile 7

Eine dauernde Trennung liegt nicht vor, wenn Ehegatten nur vorübergehend, z.B. bei auswärtiger beruflicher Tätigkeit, nicht zusammen leben.

Zeile 10

Tragen Sie hier die ggf. abweichende Anschrift des Ehegatten ein.

Musterformular Ausfüllhilfe zum Fragebogen zur steuerlichen Erfassung - Gewerbe - (Seite 2)

Zeilen 12 bis 14

Tragen Sie nur die Kinder ein, für die Sie Kindergeld oder vergleichbare Leistungen bzw. Freibeträge nach § 32 Abs. 6 EStG (Kinderfreibetrag/Betreuungsfreibetrag) erhalten. Sollten die für die Antwort vorgesehenen Zeilen nicht ausreichen, fügen Sie die weiteren Angaben bitte auf einem gesonderten Blatt bei.

Zeilen 15 bis 17

Der Zahlungsverkehr mit dem Finanzamt wird unbar abgewickelt. Geben Sie deshalb Ihre Girokontonummer, die Bankleitzahl, das Geldinstitut und den Kontoinhaber an. Reichen die Schreibstellen für die Angaben zu Ihrem Geldinstitut nicht aus, kürzen Sie bitte die Angaben in geeigneter Weise ab.

Ändert sich künftig Ihre Bankverbindung, teilen Sie dies bitte umgehend Ihrem Finanzamt schriftlich mit.

Für die Erstattung von Steuern haben Sie folgende Möglichkeiten:

1. Die Angabe einer Bankverbindung für alle Steuererstattungen in Zeile 15.
2. Die Angabe je einer gesonderten Bankverbindung für die Erstattung von Personensteuern (z.B. Einkommensteuer) in Zeile 16 und die Angabe einer weiteren Bankverbindung für die Erstattung von Betriebssteuern (z.B. Umsatzsteuer, Lohnsteuer) in Zeile 17.

Zeile 18

Das Lastschriftinzugsverfahren ist für beide Seiten der einfachste Weg, den Zahlungsverkehr fristgerecht abzuwickeln. Damit verhindern Sie, dass beispielsweise Fälligkeitstermine für Steuern in Vergessenheit geraten und Ihnen dadurch Säumniszuschläge entstehen.

Wenn Sie am Lastschriftinzugsverfahren teilnehmen möchten, füllen Sie bitte den beigefügten Vordruck aus.

Zeilen 21 und 22

Sie haben die Möglichkeit, eine dritte Person als Empfangsbevollmächtigten zu benennen.

Bitte beachten Sie, dass diesbezügliche Angaben von Ihrem Finanzamt nur berücksichtigt werden können, wenn eine entsprechende Vollmacht beigefügt ist.

Zusätzlich zu den Angaben in Zeile 21 ist es außerdem erforderlich, die Zuständigkeit des Empfangsbevollmächtigten in Zeile 22 näher zu bestimmen. Dabei können Sie zwischen den folgenden Möglichkeiten wählen:

1. Die Empfangsvollmacht gilt für das Feststellungs-/Festsetzungs- und das Erhebungsverfahren.
(Der Bevollmächtigte erhält sämtliche Schreiben und Bescheide der Finanzverwaltung.)
2. Die Empfangsvollmacht gilt nur für das Feststellungs-/Festsetzungsverfahren.
(Der Bevollmächtigte erhält nur die Schreiben und Bescheide, welche in erster Linie die Ermittlung der tatsächlichen Verhältnisse zur Berechnung und Feststellung der Besteuerungsgrundlagen gem. §§ 179ff. AO bzw. die Berechnung und Festsetzung der Steuern, Steuermessbeträge, steuerlichen Nebenleistungen usw. betreffen, z.B. auch die Steuerbescheide.)
3. Die Empfangsvollmacht gilt nur für das Erhebungsverfahren.
(Der Bevollmächtigte erhält nur die Schreiben und Bescheide, welche ausschließlich der reinen Zahlung und Erstattung der Steuern sowie der steuerlichen Nebenleistungen dienen.)

Angaben zur gewerblichen, selbständigen (freiberuflichen) oder land- und forstwirtschaftlichen Tätigkeit

Zeile 25

Beschreiben Sie kurz die Art und den Umfang des ausgeübten Gewerbes bzw. der von Ihnen nachgegangenen Tätigkeit, z.B.:

- Handel mit Hilfsmitteln zum Schweißen oder Löteten von Metallen,
- Bäckerei (Handel mit Bäckereierzeugnissen – Brötchen, Brot, Backwaren),
- Handel mit Baustoffen (ohne ausgeprägten Schwerpunkt),
- Arzt - Internist,
- landwirtschaftlicher Gartenbaubetrieb.

Zeile 26

Tragen Sie an dieser Stelle die Bezeichnung Ihres Unternehmens/Ihrer Firma ein, z.B.:

- Otto Müller – Gerüstbau,
- Imbiss „Balkangrill“, Inhaber Horst Spieß,
- Friedrich Spanisch – Übersetzungen,
- Hofgut „Jotwede“, Inhaber Harald Schauinsland.

Zeilen 27 und 28

Tragen Sie bitte die Postanschrift des Unternehmens ein. Soweit das Unternehmen über ein Postfach verfügt, tragen Sie Postfachnummer und Postfachpostleitzahl mit Ort ein.

Zeilen 30 bis 32

Werden in mehreren Gemeinden Betriebsstätten unterhalten, geben Sie bitte die Anschriften und Telefonnummern aller Betriebsstätten an. Eine Betriebsstätte ist jede feste Geschäftseinrichtung oder Anlage, die der Tätigkeit eines Unternehmens dient, z. B. Stätte der Geschäftsleitung, Zweigniederlassung, Fabrikations- und Werkstätten, Warenlager, Einkaufs- und Verkaufsstellen (§ 12 AO).

Zeile 34

Soweit Sie als Kaufmann im Sinne des Handelsrechts zur Eintragung in das Handelsregister verpflichtet sind, fügen Sie bitte dem Fragebogen eine Kopie des aktuellen Auszuges bei bzw. reichen diese nach.

Zeilen 35 und 36

Geben Sie die Anschrift der Geschäftsleitung an, soweit diese von der Anschrift des Unternehmens (Zeilen 27 und 28) abweicht. Als Geschäftsleitung gilt der Ort, an dem der unternehmerische Wille gebildet wird (§ 10 AO).

Zeilen 37 bis 39

Geben Sie die Gründungsform sowie das Gründungsdatum Ihres Unternehmens/Ihrer Firma an. Soweit eine Übernahme, Verlegung oder Umwandlung vorliegt, sind außerdem der Name und die Anschrift des vorherigen Unternehmens bzw. des Vorinhabers sowie das bisher zuständige Finanzamt einschließlich der Steuernummer, unter welcher das Unternehmen/die Firma bisher geführt wurde, anzugeben. Im Falle einer Übernahme, Verlegung oder Umwandlung fügen Sie bitte die entsprechenden Verträge bei.

Wichtiger Hinweis:

Die Umsätze im Rahmen einer Geschäftsveräußerung im Ganzen an einen anderen Unternehmer für dessen Unternehmen unterliegen nicht der Umsatzsteuer. Unberechtigt vom Veräußerer ausgewiesene Umsatzsteuer kann der Erwerber nicht als Vorsteuer abziehen.

Musterformular Ausfüllhilfe zum Fragebogen zur steuerlichen Erfassung - Gewerbe - (Seite 3)

Angaben zur Festsetzung der Vorauszahlungen

Zeilen 42 bis 48

Geben Sie für das Jahr der Betriebseröffnung sowie das Folgejahr alle voraussichtlichen Einkünfte von Ihnen und ggf. Ihrem Ehegatten an.

Zeilen 49 und 50

Geben Sie für das Jahr der Betriebseröffnung sowie das Folgejahr alle voraussichtlichen Sonderausgaben sowie Steuerabzugsbeträge von Ihnen und ggf. Ihrem Ehegatten an.

Angaben zur Gewinnermittlung

Zeilen 51 und 52

Geben Sie die Art der Gewinnermittlung an. Für den Fall der Bilanzierung ist eine Eröffnungsbilanz beim Finanzamt einzureichen. Außerdem ist der Gewinnermittlungszeitraum - Kalenderjahr oder abweichendes Wirtschaftsjahr - anzugeben.

Es gibt grundsätzlich zwei Möglichkeiten, den steuerlichen Gewinn zu ermitteln:

- Buchführung mit Jahresabschluss (= Bilanzierung),
- Aufzeichnungen mit Einnahmenüberschussrechnung.

Sind Gewerbetreibende oder land- und forstwirtschaftliche Betriebe nach außersteuerlichen Vorschriften, z. B. nach Handelsrecht, zur Buchführung verpflichtet, so ist auf dieser Grundlage der steuerliche Gewinn zu ermitteln. Weiterhin sind zur Bilanzierung alle Gewerbetreibenden verpflichtet, deren Umsatz (einschl. der steuerfreien Umsätze, ausgenommen die Umsätze nach § 4 Nr. 8 -10 UStG) 350.000 € im Kalenderjahr oder deren Gewinn 30.000 € im Wirtschaftsjahr jährlich übersteigt und die Finanzbehörde auf den Beginn der Verpflichtung hingewiesen hat. Unbenommen bleibt die Möglichkeit freiwillig Bücher zu führen.

Anderen Gewerbetreibenden und Land- und Forstwirten sowie Freiberuflern steht die Einnahmenüberschussrechnung als einfachste Art der Gewinnermittlung offen. Der Gewinn ermittelt sich bei der Einnahmenüberschussrechnung wie folgt:

Betriebseinnahmen

abzüglich Betriebsausgaben

= Gewinn oder Verlust

Sie müssen dabei die Betriebseinnahmen dem Kalenderjahr zuordnen, in dem das Geld bei Ihnen eingegangen bzw. gutgeschrieben worden ist. Die Betriebsausgaben ordnen Sie dem Kalenderjahr der Zahlung zu. Eine Ausnahme bilden die Anschaffungskosten der längerfristig nutzbaren Anlagegüter (z.B. Ladeneinrichtung, Betriebs-PKW). Diese sind verteilt auf die Gesamtnutzungsdauer des jeweiligen Anlageguts in jährlichen Abschreibungsbeiträgen als Betriebsausgaben abziehbar.

Bei Land- und Forstwirten, die nicht aufgrund gesetzlicher Vorschriften zur Buchführung verpflichtet sind, gibt es unter bestimmten Voraussetzungen die Besonderheit der Gewinnermittlung nach Durchschnittssätzen (§ 13a EStG).

Angaben zur Anmeldung und Abführung der Lohnsteuer

Die Lohnsteuer-Anmeldung ist bis zum 10. Tag nach Ablauf jedes Anmeldezeitraums mit amtlich vorgeschrie-

benem Vordruck auf elektronischem Weg nach Maßgabe der Steuerdaten-Übermittlungsverordnung zu übermitteln. Auf Antrag kann das Finanzamt zur Vermeidung von unbiligen Härten auf eine elektronische Übermittlung verzichten; in diesem Fall ist die Lohnsteuer-Anmeldung vom Arbeitgeber oder von einer zu seiner Vertretung berechtigten Person zu unterschreiben (§ 41a Abs. 1 Sätze 2 und 3 EStG). Weitere Informationen können Sie im Internet abrufen unter www.elster.de bzw. www.finanzamt.de.

Zeile 54

Geben Sie bitte die Anzahl aller Arbeitnehmer einschließlich der Aushilfskräfte, Familienangehörigen und geringfügig Beschäftigten an, die in Ihrem Betrieb tätig sind. Die Anzahl der beschäftigten Familienangehörigen und der geringfügig Beschäftigten in sog. Minijobs sind zusätzlich gesondert anzugeben.

Zeile 55

Jeder Arbeitgeber unterliegt der Verpflichtung, von den seinen Arbeitnehmern ausbezahlten Löhnen und Gehältern Lohnsteuer einzubehalten und an das Finanzamt abzuführen.

Dazu hat er die Lohnsteuer bei maschineller Lohnabrechnung unmittelbar nach der Formel des Einkommensteuertarifs mit Hilfe eines Lohnsteuer-Programms oder anhand der im Buchhandel erhältlichen Lohnsteuertabellen und den Daten auf der Lohnsteuerkarte der Arbeitnehmer zu ermitteln, es sei denn, die Lohnsteuerermittlung erfolgt pauschal.

Der Anmeldezeitraum (monatlich, vierteljährlich, jährlich) richtet sich nach der Höhe der voraussichtlich zu entrichtenden Lohnsteuer im Kalenderjahr. Folgende Grenzen sind dabei maßgeblich:

Voraussichtliche jährliche Lohnsteuer	Abgabezeitraum
Bis 800 €	Jährlich
Mehr als 800 € bis 3.000 €	Vierteljährlich
Mehr als 3.000 €	Monatlich

Der Arbeitgeber ist von der Verpflichtung zur Abgabe einer Lohnsteuer-Anmeldung befreit, wenn er dem Betriebsstättenfinanzamt mitteilt, dass er im Lohnsteuer-Anmeldezeitraum keine Lohnsteuer einzubehalten oder zu übernehmen hat, weil der Arbeitslohn nicht steuerbelastet ist. Dies gilt auch, wenn er nur Arbeitnehmer beschäftigt, für die er lediglich die 2%-ige Pauschalsteuer an die Bundesknappschaft abzuführen hat.

Zeile 56

Die lohnsteuerliche Betriebsstätte ist der im Inland gelegene Betrieb oder Betriebsteil des Arbeitgebers, an dem der Arbeitslohn insgesamt ermittelt wird, d.h. wo die einzelnen Lohnbestandteile oder bei maschineller Lohnabrechnung die Eingabewerte zu dem für die Durchführung des Lohnsteuerabzugs maßgebenden Arbeitslohn zusammengefasst werden. Es kommt nicht darauf an, wo einzelne Lohnbestandteile ermittelt, die Berechnung der Lohnsteuer vorgenommen wird und die für den Lohnsteuerabzug maßgebenden Unterlagen aufbewahrt werden.

Angaben zur Anmeldung und Abführung der Umsatzsteuer

Der Unternehmer hat bis zum 10. Tag nach Ablauf jedes Voranmeldezeitraums eine Voranmeldung nach amt-

Musterformular Ausfüllhilfe zum Fragebogen zur steuerlichen Erfassung - Gewerbe - (Seite 4)

lich vorgeschriebenem Vordruck auf elektronischem Weg nach Maßgabe der Steuerdaten-Übermittlungsverordnung zu übermitteln, in der er die Steuer für den Voranmeldungszeitraum (Vorauszahlung) selbst zu berechnen hat; auf Antrag kann das Finanzamt zur Vermeidung von unbilligen Härten auf eine elektronische Übermittlung verzichten (§ 18 Abs. 1 Satz 1 UStG). Weitere Informationen können Sie im Internet abrufen unter www.elster.de bzw. www.finanzamt.de.

Voranmeldungszeitraum für abzugebende Umsatzsteuer-Voranmeldungen ist im Jahr der Neugründung und im folgenden Kalenderjahr der Kalendermonat (§ 18 Abs. 2 Satz 4 UStG).

Zeile 57

Tragen Sie den geschätzten Gesamtumsatz für das Jahr der Betriebseröffnung und das Folgejahr ein. Diese Information ist wichtig für die Beurteilung, ob Sie die Kleinunternehmer-Regelung (s. Zeilen 58 bis 60) in Anspruch nehmen können.

Zeilen 58 bis 60

Kleinunternehmer-Regelung § 19 Absatz 1 UStG

Die Kleinunternehmer-Regelung hat zur Folge, dass keine Umsatzsteuer abzuführen ist. Hierfür ist allerdings Voraussetzung, dass in Rechnungen keine Umsatzsteuer gesondert ausgewiesen wird. Bei Anwendung der Kleinunternehmer-Regelung kann kein Vorsteuerabzug geltend gemacht werden.

Unternehmer, die im Inland oder in einem Freihafen ansässig sind und deren Umsatz (zuzüglich der darauf entfallenden Umsatzsteuer) im vorangegangenen Kalenderjahr 17.500 € nicht überstiegen hat und im laufenden Kalenderjahr voraussichtlich 50.000 € nicht übersteigen wird (Kleinunternehmer), brauchen keine Umsatzsteuer abzuführen. Bei Aufnahme der unternehmerischen Tätigkeit im Laufe des Kalenderjahres gilt für die Anwendung der Kleinunternehmer-Regelung die Umsatzgrenze von 17.500 €.

Wegen der Versagung des Vorsteuerabzuges kann sich die Sonderregelung für Kleinunternehmer ungünstig auswirken. Das Gesetz räumt diesen daher die Möglichkeit ein, auf die Sonderregelung zu verzichten und die Besteuerung nach den allgemeinen Vorschriften zu wählen. An die Verzichtserklärung sind sie dann 5 Jahre gebunden.

Zeile 61

Vereinbarte Entgelte (Sollbesteuerung)

Das Umsatzsteuergesetz sieht im Regelfall die Besteuerung nach vereinbarten Entgelten (so genannte „Sollbesteuerung“) vor. Das bedeutet, Sie müssen die Umsatzsteuer für den Voranmeldungszeitraum abführen, in dem Sie die Lieferungen und sonstigen Leistungen erbracht haben, ohne Rücksicht darauf, ob der Kunde die Rechnung sofort zahlt oder vielleicht erst Monate später. Dies gilt auch, wenn Sie Waren oder Leistungen aus Ihrem Unternehmen für private Zwecke entnehmen. Werden jedoch vor Ausführung des Umsatzes Anzahlungen geleistet, so entsteht hierfür die Steuer bereits mit Vereinnahmung der Anzahlung.

Vereinnahmte Entgelte (Istbesteuerung)

Das Finanzamt kann dem Unternehmer unter bestimmten Voraussetzungen gestatten, die Besteuerung nach den

tatsächlich vereinnahmten Entgelten (so genannte „Istbesteuerung“) vorzunehmen. Bei Angehörigen eines freien Berufes – wie z. B. Architekten, Heilpraktikern, Journalisten – ist dies ohne weitere Voraussetzungen möglich.

Bei Gewerbetreibenden kann die Besteuerung nach vereinnahmten Entgelten dann gestattet werden, wenn der Gesamtumsatz (Netto-Umsatz) im vorangegangenen Kalenderjahr 125.000 € (bis 31. Dezember 2006 500.000 € bei Gewerbetreibenden für deren Umsatzbesteuerung ein Finanzamt in den neuen Bundesländern zuständig ist) nicht überschritten hat. Im Jahr der Betriebseröffnung ist auf den voraussichtlichen Gesamtumsatz abzustellen.

Bei der Besteuerung nach vereinnahmten Entgelten entsteht die Steuer für Lieferungen und sonstige Leistungen mit Ablauf des Voranmeldungszeitraums, in dem die Entgelte vereinnahmt worden sind. Anzahlungen sind stets im Voranmeldungszeitraum ihrer Vereinnahmung zu versteuern. Als Zeitpunkt der Vereinnahmung gilt bei Überweisungen auf ein Bankkonto grundsätzlich der Zeitpunkt der Gutschrift.

Zeile 62

Dauerfristverlängerung

Das Finanzamt verlängert auf Antrag die Fristen für die Abgabe der Voranmeldungen und für die Entrichtung der Vorauszahlungen um einen Monat, wenn der Steueranspruch nicht gefährdet erscheint.

Die Fristverlängerung wird einem Unternehmer, der die Voranmeldungen monatlich abzugeben hat, unter der Auflage gewährt, dass dieser eine Sondervorauszahlung auf die Steuer eines jeden Kalenderjahres entrichtet. Der Unternehmer hat die Fristverlängerung für die Abgabe der Voranmeldungen bis zu dem Zeitpunkt zu beantragen, an dem die Voranmeldung, für die die Fristverlängerung erstmals gelten soll, abzugeben ist. Der Antrag ist nach amtlich vorgeschriebenem Vordruck (USt 1 H) zu stellen. Nähere Informationen zur Berechnung, Anmeldung und Entrichtung der Sondervorauszahlung entnehmen Sie bitte der Ausfüllanleitung für diesen Vordruck.

Zeilen 63 bis 65

Umsatzsteuer-Identifikationsnummer

Bei der steuerlichen Neuaufnahme kann der Unternehmer die Erteilung einer Umsatzsteuer-Identifikationsnummer beim Finanzamt beantragen. Die Erteilung erfolgt pro Unternehmer nur einmal. Die Gültigkeit ist jedoch auf die Dauer einer unternehmerischen Tätigkeit beschränkt. Nach Wiederaufnahme einer unternehmerischen Betätigung wird die ursprüngliche Nummer erforderlichenfalls erneut aktiviert.

Angaben zur Beteiligung an einer Personengesellschaft/-gemeinschaft

Zeilen 66 und 67

Wenn Sie an einer Personengesellschaft/-gemeinschaft beteiligt sind, geben Sie bitte deren Firmennamen bzw. die Bezeichnung, unter der die Gesellschaft/Gemeinschaft auftritt, deren Anschrift, das für die Personengesellschaft/-gemeinschaft zuständige Finanzamt und deren Steuer Nummer an.

Musterformular Fragebogen zur steuerlichen Erfassung - Personengesellschaft - (Seite 1)

Zutreffendes bitte ankreuzen <input checked="" type="checkbox"/> oder ausfüllen									
An das Finanzamt Aktenzeichen/Steuernummer	Eingangsstempel oder -datum								
Fragebogen zur steuerlichen Erfassung									
Gründung einer Personengesellschaft/-gemeinschaft									
1 Allgemeine Angaben									
1.1 Angaben zum Unternehmen									
1	Firma (lt. Handelsregister) bzw. Name, unter der/dem die Gesellschaft/Gemeinschaft auftritt								
2	<table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%;">Sitz, ggf. abweichender Ort der Geschäftsleitung (Straße, Hausnummer)</td> <td style="width: 25%;">PLZ (Straßenadresse)</td> <td style="width: 25%;">Ort</td> </tr> <tr> <td>Postfach</td> <td>PLZ (Postfachadresse)</td> <td>Ort</td> </tr> </table>	Sitz, ggf. abweichender Ort der Geschäftsleitung (Straße, Hausnummer)	PLZ (Straßenadresse)	Ort	Postfach	PLZ (Postfachadresse)	Ort		
Sitz, ggf. abweichender Ort der Geschäftsleitung (Straße, Hausnummer)	PLZ (Straßenadresse)	Ort							
Postfach	PLZ (Postfachadresse)	Ort							
3									
4	<table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td colspan="3">Kommunikationsverbindungen</td> </tr> <tr> <td style="width: 50%;">Telefon (Festnetz, ggf. Mobiltelefon)</td> <td style="width: 25%;">Telefax</td> <td style="width: 25%;">E-Mail, ggf. Internetadresse</td> </tr> </table>	Kommunikationsverbindungen			Telefon (Festnetz, ggf. Mobiltelefon)	Telefax	E-Mail, ggf. Internetadresse		
Kommunikationsverbindungen									
Telefon (Festnetz, ggf. Mobiltelefon)	Telefax	E-Mail, ggf. Internetadresse							
5	<table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 20%;">Beginn der Tätigkeit (Datum)</td> <td>Art des Betriebes oder Tätigkeit</td> </tr> </table>	Beginn der Tätigkeit (Datum)	Art des Betriebes oder Tätigkeit						
Beginn der Tätigkeit (Datum)	Art des Betriebes oder Tätigkeit								
1.2 Betriebstätte(n)									
Werden in mehreren Gemeinden Betriebstätten unterhalten?									
6	<input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja: <table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 60%;">Anschriften (PLZ, Ort, Straße, Hausnummer)</td> <td style="width: 40%;">Telefon</td> </tr> <tr> <td>1.</td> <td></td> </tr> <tr> <td>2.</td> <td></td> </tr> </table>	Anschriften (PLZ, Ort, Straße, Hausnummer)	Telefon	1.		2.			
Anschriften (PLZ, Ort, Straße, Hausnummer)	Telefon								
1.									
2.									
7									
8	Bei mehr als zwei Betriebstätten: <input type="checkbox"/> Gesonderte Aufstellung ist beigelegt.								
1.3 Gründungsform									
Bitte den von allen Gesellschaftern/Beteiligten unterschriebenen Gesellschaftsvertrag beifügen! Falls ein schriftlicher Vertrag nicht abgeschlossen wurde, fügen Sie bitte eine von allen Gesellschaftern/Beteiligten unterschriebene Erklärung über die gesellschaftsrechtlichen Vereinbarungen bei, insbesondere zu nachfolgenden Punkten:									
<ul style="list-style-type: none"> - Wer ist zur Vertretung und Geschäftsführung der Gesellschaft/Gemeinschaft befugt? - In welcher Höhe sind die Gesellschafter/Beteiligten am Gewinn oder Verlust beteiligt? - In welcher Höhe sind die Gesellschafter/Beteiligten am Vermögen beteiligt? - Welche Regelungen gelten für die Kündigung der Gesellschaft/Gemeinschaft? - Wie soll die Auseinandersetzung für den Fall der Auflösung der Gesellschaft/Gemeinschaft oder des Ausscheidens erfolgen? 									
9	<input type="checkbox"/> Neugründung zum <input type="checkbox"/> Verlegung zum								
10	<input type="checkbox"/> Übernahme (z.B. Kauf, Pacht, Vererbung, Schenkung) zum <input type="checkbox"/> Einbringung / Umwandlung / Verschmelzung zum								
11	(Name und Anschrift des vorherigen Unternehmens bzw. der Vorinhaberin/des Vorinhabers, Finanzamt, Steuernummer)								
1.4 Rechtsform der Gesellschaft/Gemeinschaft									
12	<table style="width: 100%;"> <tr> <td><input type="checkbox"/> GbR (Gesellschaft bürgerlichen Rechts)</td> <td><input type="checkbox"/> Atypische stille Gesellschaft</td> </tr> <tr> <td><input type="checkbox"/> OHG (Offene Handelsgesellschaft)</td> <td><input type="checkbox"/> Arge (z.B. Arbeitsgemeinschaft des Baugewerbes, s. Zusatzblatt)</td> </tr> <tr> <td><input type="checkbox"/> KG (Kommanditgesellschaft)</td> <td><input type="checkbox"/> GmbH & Co. KG (Gesellschaftsvertrag der GmbH beifügen!)</td> </tr> <tr> <td><input type="checkbox"/> Partnerschaftsgesellschaft</td> <td><input type="checkbox"/></td> </tr> </table>	<input type="checkbox"/> GbR (Gesellschaft bürgerlichen Rechts)	<input type="checkbox"/> Atypische stille Gesellschaft	<input type="checkbox"/> OHG (Offene Handelsgesellschaft)	<input type="checkbox"/> Arge (z.B. Arbeitsgemeinschaft des Baugewerbes, s. Zusatzblatt)	<input type="checkbox"/> KG (Kommanditgesellschaft)	<input type="checkbox"/> GmbH & Co. KG (Gesellschaftsvertrag der GmbH beifügen!)	<input type="checkbox"/> Partnerschaftsgesellschaft	<input type="checkbox"/>
<input type="checkbox"/> GbR (Gesellschaft bürgerlichen Rechts)	<input type="checkbox"/> Atypische stille Gesellschaft								
<input type="checkbox"/> OHG (Offene Handelsgesellschaft)	<input type="checkbox"/> Arge (z.B. Arbeitsgemeinschaft des Baugewerbes, s. Zusatzblatt)								
<input type="checkbox"/> KG (Kommanditgesellschaft)	<input type="checkbox"/> GmbH & Co. KG (Gesellschaftsvertrag der GmbH beifügen!)								
<input type="checkbox"/> Partnerschaftsgesellschaft	<input type="checkbox"/>								
13	1.5 Kammerzugehörigkeit (Handwerks-/Industrie- und Handelskammer) <input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein								
1.6 Handelsregistereintragung									
14	<input type="checkbox"/> ja, seit <input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> Eine Eintragung ist beabsichtigt. Bitte Handelsregistrauszug beifügen! <input type="checkbox"/> Antrag beim Handelsregister gestellt am								

Hinweis: Die mit diesem Fragebogen angeforderten Daten werden aufgrund der §§ 88, 90, 93, 97 und 138 der Abgabenordnung erhoben.

Musterformular Fragebogen zur steuerlichen Erfassung - Personengesellschaft- (Seite 2)

15	1.7 Bankverbindung/Lastschriftinzugsverfahren (LEV)			
	<input type="checkbox"/> Alle Steuererstattungen sollen an folgende Bankverbindung erfolgen:			
	Kontonummer	BLZ	Geldinstitut (Name, Ort)	Kontoinhaber(in)
	Kontoinhaber(in), sofern das Konto nicht auf den Namen der Gesellschaft/Gemeinschaft lautet:			
16	Möchten Sie am Lastschriftinzugsverfahren , dem für beide Seiten einfachsten Zahlungsweg, teilnehmen?			
	<input type="checkbox"/> Ja, die ausgefüllte Teilnahmeerklärung ist beigelegt.			
17	1.8 Vertretung der Gesellschaft/Gemeinschaft			
	<input type="checkbox"/> Geschäftsführer(in)			
	<input type="checkbox"/> Gesellschafter(in)/Beteiligte(r)			
18	Name, Anschrift, Kommunikationsverbindungen (Telefon, Mobiltelefon, Telefax, E-Mail, Internetadresse), Finanzamt, Steuernummer			
19	Persönliches Identifikationsmerkmal (Personalausweis- bzw. Reisepassnummer):			
20	1.9 Steuerliche Beratung			
	<input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja	Name und Anschrift		
21	Kommunikations- verbindungen	Telefon (Festnetz, ggf. Mobiltelefon)	Telefax	E-Mail (ggf. Internetadresse)
22	<input type="checkbox"/> mit Empfangsvollmacht (Bitte fügen Sie in diesem Fall eine gesonderte Vollmacht bei!)			
23	1.10 Gemeinsame(r) von allen Gesellschaftern/Gemeinschaftern bestellte(r) Empfangsbevollmächtigte(r) nach § 183 Abs. 1 Satz 1 AO bei der einheitlichen Feststellung			
	Bitte fügen Sie in diesem Fall eine gesonderte Vollmacht bei!			
	Name und Anschrift			
	Kommunikations- verbindungen	Telefon (Festnetz, ggf. Mobiltelefon)	Telefax	E-Mail (ggf. Internetadresse)
24	2 Angaben zu den Gesellschaftern/Beteiligten			
	(Bitte fügen Sie bei mehr als drei Gesellschaftern/Beteiligten die unten aufgeführten Angaben zu den Abschnitten 2 und 3 mit fortlaufender Nummerierung gesondert bei!)			
	lfd. Nr.	1	2	3
24	Name, Vorname/ Firma			
25	Anschrift Wohnort/Sitz (Straße, Haus-Nr., Postleitzahl, Ort)			
26	Geburtsdatum/ Gründungsdatum			
27	Persönliches Identifikationsmerkmal			
28	Beruf, Tätigkeit/ Art des Betriebes			
29	Art der Beteiligung			
30	Anteil am Ergebnis (in %/Bruchteil)			
31	Finanzamt/ Steuernummer			

Musterformular Fragebogen zur steuerlichen Erfassung - Personengesellschaft - (Seite 3)

3 Festsetzung von Vorauszahlungen (Gewerbsteuer, Einkommensteuer)						
	im Jahr der Betriebsöffnung	im Folgejahr	im Jahr der Betriebsöffnung	im Folgejahr	im Jahr der Betriebsöffnung	im Folgejahr
	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
	zu 1.		zu 2.		zu 3.	
32 3.1 voraussichtlicher Gewinnanteil						
33 3.2 Sonderbetriebs-einnahmen						
34 3.3 Sonderbetriebs-ausgaben						

4 Angaben zur Gewinnermittlung	
35 Gewinnermittlungsart	<input type="checkbox"/> Einnahmenüberschussrechnung <input type="checkbox"/> Vermögensvergleich (Bilanz) Eröffnungsbilanz <input type="checkbox"/> liegt bei. <input type="checkbox"/> wird nachgereicht. <input type="checkbox"/> Gewinnermittlung nach Durchschnittssätzen (nur für Land- und Forstwirtschaft)
36 Liegt ein vom Kalenderjahr abweichendes Wirtschaftsjahr vor?	<input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja, vom bis

5 Freistellungsbescheinigung gem. § 48b Einkommensteuergesetz – EStG – („Bauabzugssteuer“)	
Zu Ihrer Information steht Ihnen das Merkblatt zum Steuerabzug bei Bauleistungen im Internet unter www.bzst.de oder www.bzst.bund.de zum Download zur Verfügung. Sie können es aber auch bei Ihrem Finanzamt erhalten.	
37	<input type="checkbox"/> Wir beantragen die Erteilung einer Bescheinigung zur Freistellung vom Steuerabzug bei Bauleistungen gem. § 48b EStG.

6 Angaben zur Anmeldung und Abführung der Lohnsteuer	
38 Anzahl der Arbeitnehmer (einschließlich Aushilfskräfte)	Insgesamt: a) davon Familienangehörige: b) davon geringfügig Beschäftigte:
39 Anmeldezeitraum (voraussichtliche Lohnsteuer im Kalenderjahr)	<input type="checkbox"/> monatlich (mehr als 3.000 EUR) <input type="checkbox"/> vierteljährlich (mehr als 800 EUR) <input type="checkbox"/> jährlich (nicht mehr als 800 EUR)
40 Die für die Lohnberechnung maßgebenden Lohnbestandteile werden zusammengefasst im Betrieb/Betriebsteil:	Name, Straße, Hausnummer, PLZ, Ort

7 Angaben zur Anmeldung und Abführung der Umsatzsteuer	
7.1 Gesamtumsatz (geschätzt)	im Jahr der Betriebsöffnung (EUR): im Folgejahr (EUR):
41	
7.2 Kleinunternehmer-Regelung	
42	<input type="checkbox"/> Der Gesamtumsatz für das Gründungsjahr wird die Grenze von 17.500 EUR voraussichtlich nicht überschreiten.
43	<input type="checkbox"/> Wir nehmen die Kleinunternehmer-Regelung (§ 19 Abs. 1 Umsatzsteuergesetz – UStG –) in Anspruch. Wir weisen in Rechnungen keine Umsatzsteuer gesondert aus und können keinen Vorsteuerabzug geltend machen. Hinweis: Angaben zu Tz. 7.3 und 7.4 sind nicht erforderlich; Umsatzsteuer-Voranmeldungen sind nicht abzugeben.
44	<input type="checkbox"/> Wir verzichten auf die Anwendung der Kleinunternehmer-Regelung. Die Besteuerung erfolgt nach den allgemeinen Vorschriften des Umsatzsteuergesetzes für mindestens fünf Kalenderjahre (§ 19 Abs. 2 UStG); Umsatzsteuer-Voranmeldungen sind monatlich in elektronischer Form abzugeben.
7.3 Soll-/Istversteuerung der Entgelte	
45	Wir berechnen die Umsatzsteuer nach <input type="checkbox"/> vereinbarten Entgelten (Sollversteuerung). <input type="checkbox"/> vereinnahmten Entgelten. Wir beantragen hiermit die Istversteuerung.

Musterformular Fragebogen zur steuerlichen Erfassung - Personengesellschaft- (Seite 4)

7.4 Dauerfristverlängerung

☐ Wir möchten die **Dauerfristverlängerung** für die Abgabe der Umsatzsteuer-Voranmeldungen nutzen. Uns ist bekannt, dass bei **monatlicher** Abgabe der Umsatzsteuer-Voranmeldungen eine **Sondervorauszahlung** zu berechnen und zu entrichten ist.

Hinweis:

Den hierfür erforderlichen Vordruck USt 1 H finden Sie auf den Internetseiten der Finanzverwaltung. Sie können den Antrag auch elektronisch an die Finanzverwaltung übermitteln (www.elster.de).

7.5 Umsatzsteuer-Identifikationsnummer

☐ Wir **benötigen** für die Teilnahme am innergemeinschaftlichen Handel eine Umsatzsteuer-Identifikationsnummer (USt-IdNr.).

Zusatzangaben für Unternehmer,

- die nur steuerfreie Umsätze ausführen, die zum Ausschluss vom Vorsteuerabzug führen,
- für deren Umsätze Umsatzsteuer nach § 19 Abs. 1 UStG nicht erhoben wird,
- die ihre Umsätze nach den Durchschnittssätzen des § 24 UStG versteuern:

Wir beantragen eine USt-IdNr., weil

☐ innergemeinschaftliche Lieferungen ausgeführt werden (gilt nur für pauschalierende Land- und Forstwirte).

☐ innergemeinschaftliche Erwerbe zu versteuern sind, da die Erwerbsschwelle von 12.500 EUR jährlich

☐ voraussichtlich überschritten wird (§ 1a Abs. 3 UStG).

☐ voraussichtlich nicht überschritten wird, auf die Erwerbsschwellenregelung jedoch für die Dauer von mindestens zwei Jahren verzichtet wird (§ 1a Abs. 4 UStG).

☐ neue Fahrzeuge oder bestimmte verbrauchsteuerpflichtige Waren innergemeinschaftlich erworben werden (§ 1a Abs. 5 UStG).

☐ Wir haben bereits für eine frühere Tätigkeit folgende USt-IdNr. erhalten:

USt-IdNr.

Vergabedatum:

Ort, Datum

Unterschrift(en) vertretungsberechtigte(r) Geschäftsführer(in)
oder Gesellschafter(in)/Beteiligte(r) bzw. aller Gesellschafter/Beteiligten
bzw. des/der Vertreter/s oder Bevollmächtigten

Anlagen:

- ☐ Verträge über die Übernahme/Einbringung/Umwandlung/Verschmelzung eines Unternehmens (Tz. 1.3)
- ☐ Vertrag über die Gesellschaft/Gemeinschaft (Tz. 1.3)
- ☐ Erklärung über die gesellschaftsrechtlichen Vereinbarungen (Tz. 1.3)
- ☐ Gesellschaftsvertrag der Komplementär-GmbH (Tz. 1.4)
- ☐ Handelsregistrauszug (Tz. 1.6)
- ☐ Teilnahmeerklärung zum LEV (Tz. 1.7)
- ☐ Empfangsvollmacht (Tz. 1.10)
- ☐ Eröffnungsbilanz (Tz. 4)
- ☐

Finanzamt

Ausfüllhilfe

für den Fragebogen zur steuerlichen Erfassung

Gründung einer Personengesellschaft/-gemeinschaft

Inhalt:

Einleitung	1
Abkürzungsverzeichnis	1
Allgemeine Angaben	1
Angaben zu den Gesellschaftern/Beteiligten	2
Festsetzung von Vorauszahlungen (Gewerbsteuer, Einkommensteuer)	3
Angaben zur Gewinnermittlung	3
Angaben zur Anmeldung und Abführung der Lohnsteuer	3
Angaben zur Anmeldung und Abführung der Umsatzsteuer	4
Kleinunternehmer-Regelung § 19 Absatz 1 UStG	4
Vereinbarte Entgelte (Sollversteuerung)	4
Vereinnahmte Entgelte (Istversteuerung)	4
Dauerfristverlängerung	4
Umsatzsteuer-Identifikationsnummer	4

Einleitung

Diese Ausfüllhilfe soll Ihnen die Bearbeitung des Fragebogens zur steuerlichen Erfassung erleichtern. Im Folgenden werden die Fragen zu den erbetenen Angaben näher erläutert.

Sollten Sie weitere Informationen benötigen, wenden Sie sich bitte an Ihren steuerlichen Berater. Im Übrigen steht Ihnen Ihr Finanzamt gerne für Einzelfragen zur Verfügung.

Soweit Datumsangaben erbeten werden, sind diese wie folgt anzugeben: TT.MM.JJJJ
(T = Tag, M = Monat, J = Jahr, z.B. 24.06.2002).

Abkürzungsverzeichnis

AO	= Abgabenordnung
EStG	= Einkommensteuergesetz
UStG	= Umsatzsteuergesetz

Allgemeine Angaben

Zeile 3

Soweit die Gesellschaft/Gemeinschaft über ein Postfach verfügt, tragen Sie bitte die Postfachnummer und die Postfachpostleitzahl mit Ort ein.

Zeile 5

Beschreiben Sie kurz die Art und den Umfang des ausgeübten Betriebes bzw. der ausgeübten Tätigkeit, z.B.:

- Handel mit Hilfsmitteln zum Schweißen oder Löten von Metallen,
- Handel mit Baustoffen (ohne ausgeprägten Schwerpunkt),
- landwirtschaftlicher Gartenbaubetrieb.

Zeilen 6 bis 8

Werden in mehreren Gemeinden Betriebsstätten unterhalten, geben Sie bitte die Anschriften und Telefonnummern aller Betriebsstätten an. Eine Betriebsstätte ist jede feste Geschäftseinrichtung oder Anlage, die der Tätigkeit eines Unternehmens dient, z.B. Stätte der Geschäftsleitung, Zweigniederlassung, Fabrikations- und Werkstätten, Warenlager, Einkaufs- und Verkaufsstellen.

Zeilen 9 bis 11

Bitte kreuzen Sie die zutreffende Gründungsform an und geben Sie das entsprechende Datum an.

Soweit eine Übernahme, Verlegung oder Umwandlung vorliegt, sind außerdem der Name und die Anschrift des vorherigen Unternehmens bzw. des Vorinhabers sowie das bisher zuständige Finanzamt einschließlich der Steuernummer, unter welcher das Unternehmen/die Firma bisher geführt wurde, anzugeben.

Wichtiger Hinweis:

Die Umsätze im Rahmen einer Geschäftsveräußerung im Ganzen an einen anderen Unternehmer für dessen Unternehmen unterliegen nicht der Umsatzsteuer. Unberechtigt vom Veräußerer ausgewiesene Umsatzsteuer kann der Erwerber nicht als Vorsteuer abziehen.

Musterformular Ausfüllhilfe zum Fragebogen zur steuerlichen Erfassung - Personengesellschaft - (Seite 2)

Zeile 14

Wird die Gesellschaft in der Rechtsform der offenen Handelsgesellschaft oder einer Kommanditgesellschaft betrieben, so fügen Sie bitte dem Fragebogen eine Kopie des aktuellen Auszuges der Eintragung in das Handelsregister bzw. der Anmeldung zur Eintragung bei.

Zeile 15

Der Zahlungsverkehr mit dem Finanzamt wird unbar abgewickelt. Geben Sie deshalb die Girokontonummer, die Bankleitzahl, das Geldinstitut und den Kontoinhaber an. Reichen die Schreibstellen für die Angaben zu Ihrem Geldinstitut nicht aus, kürzen Sie bitte die Angaben in geeigneter Weise ab.

Ändert sich künftig die Bankverbindung, teilen Sie dies bitte umgehend Ihrem Finanzamt schriftlich mit.

Zeile 16

Das Lastschriftinzugsverfahren ist für beide Seiten der einfachste Weg, den Zahlungsverkehr fristgerecht abzuwickeln. Damit verhindern Sie, dass beispielsweise Fälligkeitstermine für Steuern in Vergessenheit geraten und dadurch Säumniszuschläge entstehen.

Wenn die Gesellschaft/Gemeinschaft am Lastschriftinzugsverfahren teilnehmen möchte, füllen Sie bitte den beigefügten Vordruck aus.

Zeile 17

Bitte kreuzen Sie an, ob ein Geschäftsführer bestellt wurde oder ob die Gesellschafter/Beteiligten die Gesellschaft/Gemeinschaft vertreten.

Zeilen 18 und 19

Sollte der zur Verfügung stehende Platz nicht ausreichen, fügen Sie bitte die übrigen Angaben auf einem gesonderten Blatt bei.

Zeilen 22

Kreuzen Sie bitte an, wenn Sie Ihren steuerlichen Berater als Empfangsbevollmächtigten benennen. Bitte beachten Sie, dass diesbezügliche Angaben von Ihrem Finanzamt nur berücksichtigt werden können, wenn eine entsprechende Vollmacht beigefügt ist. In der Vollmacht ist es erforderlich, die Zuständigkeit des Empfangsbevollmächtigten näher zu bestimmen. Dabei können Sie zwischen folgenden Möglichkeiten wählen:

1. Die Empfangsvollmacht gilt für das Feststellungs-/Festsetzungs- und das Erhebungsverfahren. (Der Bevollmächtigte erhält sämtliche Schreiben und Bescheide der Finanzverwaltung.)
2. Die Empfangsvollmacht gilt nur für das Feststellungs-/Festsetzungsverfahren. (Der Bevollmächtigte erhält nur die Schreiben und Bescheide, welche in erster Linie die Ermittlung der tatsächlichen Verhältnisse zur Berechnung und Feststellung der Besteuerungsgrundlagen gem. §§ 179 ff. Abgabenordnung bzw. die Berechnung und Festsetzung der Steuern, Steuermessbeträge, steuerlichen Nebenleistungen usw. betreffen, z.B. auch die Steuerbescheide.)
3. Die Empfangsvollmacht gilt nur für das Erhebungsverfahren. (Der Bevollmächtigte erhält nur die Schreiben und Bescheide, welche ausschließlich der reinen Zahlung und Erstattung der Steuern sowie der steuerlichen Nebenleistungen dienen.)

Zeile 23

Kreuzen Sie bitte an, ob Sie für die einheitliche Feststellung der Einkünfte einen gemeinsamen Empfangsbevoll-

mächtigten für alle Gesellschafter/Gemeinschafter benennen. Ist ein solcher nicht vorhanden, gilt ein zur Vertretung der Gesellschaft oder der Feststellungsbeteiligten Berechtigter (s. Tz. 1.8) als Empfangsbevollmächtigter. Wird weder ein gemeinsamer Empfangsbevollmächtigter benannt, noch unter Tz. 1.8 ein zur Vertretung Berechtigter angegeben, wird Ihr Finanzamt Sie auffordern, einen Empfangsbevollmächtigten zu benennen.

Bitte beachten Sie, dass diesbezügliche Angaben von Ihrem Finanzamt nur berücksichtigt werden können, wenn eine entsprechende Vollmacht beigefügt ist.

Angaben zu den Gesellschaftern/Beteiligten

Bitte fügen Sie bei mehr als drei Gesellschaftern/Beteiligten die unten aufgeführten Angaben zu den Abschnitten 2 und 3 mit fortlaufender Nummerierung auf einem gesonderten Blatt bei.

Zeile 24

Hier sind auch eventuell vorhandene Namenszusätze (z.B. Prof., Dr., Graf, von) des Gesellschafters/Beteiligten einzutragen.

Sollte es sich bei dem Gesellschafter/Beteiligten um eine Firma handeln, ist deren Name einzutragen.

Zeile 25

Tragen Sie die Postanschrift (Hauptwohnsitz) des Gesellschafters/Beteiligten ein.

Sollte es sich bei dem Gesellschafter/Beteiligten um eine Firma handeln, ist deren Postanschrift (Ort der Geschäftsleitung) einzutragen.

Zeile 26

Tragen Sie das Geburtsdatum des Gesellschafters/Beteiligten ein.

Sollte es sich bei dem Gesellschafter/Beteiligten um eine Firma handeln, ist deren Gründungsdatum einzutragen.

Zeile 27

Tragen Sie bitte die Personalausweisnummer des Gesellschafters/Beteiligten ein. Ist kein deutscher Personalausweis vorhanden, tragen Sie die Nummer des Reisepasses ein.

Zeile 28

Tragen Sie den derzeit ausgeübten Beruf des Gesellschafters/Beteiligten ein.

Sollte es sich bei dem Gesellschafter/Beteiligten um eine Firma handeln, ist die Art des Betriebes - z. B. Handel mit Hilfsmitteln zum Schweißen oder Löten von Metallen, Bäckerei (Handel mit Bäckereierzeugnissen – Brötchen, Brot, Backwaren) - einzutragen.

Zeile 29

Tragen Sie bitte die Art der Beteiligung des betreffenden Gesellschafters/Beteiligten, z. B. Komplementär, Kommanditist, stiller Gesellschafter im Sinne des Handelsgesetzbuches, ein.

Zeile 30

Tragen Sie bitte den Anteil am Ergebnis des betreffenden Gesellschafters/Beteiligten, z.B. 20 % oder 1/5 ein.

Zeile 31

Tragen Sie bitte das zuständige Wohnsitz-Finanzamt und die Steuernummer, unter welcher der Gesellschafter/Beteiligte dort geführt wird, ein.

Musterformular Ausfüllhilfe zum Fragebogen zur steuerlichen Erfassung - Personengesellschaft - (Seite 3)

Sollte es sich bei dem Gesellschafter/Beteiligten um eine Firma handeln, tragen Sie bitte das Betriebs-Finanzamt und die Steuernummer, unter welcher die Firma dort geführt wird, ein.

Festsetzung von Vorauszahlungen (Gewerbesteuer, Einkommensteuer)

Bitte die Nummerierung der Gesellschafter aus Abschnitt 2 des Fragebogens in diesem Abschnitt weiter verwenden.

Zeile 32

Bitte tragen Sie den voraussichtlichen Gewinnanteil des betreffenden Gesellschafter/Beteiligten für das Jahr der Betriebseröffnung und das Folgejahr ein.

Zeilen 33 und 34

Bitte tragen Sie, falls vorhanden, die Sonderbetriebseinnahmen bzw. Sonderbetriebsausgaben des jeweiligen Gesellschafter/Beteiligten ein.

Angaben zur Gewinnermittlung

Zeilen 35 und 36

Geben Sie die Art der Gewinnermittlung an. Für den Fall der Bilanzierung ist eine Eröffnungsbilanz beim Finanzamt einzureichen. Außerdem ist der Gewinnermittlungszeitraum - Kalenderjahr oder abweichendes Wirtschaftsjahr - anzugeben.

Es gibt grundsätzlich zwei Möglichkeiten, den steuerlichen Gewinn zu ermitteln:

- Buchführung mit Jahresabschluss (= Bilanzierung),
- Aufzeichnungen mit Einnahmenüberschussrechnung.

Sind Gewerbetreibende oder land- und forstwirtschaftliche Betriebe nach außersteuerlichen Vorschriften, z. B. nach Handelsrecht, zur Buchführung verpflichtet, so ist auf dieser Grundlage der steuerliche Gewinn zu ermitteln. Weiterhin sind zur Bilanzierung alle Gewerbetreibenden verpflichtet, deren Umsatz (einschl. der steuerfreien Umsätze, ausgenommen die Umsätze nach § 4 Nr. 8 -10 UStG) 350.000 € im Kalenderjahr oder deren Gewinn 30.000 € im Wirtschaftsjahr jährlich übersteigt und die Finanzbehörde auf den Beginn der Verpflichtung hingewiesen hat. Unbenommen bleibt die Möglichkeit freiwillig Bücher zu führen.

Anderen Gewerbetreibenden und Land- und Forstwirten sowie Freiberuflern steht die Einnahmenüberschussrechnung als einfachste Art der Gewinnermittlung offen. Der Gewinn ermittelt sich bei der Einnahmenüberschussrechnung wie folgt:

Betriebseinnahmen
abzüglich Betriebsausgaben
= Gewinn oder Verlust

Sie müssen dabei die Betriebseinnahmen dem Kalenderjahr zuordnen, in dem das Geld bei Ihnen eingegangen bzw. gutgeschrieben worden ist. Die Betriebsausgaben ordnen Sie dem Kalenderjahr der Zahlung zu. Eine Ausnahme bilden die Anschaffungskosten der längerfristig nutzbaren Anlagegüter (z.B. Ladeneinrichtung, Betriebs-PKW). Diese sind verteilt auf die Gesamtnutzungsdauer des jeweiligen Anlageguts in jährlichen Abschreibungsbeiträgen als Betriebsausgaben abziehbar.

Bei Land- und Forstwirten, die nicht aufgrund gesetzlicher Vorschriften zur Buchführung verpflichtet sind, gibt es unter bestimmten Voraussetzungen die Besonderheit der Gewinnermittlung nach Durchschnittssätzen (§ 13a EStG).

Angaben zur Anmeldung und Abführung der Lohnsteuer

Die Lohnsteuer-Anmeldung ist bis zum 10. Tag nach Ablauf jedes Anmelungszeitraums mit amtlich vorgeschriebenem Vordruck auf elektronischem Weg nach Maßgabe der Steuerdaten-Übermittlungsverordnung zu übermitteln. Auf Antrag kann das Finanzamt zur Vermeidung von unbilligen Härten auf eine elektronische Übermittlung verzichten; in diesem Fall ist die Lohnsteuer-Anmeldung vom Arbeitgeber oder von einer zu seiner Vertretung berechtigten Person zu unterschreiben (§ 41a Abs. 1 Sätze 2 und 3 EStG). Weitere Informationen können Sie im Internet abrufen unter www.elster.de bzw. www.finanzamt.de.

Zeile 38

Geben Sie bitte die Anzahl aller Arbeitnehmer einschließlich der Aushilfskräfte, Familienangehörigen eines Gesellschafters/Beteiligten und geringfügig Beschäftigten an, die im Betrieb tätig sind. Die Anzahl der beschäftigten Familienangehörigen und der geringfügig Beschäftigten in sog. Minijobs sind zusätzlich gesondert anzugeben.

Zeile 39

Jeder Arbeitgeber unterliegt der Verpflichtung, von den seinen Arbeitnehmern ausbezahlten Löhnen und Gehältern Lohnsteuer einzubehalten und an das Finanzamt abzuführen.

Dazu hat er die Lohnsteuer bei maschineller Lohnabrechnung unmittelbar nach der Formel des Einkommensteuertarifs mit Hilfe eines Lohnsteuer-Programms oder anhand der Lohnsteuertabellen (im Buchhandel erhältlich) und den Daten auf der Lohnsteuerkarte der Arbeitnehmer zu ermitteln, es sei denn, die Lohnsteuerermittlung erfolgt pauschal.

Der Anmelungszeitraum (monatlich, vierteljährlich, jährlich) richtet sich nach der Höhe der voraussichtlich zu entrichtenden Lohnsteuer im Kalenderjahr. Folgende Grenzen sind dabei maßgeblich:

Voraussichtliche jährl. Lohnsteuer	Abgabezeitraum
Bis 800 €	Jährlich
Mehr als 800 € bis 3.000 €	Vierteljährlich
Mehr als 3.000 €	Monatlich

Der Arbeitgeber ist von der Verpflichtung zur Abgabe einer Lohnsteuer-Anmeldung befreit, wenn er dem Betriebsstättenfinanzamt mitteilt, dass er im Lohnsteuer-Anmelungszeitraum keine Lohnsteuer einzubehalten oder zu übernehmen hat, weil der Arbeitslohn nicht steuerbelastet ist. Dies gilt auch, wenn er nur Arbeitnehmer beschäftigt, für die er lediglich die 2%-ige Pauschsteuer an die Bundesknappschaft abzuführen hat.

Zeile 40

Die lohnsteuerliche Betriebstätte ist der im Inland gelegene Betrieb oder Betriebsteil des Arbeitgebers, an dem der Arbeitslohn insgesamt ermittelt wird, d.h. wo die einzelnen Lohnbestandteile oder bei maschineller Lohnabrechnung die Eingabewerte zu dem für die Durchführung des Lohnsteuerabzugs maßgebenden Arbeitslohn zusammengefasst werden. Es kommt nicht darauf an, wo einzelne

Musterformular Ausfüllhilfe zum Fragebogen zur steuerlichen Erfassung - Personengesellschaft - (Seite 4)

Lohnbestandteile ermittelt, die Berechnung der Lohnsteuer vorgenommen wird und die für den Lohnsteuerabzug maßgebenden Unterlagen aufbewahrt werden.

Angaben zur Anmeldung und Abführung der Umsatzsteuer

Der Unternehmer hat bis zum 10. Tag nach Ablauf jedes Voranmeldungszeitraums eine Voranmeldung nach amtlich vorgeschriebenem Vordruck auf elektronischem Weg nach Maßgabe der Steuerdaten-Übermittlungsverordnung zu übermitteln, in der er die Steuer für den Voranmeldungszeitraum (Vorauszahlung) selbst zu berechnen hat; auf Antrag kann das Finanzamt zur Vermeidung von unbilligen Härten auf eine elektronische Übermittlung verzichten (§ 18 Abs. 1 Satz 1 UStG). Weitere Informationen können Sie im Internet abrufen unter www.elster.de bzw. www.finanzamt.de.

Voranmeldungszeitraum für abzugebende Umsatzsteuer-Voranmeldungen ist im Jahr der Neugründung und im folgenden Kalenderjahr der Kalendermonat (§ 18 Abs. 2 Satz 4 UStG).

Zeile 41

Tragen Sie den geschätzten Gesamtumsatz für das Jahr der Betriebseröffnung und das Folgejahr ein. Diese Information ist wichtig für die Beurteilung, ob die Kleinunternehmer-Regelung (s. Zeilen 42 bis 44) in Anspruch genommen werden kann.

Zeilen 42 bis 44

Kleinunternehmer-Regelung § 19 Absatz 1 UStG

Die Kleinunternehmer-Regelung hat zur Folge, dass keine Umsatzsteuer abzuführen ist. Hierfür ist allerdings Voraussetzung, dass in Rechnungen keine Umsatzsteuer gesondert ausgewiesen wird. Bei Anwendung der Kleinunternehmer-Regelung kann kein Vorsteuerabzug geltend gemacht werden.

Unternehmer, die im Inland oder in einem Freihafen ansässig sind und deren Umsatz (zuzüglich der darauf entfallenden Umsatzsteuer) im vorangegangenen Kalenderjahr 17.500 € nicht überstiegen hat und im laufenden Kalenderjahr voraussichtlich 50.000 € nicht übersteigen wird (Kleinunternehmer), brauchen keine Umsatzsteuer abzuführen. Bei Aufnahme der unternehmerischen Tätigkeit im Laufe des Kalenderjahres gilt für die Anwendung der Kleinunternehmer-Regelung die Umsatzgrenze von 17.500 €.

Wegen der Versagung des Vorsteuerabzuges kann sich die Sonderregelung für die Kleinunternehmer ungünstig auswirken. Das Gesetz räumt ihnen daher die Möglichkeit ein, auf die Sonderregelung zu verzichten und die Besteuerung nach den allgemeinen Vorschriften zu wählen. An die Verzichtserklärung sind sie dann 5 Jahre gebunden.

Zeile 45

Vereinbarte Entgelte (Sollbesteuerung)

Das Umsatzsteuergesetz sieht im Regelfall die Besteuerung nach vereinbarten Entgelten (so genannte „Sollbesteuerung“) vor. Das bedeutet, dass die Umsatzsteuer für den Voranmeldungszeitraum abgeführt werden muss, in dem die Lieferungen und sonstigen Leistungen erbracht wurden, ohne Rücksicht darauf, ob der Kunde die Rechnung sofort zahlt oder vielleicht erst Monate später. Dies

gilt auch, wenn Waren oder Leistungen aus dem Unternehmen für private Zwecke entnommen werden. Werden jedoch vor Ausführung des Umsatzes Anzahlungen geleistet, so entsteht hierfür die Steuer bereits mit Vereinnahmung der Anzahlung.

Vereinnahmte Entgelte (Istbesteuerung)

Das Finanzamt kann dem Unternehmer unter bestimmten Voraussetzungen gestatten, die Besteuerung nach den tatsächlich vereinnahmten Entgelten (so genannte „Istbesteuerung“) vorzunehmen.

Bei Angehörigen eines freien Berufes – wie z. B. Architekten, Heilpraktikern, Journalisten – ist dies ohne weitere Voraussetzungen möglich.

Bei Gewerbetreibenden kann die Besteuerung nach vereinnahmten Entgelten dann gestattet werden, wenn der Gesamtumsatz (Netto-Umsatz) im vorangegangenen Kalenderjahr 125.000 € (bis 31. Dezember 2006 500.000 € bei Gewerbetreibenden für deren Umsatzbesteuerung ein Finanzamt in den neuen Bundesländern zuständig ist) nicht überschritten hat. Im Jahr der Betriebseröffnung ist auf den voraussichtlichen Gesamtumsatz abzustellen.

Bei der Besteuerung nach vereinnahmten Entgelten entsteht die Steuer für Lieferungen und sonstige Leistungen mit Ablauf des Voranmeldungszeitraums, in dem die Entgelte vereinnahmt worden sind. Anzahlungen sind stets im Voranmeldungszeitraum ihrer Vereinnahmung zu versteuern. Als Zeitpunkt der Vereinnahmung gilt bei Überweisungen auf ein Bankkonto grundsätzlich der Zeitpunkt der Gutschrift.

Zeile 46

Dauerfristverlängerung

Das Finanzamt verlängert auf Antrag die Fristen für die Abgabe der Voranmeldungen und für die Entrichtung der Vorauszahlungen um einen Monat, wenn der Steueranspruch nicht gefährdet erscheint.

Die Fristverlängerung wird einem Unternehmer, der die Voranmeldungen monatlich abzugeben hat, unter der Auflage gewährt, dass dieser eine Sondervorauszahlung auf die Steuer eines jeden Kalenderjahres entrichtet. Der Unternehmer hat die Fristverlängerung für die Abgabe der Voranmeldungen bis zu dem Zeitpunkt zu beantragen, an dem die Voranmeldung, für die die Fristverlängerung erstmals gelten soll, abzugeben ist. Der Antrag ist nach amtlich vorgeschriebenem Vordruck (USt 1 H) zu stellen. Nähere Informationen zur Berechnung, Anmeldung und Entrichtung der Sondervorauszahlung entnehmen Sie bitte der Ausfüllanleitung für diesen Vordruck.

Zeilen 47 bis 49

Umsatzsteuer-Identifikationsnummer

Bei der steuerlichen Neuaufnahme kann der Unternehmer die Erteilung einer Umsatzsteuer-Identifikationsnummer beim Finanzamt beantragen. Die Erteilung erfolgt pro Unternehmer nur einmal. Die Gültigkeit ist jedoch auf die Dauer einer unternehmerischen Tätigkeit beschränkt. Nach Wiederaufnahme einer unternehmerischen Betätigung wird die ursprüngliche Nummer erforderlichenfalls erneut aktiviert.

Musterformular Einkommensteuereklärung - Mantelbogen (Seite 1)

2005

		Die grünen Felder werden vom Finanzamt ausgefüllt.					
		11	Steuernummer	1	05	Vorg.	
						Eingangsstempel	
		<input type="checkbox"/> Einkommensteuererklärung <input type="checkbox"/> Antrag auf Festsetzung der Arbeitnehmer-Sparzulage				<input type="checkbox"/> Erklärung zur Feststellung des verbleibenden Verlustvortrags	
		An das Finanzamt					
		Steuernummer				bei Wohnsitzwechsel: bisheriges Finanzamt	
						Ich rechne mit einer Einkommensteuererstattung.	
99	10	Allgemeine Angaben				Telefonische Rückfragen tagsüber unter Nr.	
		Steuerpflichtige Person (Stpfl.), bei Ehegatten: Ehemann				40	
		Name				Postempfänger	
		Vorname				69	
		Geburtsdatum				Anschrift	
		Religion					
		Ausgeübter Beruf					
		Straße und Hausnummer					
		Postleitzahl, derzeitiger Wohnort					
		Verheiratet seit dem					
		Verwitwet seit dem					
		Geschieden seit dem					
		Dauernd getrennt lebend seit dem					
		Ehefrau: Vorname					
		ggf. von Zeile 2 abweichender Name					
		Geburtsdatum					
		Religion					
		Ausgeübter Beruf					
		Straße und Hausnummer, Postleitzahl, derzeitiger Wohnort (falls von Zeilen 5 und 6 abweichend)					
		Nur von Ehegatten auszufüllen: <input type="checkbox"/> Zusammenveranlagung <input type="checkbox"/> Getrennte Veranlagung <input type="checkbox"/> Besondere Veranlagung für das Jahr der Eheschließung				Wir haben Gütergemeinschaft vereinbart <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja	
		Bankverbindung Bitte stets angeben!				99 17	
		Kontonummer				Art der Steuerfestsetzung	
		Bankleitzahl				10	
		Geldinstitut (Zweigstelle) und Ort				11	
		Kontoinhaber Name (im Fall der Abtretung bitte amtlichen Abtretungsvordruck beifügen)				77	
		lt. Zeilen 2 u. 3 oder:				78	
		Der Steuerbescheid soll nicht mir / uns zugesandt werden, sondern				73	
		Name				74	
		Vorname				75	
		Straße und Hausnummer oder Postfach				70	
		Postleitzahl, Wohnort				nichtamtlicher Vordruck Ja = 2	
		Unterschrift				Bescheid ohne Anschrift Ja = 1	
		Die mit der Steuererklärung angeforderten Daten werden aufgrund der §§ 149 ff. der Abgabenordnung und der §§ 25, 46 des Einkommensteuergesetzes erhoben.				Zahl d. zusätzl. Bescheide	
		Mir ist bekannt, dass Angaben über Kindschaftsverhältnisse und Pauschbeträge für Behinderte erforderlichenfalls der Gemeinde mitgeteilt werden, die für die Ausstellung der Lohnsteuerkarten zuständig ist.				Bei der Anfertigung dieser Steuererklärung hat mitgewirkt:	
		Datum, Unterschrift(en)					
		Steuererklärungen sind eigenhändig - bei Ehegatten von beiden - zu unterschreiben.					

Musterformular Einkommensteuereklärung - Mantelbogen (Seite 2)

Steuernummer			
Zeile	Einkünfte im Kalenderjahr 2005 aus folgenden Einkunftsarten:		Für Wirtschaftsjahre, die nach dem 31. 12. 2004 beginnen, bitte beachten: Bei Bruttoeinnahmen ab 17 500 € ist für jeden Betrieb / jede Tätigkeit, soweit keine Bilanz erstellt wird, zusätzlich der Vordruck Einnahmenüberschussrechnung (Anlage EÜR) abzugeben.
29	Land- und Forstwirtschaft	lt. Anlage L	
30	Gewerbebetrieb / Selbständige Arbeit	lt. Anlage GSE	
31	Nichtselbständige Arbeit	lt. Anlage N für steuerpflichtige Person (bei Ehegatten: Ehemann)	lt. Anlage N für Ehefrau
32	Kapitalvermögen	lt. Anlage KAP	Die gesamten Einnahmen aus Kapitalvermögen betragen nicht mehr als 1 421 €, bei Zusammenveranlagung 2 842 € (zur Anrechnung von Steuerabzugsbeträgen und bei vergüteter Körperschaftsteuer bitte Anlage KAP abgeben).
33	Vermietung und Verpachtung	lt. Anlage(n) V	Anzahl
34	Sonstige Einkünfte	Renten lt. Anlage R für steuerpflichtige Person (bei Ehegatten: Ehemann)	Renten lt. Anlage R für Ehefrau
35		Private Veräußerungsgeschäfte, insbesondere aus Grundstücks- und Wertpapierveräußerungen, wurden nicht getätigt. führten insgesamt zu einem Gewinn von weniger als 512 €, im Fall der Zusammenveranlagung bei jedem Ehegatten weniger als 512 € (bei Verlusten bitte Anlage SO abgeben).	
Angaben zu Kindern / Ausländische Einkünfte und Steuern / Förderung des Wohneigentums			
36		Anzahl	Anzahl
37	lt. Anlage(n) Kind	lt. Anlage(n) AUS	lt. Anlage(n) FW
Sonstige Angaben und Anträge			99 18
38	Einkommensersatzleistungen, die dem Progressionsvorbehalt unterliegen, z. B. Krankengeld, Mutterschaftsgeld (soweit nicht in den Zeilen 25 bis 27 der Anlage N eingetragen) lt. beigefügter Bescheinigung		120 Stplfl. / Ehemann 121 Ehefrau
39	Steuerermäßigung bei Aufwendungen für haushaltsnahe Beschäftigungsverhältnisse im Inland		
40	Aufwendungen für geringfügige Beschäftigungen im Privathaushalt – sog. Mini-Jobs – (Bescheinigung der Deutschen Rentenversicherung Knappschaft-Bahn-See beifügen)		200 vom 2005 201 bis 2005 202 €
41	Art der Tätigkeit		
42	Aufwendungen für sozialversicherungspflichtige Beschäftigungen im Privathaushalt		205 vom 2005 206 bis 2005 207 €
43	Art der Tätigkeit		
44	Steuerermäßigung bei Aufwendungen für die Inanspruchnahme haushaltsnaher Dienstleistungen im Inland		210 €
45	Aufwendungen (lt. beigefügter Rechnung des Dienstleisters und Nachweis der Zahlung durch Beleg des Kreditinstituts)		
46	Nur bei Alleinstehenden und Eintragungen in den Zeilen 41 bis 45: Name, Vorname, Geburtsdatum Es bestand ein gemeinsamer Haushalt mit einer anderen allein stehenden Person		
47	Nur bei getrennter Veranlagung von Ehegatten: Laut beigefügtem gemeinsamen Antrag ist die Steuerermäßigung lt. den Zeilen 40 bis 45 in einem anderen Verhältnis als je zur Hälfte aufzuteilen. Der bei mir zu berücksichtigende Anteil beträgt		%
48	Laut beigefügtem gemeinsamen Antrag sind die außergewöhnlichen Belastungen (siehe Seite 4 sowie die Zeilen 42, 43, 45 bis 54 der Anlage Kind) in einem anderen Verhältnis als je zur Hälfte des bei einer Zusammenveranlagung in Betracht kommenden Betrages aufzuteilen. Der bei mir zu berücksichtigende Anteil beträgt		%
49	Nur bei zeitweiser unbeschränkter Steuerpflicht im Kalenderjahr 2005:		
50	Im Inland ansässig	vom 2005 bis 2005	
51	Ausländische Einkünfte, die außerhalb des in Zeile 50 genannten Zeitraums bezogen wurden und nicht der deutschen Einkommensteuer unterliegen haben (Nachweise bitte beifügen)	122 €	
52	In Zeile 51 enthaltene außerordentliche Einkünfte i. S. d. §§ 34, 34 b EStG	177 €	
53	Nur bei im Ausland ansässigen Personen, die auf Antrag als unbeschränkt steuerpflichtig behandelt werden: Positive Summe der nicht der deutschen Einkommensteuer unterliegenden Einkünfte	124 €	Länderschlüssel 126
54	In Zeile 53 enthaltene außerordentliche Einkünfte i. S. d. §§ 34, 34 b EStG	177 €	
55	Nur bei im Ausland ansässigen steuerpflichtigen Personen: Ich beantrage, für die Anwendung personen- und familienbezogener Steuervergünstigungen als unbeschränkt steuerpflichtig behandelt zu werden.		
56	Die „Bescheinigung EU / EWR“ ist beigefügt. Die „Bescheinigung außerhalb EU / EWR“ ist beigefügt.		
57	Nur bei im EU- / EWR-Ausland lebenden Ehegatten / Kindern:		
58	Ich beantrage als Staatsangehöriger eines EU- / EWR-Mitgliedstaates die Anwendung familienbezogener Steuervergünstigungen. Die „Bescheinigung EU / EWR“ ist beigefügt.		
59	Nur bei im Ausland ansässigen Angehörigen des deutschen öffentlichen Dienstes, die im dienstlichen Auftrag außerhalb der EU oder des EWR tätig sind:		
60	Ich beantrage die Anwendung familienbezogener Steuervergünstigungen. Die „Bescheinigung EU / EWR“ ist beigefügt.		

Musterformular Einkommensteuererklärung - Mantelbogen (Seite 3)

Steuernummer				99	52
Zeile	Sonderausgaben	Stpfl. / Ehemann EUR	Ehefrau EUR		
63	Beiträge zu				
64	gesetzlichen Rentenversicherungen (Arbeitnehmeranteil) – in der Regel der Lohnsteuerbescheinigung zu entnehmen –	30	31		
65	landwirtschaftlichen Alterskassen sowie zu berufsständischen Versorgungseinrichtungen, die den gesetzlichen Rentenversicherungen vergleichbare Leistungen erbringen (ohne Zuschüsse des Arbeitgebers)	32	33		
66	freiwilligen Versicherungen oder Höherversicherungen in den gesetzlichen Rentenversicherungen	35	36		
67	eigenen kapitalgedeckten Rentenversicherungen (§ 10 Abs. 1 Nr. 2 Buchstabe b EStG) mit Laufzeitbeginn nach dem 31. 12. 2004 (ohne Altersvorsorgebeiträge, die in Zeile 77 geltend gemacht werden)	37	38		
68	Arbeitgeberanteil zu gesetzlichen Rentenversicherungen, Zuschüsse zu berufsständischen Versorgungseinrichtungen – in der Regel der Lohnsteuerbescheinigung zu entnehmen –	47	48		
69	Nur bei steuerpflichtigen Personen, die nach dem 31. 12. 1957 geboren sind: Beiträge zu einer zusätzlichen freiwilligen Pflegeversicherung (nicht in Zeile 73 enthalten)	82	87		
70	Bei Zusammenveranlagung ist die Eintragung für jeden Ehegatten vorzunehmen: Haben Sie zu Ihrer Krankenversicherung oder Ihren Krankheitskosten Anspruch auf – steuerfreie Zuschüsse (z. B. Rentner aus der Rentenversicherung) oder – steuerfreie Arbeitgeberbeiträge oder – steuerfreie Beihilfen (z. B. Beamte, Versorgungsempfänger)?	49	50		
71		Ja = 1 Nein = 2	Ja = 1 Nein = 2		
72	Beiträge (abzüglich erstatteter Beiträge und steuerfreier Zuschüsse) ZU		Stpfl. / Ehegatten EUR		
73	Versicherungen gegen Arbeitslosigkeit, Erwerbs- und Berufsunfähigkeitsversicherungen, Kranken- und Pflegeversicherungen (ohne Beiträge zu freiwilligen zusätzlichen Pflegeversicherungen in Zeile 69)		40		
74	Unfall- und Haftpflichtversicherungen sowie zu Risikoversicherungen, die nur für den Todesfall eine Leistung vorsehen		42		
75	Rentenversicherungen mit Kapitalwahlrecht und Kapitallebensversicherungen mit mindestens 12 Jahren Laufzeit und Laufzeitbeginn sowie erster Beitragszahlung vor dem 1. 1. 2005		46		
76	Rentenversicherungen ohne Kapitalwahlrecht mit Laufzeitbeginn sowie erster Beitragszahlung vor dem 1. 1. 2005 (ohne Altersvorsorgebeiträge, die in Zeile 77 geltend gemacht werden)		44		
77	Für die geleisteten Altersvorsorgebeiträge wird ein zusätzlicher Sonderausgabenabzug lt. Anlage AV geltend gemacht	Stpfl. / Ehemann	Ehefrau		
78	Rechtsgrund, Datum des Vertrags	11 tatsächlich gezahlt	12 abziehbar		
79	Renten		%		
79	Rechtsgrund, Datum des Vertrags		10		
79	Dauernde Lasten		39		
80	Unterhaltsleistungen an den geschiedenen / dauernd getrennt lebenden Ehegatten lt. Anlage U				
81		13 2005 gezahlt	14 2005 erstattet		
81	Kirchensteuer		16		
82	Steuerberatungskosten				
83	Aufwendungen für die eigene Berufsausbildung	Art der Ausbildung			
84	Art und Höhe der Aufwendungen		17		
85	Zuwendungen in den Vermögensstock einer Stiftung innerhalb des ersten Jahres nach Gründung dieser Stiftung	lt. beigef. Bestätigungen	lt. Nachweis Betriebsfinanzamt		
86	Von den Zuwendungen in Zeile 85 sollen in 2005 berücksichtigt werden			27	
87	2005 zu berücksichtigende Zuwendungen aus Vorjahren in den Vermögensstock einer Stiftung, die bisher noch nicht berücksichtigt wurden			28	
88	Zuwendungen an Stiftungen (ohne Beträge in den Zeilen 85 bis 87)	lt. beigef. Bestätigungen	lt. Nachweis Betriebsfinanzamt		
89	Zuwendungen (ohne Beträge in den Zeilen 85 bis 87) für wissenschaftliche, mildtätige und kulturelle Zwecke	+	▶	18	Summe der Umsätze, Löhne und Gehälter 21
90	für kirchliche, religiöse und gemeinnützige Zwecke	+	▶	19	
91	Zuwendungen an politische Parteien (§§ 34 g, 10 b EStG)	+	▶	20	
92	an unabhängige Wählervereinigungen (§ 34 g EStG)	+	▶	70	
93	Verlustabzug Es wurde ein verbleibender Verlustvortrag nach § 10 d EStG zum 31. 12. 2004 festgestellt für	Stpfl. / Ehemann	Ehefrau		
94	Antrag auf Beschränkung des Verlustrücktrags nach 2004 Von den nicht ausgeglichenen negativen Einkünften 2005 soll folgender Gesamtbetrag nach 2004 zurückgetragen werden				

Musterformular Einkommensteuererklärung - Mantelbogen (Seite 4)

Steuernummer		99 53	
Zelle		56 A *)	
195 Außergewöhnliche Belastungen		57 B *)	
196 Behinderte und Hinterbliebene			
	Ausweis / Rentenbescheid / Bescheinigung ausgestellt am gültig von – bis	Nachweis ist beigefügt. hat bereits vorgelegen.	hinter- blieben
197	Stpfl. / Ehemann		
198	Ehefrau		
vom – bis		Aufwendungen im Kalenderjahr	
199 Beschäftigung einer Hilfe im Haushalt		€	
Antragsgrund, Name und Anschrift der beschäftigten Person oder des mit den Dienstleistungen beauftragten Unternehmens			
200		vom – bis	
201 Heimunterbringung		Stpfl. / Ehemann Ehefrau	
202 Art der Dienstleistungskosten		ohne Pflege- bedürftigkeit zur dauernden Pflege	
203 Bezeichnung, Anschrift des Heims			
204 Pflege-Pauschbetrag wegen unentgeltlicher persönlicher Pflege einer ständig hilflosen Person in ihrer oder in meiner Wohnung im Inland		Nachweis der Hilflosigkeit ist beigefügt. hat bereits vorgelegen.	
205 Name, Anschrift und Verwandtschaftsverhältnis der hilflosen Person(en)		Name anderer Pflegepersonen	
206 Unterhalt für bedürftige Personen Name und Anschrift (ggf. ausländischer Wohnsitzstaat) der unterhaltenen Person			
207 Geburtsdatum Familienstand, Beruf		Verwandtschaftsverhältnis zur unterhaltenen Person	
208 Hatte jemand für diese Person Anspruch auf Kindergeld oder einen Freibetrag für Kinder?		Nein Ja, für die Monate vom – bis	
209 Die unterstützte Person ist der geschiedene Ehegatte.		Die unterstützte Person ist als Kindesmutter / Kindesvater gesetzlich unterhaltsberechtig.	
210 Die unterstützte Person ist nicht unterhaltsberechtig, jedoch wurden bei ihr wegen der Unterhaltszahlungen öffentliche Mittel gekürzt oder nicht gewährt.			
211 Aufwendungen für die unterhaltene Person (Art)		vom – bis Höhe €	
212 Diese Person hatte a) im Unterhalts- zeitraum b) außerhalb des Unterhalts- zeitraums		Bruttoarbeitslohn € darauf entfallende Werbungskosten € Gesetzl. Sozialversiche- rungsbeiträge (AN-Anteil) € Öfftl. Ausbildungshilfen € Renten, andere Einkünfte, Bezüge € Vermögen €	
213 Diese Person lebte in meinem Haushalt im eigenen / anderen Haushalt		zusammen mit folgenden Angehörigen	
214 Zum Unterhalt dieser Person haben auch beigetragen (Name, Anschrift, Zeitraum und Höhe der Unterhaltsleistungen)			
215		99 12	
216 Andere außergewöhnliche Belastungen		Gesamtaufwand im Kalenderjahr EUR	
217 Art der Belastung		Erhaltene / zu erwartende Versicherungsleistungen, Beihilfen, Unterstützungen; Wert des Nachlasses usw. EUR	
218		+	
219 Summe der Zeilen 117 und 118		63 64	
99 30 11		Versp. Zuschl. in € 45	
Dauer der Verspätung in Monaten		38	

Verfügung		1. Die aufgeführten Daten sind mit Hilfe des geprüften und genehmigten Programms sowie unter Berücksichtigung der ggf. gespeicherten Daten maschinell zu ver- arbeiten. In Höhe des maschinell ermittelten Ergebnisses werden die Steuern, die Zinsen, die Arbeitnehmer-Sparzulagen, der Verspätungszuschlag und die Vor- auszahlungen festgesetzt oder es wird die Nichtveranlagung verfügt. Der verbleibende Verlustvortrag sowie der steuerliche Vorteil gemäß § 10 a Abs. 4 EStG werden festgestellt. Das Ergebnis ist bekannt zu geben.	
Erledigt (Namensz., Datum)		Erledigt (Namensz., Datum)	
2. <input type="checkbox"/> Grunddaten prüfen		6. Von der Steuererklärung wurde abgewichen <input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja	
3. <input type="checkbox"/> KM fertigen		Stpfl. wurde(n) vorher angehört <input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein	
4. <input type="checkbox"/> Belege zurückgeben		Die Abweichung wurde im Bescheid erläutert	
5. <input type="checkbox"/> Änderung / Berichtigung vermerken		Erledigt	
7. Zur Datenerfassung / Bearbeitereingabe		8. <input type="checkbox"/> Bescheid ergänzen (Anlage beifügen)	
9. <input type="checkbox"/> LSt-Karte(n) entwerten		10. Z. d. A.	
Erfasst		Kontrollzahl	
Datum		Sachgebietsleiter/-in	
		Bearbeiter/-in	

Musterformular Körperschaftsteuererklärung (Seite 1)

Grün umrandete Felder nur vom Finanzamt auszufüllen.

2005

11	St.-Nr.	3	05	Vorgang
An das Finanzamt		Körperschaftsteuererklärung		
Steuernummer		Erklärung zur gesonderten Feststellung des verbleibenden Verlustvortrags		
		für unbeschränkt Steuerpflichtige, bei denen alle Einkünfte als solche aus Gewerbebetrieb zu behandeln sind		
Allgemeine Angaben		Die mit einem Kreis versehenen Zahlen bezeichnen die Erläuterungen in der Anleitung zur Körperschaftsteuererklärung.		
Bezeichnung der Körperschaft				
Straße, Hausnummer				
Postleitzahl Postfach				
Postleitzahl Ort				
Telefonisch erreichbar unter Nr.				
Ort der Geschäftsleitung				
Ort des Sitzes				
Gesetzlicher Vertreter (mit Anschrift)				
Telefonisch erreichbar unter Nr.				
Gegenstand des Unternehmens				
Bankverbindung Kontonummer Bankleitzahl				
Bitte stets angeben!				
Geldinstitut (Zweigstelle) und Ort				
Name eines von Zeile 1 abweichenden Kontoinhabers				
Der Steuerbescheid soll einem von den Zeilen 1 bis 8 abweichenden Empfangsbevollmächtigten / Postempfänger zugesandt werden. Empfangsvollmacht ist beigefügt liegt dem Finanzamt vor				
Abweichendes Wirtschaftsjahr vom bis Rumpfwirtschaftsjahr vom bis				
99 11				
Die Körperschaft ist steuerbefreit nach § 5 Abs. 1 Nr. KStG Befreit nach anderen Vorschriften Ja = 1 Ja = 2				
15a 15 81				
Dieser Vordruck ist ein Nachdruck des amtlichen Vordrucks Ja = 2				
Folgende Anlagen sind beigefügt:				
99 11				
Anlagen: Ja = 1				
A Art der Steuerfestsetzung				
20 10				
AE Organschaft				
22 13				
ORG 21 14				
WA 19 17				
FA 29 17				
abgelaufene Wj. im neuen Recht (einschl. VZ 2005)				
99 48				
Art der Feststellung nach §§ 27, 28, 37, 38 KStG				
110				
99 30				
Verspätungszuschlag in EUR				
111				
Dauer der Verspätung in angefangenen Monaten				
145				
Keine Festsetzung von Vorauszahlungen im Bescheid				
138				
Bei Verlust: Kein Rücktrag? Ja = 1				
151				
Kz Wert				
99 96				
Kz Wert				
Sb Kz Wert				

Musterformular Körperschaftsteuererklärung (Seite 2)

- 2 -

Steuernummer		Bitte nur volle Euro-Beträge eintragen Negative Beträge in Rot oder mit Minuszeichen		99	13
Zeile	Einkommen im Kalenderjahr 2005	EUR	EUR		
20	Steuerbilanzgewinn / -verlust (ohne den Zeile 20a entsprechenden Betrag) ① ② ③		110	110	
20a	Gewinn aus dem Betrieb von Handelsschiffen bei gesonderter Gewinnermittlung nach § 5a EStG		181	181	
20b	Bei partieller Steuerpflicht: Gewinn / Verlust aus dem steuerpflichtigen Bereich lt. besonderer Ermittlung (nach Berücksichtigung des Abzugs nach § 10g EStG – Abzug höchstens bis auf 0 €)		165	165	
21	Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag ① ② ③ (wenn keine Steuerbilanz aufgestellt ist)	111		111	
22	Dazu / Davon ab: Korrektur nach § 60 Abs. 2 Satz 1 EStDV zur Anpassung der Handelsbilanz an die steuerlich maßgeblichen Wertansätze (lt. beigefügter Erläuterung)	113		113	
23	Summe der Zeilen 21 und 22				
24 frei	Dazu: Nach § 50c EStG 1997 ¹⁾ i. V. mit § 52 Abs. 59 EStG steuerlich nicht zu berücksichtigende Gewinnminderungen		137	137	
24a	Dazu / Davon ab: Erhöhung um nicht ausgleichsfähige Verluste i.S. des § 8 Abs. 4 Satz 4 KStG, des § 2b EStG, des § 15 Abs. 4 EStG (Bitte Einzelaufstellung auf gesondertem Blatt beifügen) bzw. des § 15a Abs. 1 EStG, des § 20 Abs. 1 Nr. 4 Satz 2 EStG und des § 13 Abs. 3 KStG (Betrag lt. Zeile 17 der Anlage WoBau) sowie Hinzurechnung nach § 15a Abs. 3 EStG und § 13 Abs. 3 Satz 10 KStG (Betrag lt. Zeile 31 der Anlage WoBau) oder Kürzung nach § 2b Satz 4, § 15 Abs. 4 Satz 2, 3 oder 7 und § 15a Abs. 2 oder Abs. 3 Satz 4 EStG, nach § 20 Abs. 1 Nr. 4 Satz 2 EStG sowie nach § 13 Abs. 3 Satz 7 KStG (Betrag lt. Zeile 27 der Anlage WoBau)		138	138	
25	Dazu: Gewinnzuschlag nach § 6b Abs. 7 und 8 und § 7g Abs. 5 EStG		139	139	
26	Dazu: Verdeckte Gewinnausschüttungen nach § 8 Abs. 3 Satz 2 KStG (lt. beigefügter Erläuterung bzw. bei genossenschaftlichen Rückvergütungen lt. Zeile 14 der Anlage GR)		116	116	
27	Davon ab: Gewinnerhöhungen im Zusammenhang mit versteuerten verdeckten Gewinnausschüttungen (gemäß BMF-Schreiben vom 28. 5. 2002 – BSTBl I S. 603)		166	166	
27a	Dazu: Verdeckte Gewinnausschüttungen nach § 8a KStG (lt. beigefügter Erläuterung)		268	268	
27b	Dazu: Nicht abziehbare Aufwendungen laut Zeile 15 der Anlage A				
28 frei	Davon ab / Dazu: Nicht der Körperschaftsteuer unterliegende inländische Vermögensmehrungen und -minderungen (soweit sie im Betrag lt. Zeilen 20 oder 21 erfasst sind)				
29	– Einlagen der Gesellschafter, die nicht das Nennkapital erhöht haben: davon sind bis zum Ende des Wirtschaftsjahres geleistet		140	140	
30 – 32 frei	– davon sind bis zum Ende des Wirtschaftsjahres nicht geleistet		148	148	
33	– Investitionszulagen		131	131	
34	– sonstige steuerfreie Einnahmen		130	130	
35 frei	Nicht bei Organgesellschaften und – bei Organträgern – ohne von Organgesellschaften übernommene Beträge Davon ab: Nach § 4 Abs. 7 UmwStG nicht zu berücksichtigender Übernahmeertrag ⁹⁾ (soweit er im Betrag lt. Zeilen 20 oder 21 erfasst ist)		184	184	
36	Davon ab / Dazu: Nach § 4 Abs. 6 bzw. § 12 Abs. 2 Satz 1 UmwStG nicht zu berücksichtigender Übernahmeertrag bzw. -verlust (soweit er im Betrag lt. Zeilen 20 oder 21 erfasst ist)		135	135	
37	Dazu: Hinzurechnungsbetrag nach § 12 Abs. 2 Satz 2 und 3 UmwStG		136	136	
38	Davon ab / Dazu: Ausländische Einkünfte / ausländische Steuern (Betrag lt. Zeile 33 der Anlage AE)				
39	Nicht nach DBA steuerfreie negative Einkünfte mit Auslandsbezug / Nicht zu berücksichtigende Gewinnminderungen bei Auslandsbeteiligungen im Sinne des § 2a Abs. 1 EStG:				
40	– Dazu: Betrag lt. Zeile 38 Spalte 7 der Anlage AE				
41	– Davon ab: Betrag lt. Zeile 38 Spalte 8 der Anlage AE				
42 frei	Inländische Sachverhalte i. S. des § 8b KStG Nicht bei Organgesellschaften und – bei Organträgern – ohne von Organgesellschaften übernommene Beträge. ④ ⑤ Bei Beteiligungen an mehreren Kapitalgesellschaften und / oder mittelbarer Beteiligung an Kapitalgesellschaften über Personengesellschaften: Bitte Einzelaufstellung auf besonderem Blatt beifügen.			182	
43	Inländische Bezüge i. S. von § 8b Abs. 1 KStG ⁵⁾	182			
44b	Davon ab: Nicht abziehbare Ausgaben (5% des Betrags lt. Zeile 44b – § 8b Abs. 5 KStG)				
44c	Unterschiedsbetrag (Übertrag in die Hauptspalte mit umgekehrtem Vorzeichen)				
44d	Inländische Gewinne i. S. des § 8b Abs. 2 KStG	185		185	
44e	Davon ab: Nicht abziehbare Ausgaben (5% des Betrages lt. Zeile 44e – § 8b Abs. 3 Satz 1 KStG)				
44f	Unterschiedsbetrag (Übertrag in die Hauptspalte mit umgekehrtem Vorzeichen)				
44g	Dazu: Gewinnminderungen i. S. des § 8b Abs. 3 Satz 3 KStG, die im Zusammenhang mit inländischen Anteilen stehen		287	287	
44h	Zwischensumme				
45	Bei Organschaft: Gewinnabführung / Verlustübernahme Dazu: Summe der Beträge aus nebenstehenden Zeilen aller Anlagen ORG	Nur Organträger Zeile 10 Sp. 1	Nur Organgesellschaft Zeile 23 Sp. 1	Gleichzeitig Organträger u. Organgesellschaft Zeile 10 Sp.1 u. Zeile 23 Sp.1	
46 und 47 frei	Davon ab: Summe der Beträge aus nebenstehenden Zeilen aller Anlagen ORG	Zeile 10 Sp. 2	Zeile 23 Sp. 2	Zeile 10 Sp.2 u. Zeile 23 Sp.2	
48	Zwischensumme (Übertrag)				
49a					

1) EStG 1997 = Einkommensteuergesetz i. d. Fassung des Gesetzes vom 2.8.2000 (BGBl. I S. 1270).

Musterformular Körperschaftsteuererklärung (Seite 3)

Steuernummer		- 3 -				Bitte nur volle Euro-Beträge eintragen Negative Beträge in Rot oder mit Minuszeichen		99	15	
		EUR				EUR				
Zeile										
49a	Zwischensumme (Übertrag)									
50	Bei zusätzlichem Rumpfwirtschaftsjahr: Dem Betrag lt. Zeile 49a entsprechendes Ergebnis des Rumpfwirtschaftsjahres (lt. zusätzlich beigelegtem Vordruck KSt 1 A)									
51 bis 53 frei										
54	Summe der Einkünfte									
	Davon ab: Zuwendungen an Einrichtungen nach § 9 Abs. 1 Nr. 2 KStG (lt. Nachweis Betriebsfinanzamt bzw. lt. beigelegten Bestätigungen)									
54a	<input type="checkbox"/> Es wurden auch Zuwendungen an Stiftungen geleistet oder zum 31. 12. des Vorjahres besteht ein Vortrag aus Großspenden an Stiftungen. Lt. Zeile 31 Spalte 10 der Anlage SP sind insgesamt abziehbar (weiter mit Zeile 63)								10	10
	<input type="checkbox"/> Es wurden ausschließlich Zuwendungen an andere Einrichtungen geleistet. Lt. nachstehenden Eintragungen sind abziehbar:									
	38	aus 1998	37	aus 1999	36	aus 2000	35	aus 2001		
		€		€		€		€		
55	- Vortrag v. Großspenden i.S.d. § 9 Abs. 1 Nr. 2 Satz 4 KStG								34	aus 2002
		€		€		€		€		
									33	aus 2003
		€		€		€		€		
									32	aus 2004
		€		€		€		€		
56	- für wissenschaftliche, für als besonders förderungswürdig anerkannte kulturelle und für mildtätige Zwecke - einschl. der Großspenden in 2005 -								15	
57	- für kirchliche, religiöse und als besonders förderungswürdig anerkannte gemeinnützige Zwecke								16	
58 u. 59 frei									18	
60	Nur ausfüllen, wenn für Höchstbetragsberechnung erforderlich: Summe der gesamten Umsätze sowie der im Kalenderjahr aufgewendeten Löhne und Gehälter								18	
61	Unter Beachtung der Höchstbeträge sind abziehbar ⑥									
	Von den nicht abziehbaren Spenden sind als Großspende i.S. des § 9 Abs. 1 Nr. 2 Satz 4 KStG vortragsfähig (Bitte auf gesondertem Blatt erläutern)	aus 1999	€	aus 2000	€	aus 2001	€	aus 2002	€	
62				aus 2003	€	aus 2004	€	aus 2005	€	
63	Zwischensumme									
64	Bei Organshaft: Einkommenszurechnung Wenn Sie Organträger sind: Dazu / Davon ab: zuzurechnende Einkommen der Organgesellschaften (Summe der Beträge aus Zeile 13 aller Anlagen ORG)									
65	Wenn Sie Organgesellschaft sind: Dazu: Vom Organträger zu leistende Ausgleichszahlungen (§ 16 Satz 2 KStG) (Betrag lt. Zeile 26 der Anlage ORG)									
66	Wenn Sie Organgesellschaft sind: Dem Organträger zuzurechnendes Einkommen (Betrag lt. Zeile 28 der Anlage ORG - einzutragen mit umgekehrtem Vorzeichen)									
67 u. 68 frei										
69	Gesamtbetrag der Einkünfte									
	Davon ab: Verlustabzug (§ 8 Abs. 1 und 4 KStG, § 10d EStG)									
70	- Summe der Beträge lt. Zeilen 86 und 88									
71	- Von dem Verlust aus 2006 werden auf 2005 zurückgetragen									
72 frei										
73	Einkommen									
74	Davon ab: Freibetrag nach § 24 oder § 25 KStG ⑧								28	§ 24 = 1 § 25 = 2
75	Zu versteuerndes Einkommen									
	Körperschaftsteuer									
75a und 75b frei										
75c	25% des Betrags lt. Zeile 75 (§ 23 Abs. 1 KStG)									
	Änderung der Körperschaftsteuer nach §§ 37, 38 und 40 KStG, §§ 10, 14 und 16 UmwStG									
76	Minderung der Körperschaftsteuer nach § 37 Abs. 2, § 40 Abs. 4 KStG (Betrag lt. Zeile 16 des Vordrucks KSt 1 F oder Summe der Beträge lt. Zeilen 9 und 19 des Vordrucks KSt 1 F - 37) und Minderung der Körperschaftsteuer nach § 10, ggf. i. V. mit §§ 14, 16 UmwStG (Betrag lt. Zeile 24 des Vordrucks KSt 1 F - 37)									
77	Erhöhung der Körperschaftsteuer nach § 37 Abs. 3 KStG (Summe der Beträge lt. Zeilen 29 und 30 des Vordrucks KSt 1 F oder Summe der Beträge lt. Zeilen 11 und 12 des Vordrucks KSt 1 F - 37)									
77a	Erhöhung der Körperschaftsteuer nach § 38 KStG, ggf. i. V. mit §§ 10, 14, 16 UmwStG, § 40 KStG (Betrag lt. Zeile 28 des Vordrucks KSt 1 F oder Summe der Beträge lt. Zeilen 9, 23 und 36 des Vordrucks KSt 1 F - 38)									

Musterformular Körperschaftsteuererklärung (Seite 4)

- 4 -

Steuernummer		Bitte nur volle Euro-Beträge eintragen EUR		99	37
Zeile	Verbleibender Verlustvortrag (§ 31 Abs. 1, § 8 Abs. 1 und 4 KStG, § 10d, § 57 Abs. 4 EStG)				
78	Verbleibender Verlustvortrag zum 31.12.2004	15		Art der Verlustfeststellung:	
78a	Davon entfällt auf in 1990 entstandene Verluste aus dem Beitrittsgebiet i. S. des § 57 Abs. 4 EStG	19	EUR	10	
79	Davon ab: Nicht zu berücksichtigender Verlustabzug nach § 8 Abs. 4 Satz 1 bis 3 KStG	16		15	
80	Dazu: Steuerlicher Verlust 2005 (Betrag lt. Zeile 69)			16	
	Davon ab: Verlustrücktrag auf das Einkommen 2004, höchstens 511.500 € 10			19	
81	Kein Verlustrücktrag			18	
82	Bei der übernehmenden Körperschaft im Jahr der Vermögensübernahme: Auf diese nach § 12 Abs. 3 Satz 2 bzw. § 15 Abs. 4 UmwStG übergegangener verbleibender Verlustabzug 7	20	EUR	20	
82a	Davon ab: Nicht zu berücksichtigender Verlustabzug nach § 8 Abs. 4 Satz 1 bis 3 KStG	22		22	
82b	Zwischensumme / Dazu				
83	In 1990 entstandene Verluste aus dem Beitrittsgebiet i. S. d. § 57 Abs. 4 EStG, die im Betrag lt. Zeile 82b enthalten sind	30		30	
84	Zwischensumme				
85	Abzug des Verlustvortrages in 2005: Gesamtbetrag der Einkünfte (Betrag lt. Zeile 69)	EUR			
86	Davon ab: Niedrigerer Betrag aus Zeile 84 oder 85, höchstens 1 Mio. €				
87	Zwischensumme				
88	Davon ab: Betrag lt. Zeile 87 Hauptspalte, höchstens 60 v. H. des Betrags aus Zeile 87 Vorspalte				
89	Zwischensumme				
90	Davon ab: Im Fall der Abspaltung: Verringerung des verbleibenden Verlustabzugs bei der übertragenden Körperschaft (§ 15 Abs. 4, § 16 Satz 3 UmwStG)				
91	In 1990 entstandene Verluste aus dem Beitrittsgebiet i. S. d. § 57 Abs. 4 EStG, die im Betrag lt. Zeile 90 enthalten sind	EUR			
92	Verbleibender Verlustvortrag zum 31.12.2005				
93	Davon entfällt auf in 1990 entstandene Verluste aus dem Beitrittsgebiet i. S. des § 57 Abs. 4 EStG	EUR			
Unterschrift		Ort, Datum			
Bei der Anfertigung dieser Erklärung hat mitgewirkt: (Name, Anschrift, Tel.-Nr.)					
		(Unterschrift)			
		Die Erklärung muss vom gesetzlichen Vertreter der Körperschaft eigenhändig unterschrieben sein.			
		Hinweis nach den Datenschutzgesetzen: Die mit der Steuererklärung angeforderten Daten werden auf Grund der §§ 149 ff. AO i.V. mit § 31 Abs. 1 KStG und § 25 EStG verlangt.			

99	12	Erläuterungs- texte	Kz	Wert	Kz	Wert	Kz	Wert	Kz	Wert	Kz	Wert	Kz	Wert	Kz	Wert
Verfügung																
1. Die aufgeführten Daten sind mit Hilfe des geprüften und genehmigten Programms sowie unter Berücksichtigung der ggf. gespeicherten Daten maschinell zu verarbeiten. In Höhe des maschinell ermittelten Ergebnisses werden die Steuern, der Solidaritätszuschlag, die Zinsen nach § 233a AO, der Verspätungszuschlag und die Vorauszahlungen festgesetzt. Der verbleibende Verlustvortrag wird gesondert festgestellt (§ 31 Abs. 1 KStG i.V. mit § 10d EStG). Das steuerliche Einlagekonto i. S. des § 27 Abs. 2 Satz 1 KStG, das durch Umwandlung von Rücklagen entstandene Nennkapital i. S. des § 28 KStG, das verbleibende KSt-Guthaben i. S. des § 37 Abs. 2 Satz 3 KStG und der Betrag i. S. des § 38 Abs. 1 Satz 1 KStG werden gesondert festgestellt. Das Ergebnis ist bekannt zu geben.																
Erledigt (Datum, Namensz.)																
2. <input type="checkbox"/> Grunddaten ändern																
3. <input type="checkbox"/> KM fertigen (z.B. bei Gesellschafterwechsel, Pensionszusage)																
4. <input type="checkbox"/> Rückgabe der Belege																
5. <input type="checkbox"/> Änderung/Berichtigung vermerken																
6. <input type="checkbox"/> Die Körperschaftsteuer-Zerlegung wurde geprüft																
7. Gesonderte Feststellungen																
<input type="checkbox"/> negative Einkünfte nach § 31 Abs. 1 KStG, § 2a Abs. 1 Satz 5 EStG (Vordruck ESt 2 E)																
<input type="checkbox"/> verbleibender Großspendenvortrag nach § 9 Abs. 1 Nr. 2 Satz 5 KStG, § 10d EStG																
<input type="checkbox"/> verbleib. Verlust n. § 31 Abs. 1 KStG, § 15 Abs. 4 EStG																
<input type="checkbox"/> verbleibend. Abschreibungsverlust und verbleibendes Vortragsvolumen nach § 13 Abs. 3 Satz 8 KStG																
<input type="checkbox"/> Hinzurechnungsbetrag nach § 31 Abs. 1 KStG, § 52 Abs. 3 EStG, § 2a Abs. 3 Satz 5 und 6 EStG 1997																
<input type="checkbox"/> verbleibende negative Einkünfte nach § 31 Abs. 1 KStG, § 2b Satz 4 EStG																
8. Zur Datenerfassung / Bildschirmeingabe																
9. Datenfreigabe																
10. Der Steuerabzug vom Kapitalertrag sowie die Steuerabzüge von Aufsichtsratsvergütungen u. von Vergütungen i.S. d. § 50a Abs. 4 EStG, die beschränkt Steuerpflichtigen zugeflossen sind, sind geprüft worden.																
11. Wurde von der Steuererklärung abgewichen? ja <input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/>																
Wenn ja:																
Wurde die Steuerpflichtige vorher angehört? ja <input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/>																
Wurde die Abweichung im Bescheid erläutert? ja <input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/>																
12. Bei Veranlagung unter dem Vorbehalt der Nachprüfung (§ 164 AO) Grund für den Vorbehalt:																
<input type="checkbox"/> wegen beabsichtigter Bp																
<input type="checkbox"/> wegen																
13.																
14. <input type="checkbox"/> Bescheid ergänzen (Anlage beifügen)																
15. Wv. am wegen																
16. Zu den Akten																
Erfasst																
Kontrollzahl																
Datum																
Sachgebietsleiter/in																
Bearbeiter/in																

Musterformular Gewerbesteuererklärung (Seite 1)

Grün umrandete Felder nur vom Finanzamt auszufüllen.

11	St.-Nr.	Unterfallart 2 _	05	Vorgang
2005				

An das Finanzamt

Steuernummer

Gewerbesteuererklärung

Erklärung zur gesonderten Feststellung des Gewerbeverlustes ①

Für jedes selbständige Unternehmen ist eine besondere Steuererklärung abzugeben. In Organschaftsfällen ist der Gewerbeertrag für jede Organgesellschaft unter Verwendung des amtlichen Vordrucks „GewSt 1 A“ gesondert zu erklären.

Eingangsstempel

Zeile	Allgemeine Angaben	Weißer Felder bitte ausfüllen oder <input checked="" type="checkbox"/> ankreuzen
1	Unternehmen / Firma	Die mit einem Kreis versehenen Zahlen bezeichnen die Erläuterungen in der Anleitung zur Gewerbesteuererklärung.
2	Art des Unternehmens	
3	Anschrift der Geschäftsleitung / des Unternehmens (Straße, Hausnummer) im Erhebungszeitraum	
4	Postleitzahl Ort	
5	Rechtsform des Unternehmens	
6	Das Einzelunternehmen / die Personengesellschaft ist durch Rechtsformwechsel ② im Laufe des Kalenderjahrs 2005 aus einer Personengesellschaft / einem Einzelunternehmen hervorgegangen: <input type="checkbox"/> Ja, am	
6a	Bei Personengesellschaften: Im Laufe des Kalenderjahrs 2005 sind Gesellschafter eingetreten <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja ausgeschieden <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja	
7	Eingetragen im Handelsregister <input type="checkbox"/> Genossenschaftsregister <input type="checkbox"/>	Amtsgericht
8	Unternehmer / gesetzlicher Vertreter / Geschäftsführer einer Personengesellschaft (Vorname, Zuname), wenn von Zeile 1 abweichend	
9	Anschrift des Unternehmers / gesetzl. Vertreters / Geschäftsführers d. Personengesellschaft (Straße, Haus-Nr., PLZ u. Ort), wenn von Zeile 3 u. 4 abweichend	
9a	Der Steuerbescheid soll einem von den Zeilen 1 bis 4, 8 und 9 abweichenden Empfangsbevollmächtigten / Postempfänger zugesandt werden. Empfangsvollmacht <input type="checkbox"/> ist beigelegt. <input type="checkbox"/> liegt dem Finanzamt vor.	
10	Betriebsstätten ③ bestanden im Kalenderjahr 2005 in mehreren Gemeinden <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja Betriebsstätte(n) ③ erstreckte(n) sich im Kalenderjahr 2005 über mehrere Gemeinden <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja	
11	Die einzige Betriebsstätte ③ wurde im Laufe des Kalenderjahrs 2005 in eine andere Gemeinde verlegt <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja, am von: nach:	
12	Bei Betrieb des Unternehmens im Kalenderjahr 2005 nur als Reisegewerbe: Wohnsitzgemeinde(n), Dauer des Wohnsitzes in der / den Gemeinde(n)	
13	Wurde das Unternehmen im Kalenderjahr 2005 überwiegend oder ausschließlich als Hausgewerbe betrieben (§ 11 Abs. 3 GewStG)? <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja	
14	Das Unternehmen ist Organträger . Name, zuständiges Finanzamt, Steuernummer der Organgesellschaft(en) ggf. auf besonderem Blatt.	
15	Das Unternehmen ist Organgesellschaft . Name, zuständiges Finanzamt, Steuernummer des Organträgers	
16	Ein vom Kalenderjahr abweichendes Wirtschaftsjahr vom bis besteht seit	

Unterschrift

Bei der Anfertigung dieser Erklärung hat mitgewirkt:
(Name, Anschrift, Tel.-Nr.)

Ort, Datum

(Unterschrift)

Diese Erklärung muss vom Steuerpflichtigen bzw. von einer in § 34 AO genannten Person eigenhändig unterschrieben sein.

Hinweis nach den Datenschutzgesetzen: Die mit der Steuererklärung angeforderten Daten werden auf Grund der §§ 149 ff. der Abgabenordnung i.V.m. § 14a GewStG verlangt.

Musterformular Gewerbesteuererklärung (Seite 2)

- 2 -

Steuernummer		EUR	99	21
17	Gewerbeertrag Gewinn aus Gewerbebetrieb – ohne Beträge lt. Zeilen 17a, 48 und 48a –, der nach den Vorschriften des Einkommensteuergesetzes ⁴ Körperschaftsteuergesetzes ⁵ ermittelt worden ist – Negative Beträge bitte in Rot oder mit Minuszeichen – – ggf. „0“ –	10	10	
17a	Gewinne i. S. d. § 5a Abs. 4 EStG	27	27	
18	Hinzurechnungen: Entgelte für Dauerschulden (§ 8 Nr. 1 GewStG) ⁶ – Bitte die Entgelte in voller Höhe eintragen, ggf. auf besonderer Anlage erläutern; Halbierung wird von Amts wegen berücksichtigt –	11	11	
19	Renten und dauernde Lasten (§ 8 Nr. 2 GewStG) ^{7 8}	12	12	
20	Gewinnanteile der stillen Gesellschafter (§ 8 Nr. 3 GewStG) ⁹ – Verlustanteile bitte in Rot oder mit Minuszeichen –	13	13	
21	Nur bei einer Kommanditgesellschaft auf Aktien: Gewinnanteile der in § 8 Nr. 4 GewStG bezeichneten Art an persönlich haftende Gesellschafter ⁹	14	14	
21a	Gewinnanteile (Dividenden) und die diesen gleichgestellten Bezüge und erhaltenen Leistungen aus Anteilen an einer Körperschaft, Personenvereinigung oder Vermögensmasse i. S. des KStG (§ 8 Nr. 5 GewStG) – soweit nicht die Voraussetzungen des § 9 Nr. 2a oder Nr. 7 GewStG vorliegen und nach Abzug der damit im Zusammenhang stehenden Betriebsausgaben, soweit sie nach § 3c Abs. 2 EStG und § 8b Abs. 5 KStG bei Ermittlung des Gewinns unberücksichtigt geblieben sind – – Bei Organträgern: Ohne entsprechende Beträge der Organgesellschaften. Keine Hinzurechnung bei Organgesellschaften. –	26	26	
22	Die Hälfte der Miet- oder Pachtzinsen für die Benutzung fremder Betriebsanlagegüter – außer Grundbesitz (§ 8 Nr. 7 GewStG) und Fälle der Zeile 22a ¹⁰ – in Fällen ausländischer Vermieter / Verpächter / Leasing-Geber ^{10a}	15	15	
22a	– Ergänzende Angaben bitte auf besonderem Blatt – ¹¹	24	24	
23	Anteile am Verlust von in- oder ausländischen Personengesellschaften (§ 8 Nr. 8 GewStG) ^{6a 12} – Betrag weder in Rot noch mit Minuszeichen –	16	16	
24	Ausgaben im Sinne des § 9 Abs. 1 Nr. 2 KStG, soweit sie als Betriebsausgaben bei der Ermittlung des Gewinns 2005 (vgl. Zeile 17) abgezogen worden sind (§ 8 Nr. 9 GewStG)	50	50	
25	Ausschüttungs- und abführungsbedingte Gewinnminderungen bei Beteiligungsbesitz (§ 8 Nr. 10 GewStG), soweit nicht schon nach § 50c EStG 1997 ¹⁾ berücksichtigt (auch soweit die Gewinnminderung Folge einer Auskehrung von Liquidationsraten ist)	19	19	
26	Ausländische Steuern , soweit sie auf Gewinne oder Gewinnanteile entfallen, die nach § 9 GewStG gekürzt werden oder sonst nicht im Gewerbeertrag enthalten sind (§ 8 Nr. 12 GewStG)	22	22	
27	Negativer Teil des Gewerbeertrags , der auf Betriebsstätten im Ausland entfällt (§ 9 Nr. 3 GewStG) – Betrag weder in Rot noch mit Minuszeichen –	17	17	
28	Kürzungen: Einheitswert (Ersatzwirtschaftswert) des am 1.1.2005 zum Betriebsvermögen gehörenden oder betrieblich genutzten und im Eigentum des Unternehmers stehenden Grundbesitzes (§ 9 Nr. 1 Satz 1 GewStG): (DM-Beträge bitte mit amtlichen Kurs (1 € = 1,95583 DM) in Euro umrechnen) € ; anzusetzen mit <input type="checkbox"/> 100 % <input type="checkbox"/> 140 % <input type="checkbox"/> 250 % <input type="checkbox"/> 400 % <input type="checkbox"/> 600 % ¹³	51	51	99 22
29	Erweiterte Kürzung bei einem Grundstücksunternehmen im Sinne des § 9 Nr. 1 Sätze 2 und 3 GewStG ¹⁴	30	30	
30	Anteile am Gewinn von in- oder ausländischen Personengesellschaften (§ 9 Nr. 2 GewStG) ^{6a 12}	31	31	
31	Gewinne aus Anteilen an nicht steuerbefreiten inländischen Kapitalgesellschaften , Kreditanstalten d. öffentl. Rechts, Erwerbs- u. Wirtschaftsgenossenschaften oder an Unternehmensbeteiligungsgesellschaften (§ 9 Nr. 2a GewStG), soweit nicht bereits bei der Ermittlung des Gewinns lt. Zeile 17 nach § 3 Nr. 40 EStG bzw. § 8b KStG abgezogen ¹⁵ – Bei Organträgern: Ohne entsprechende Beträge der Organgesellschaften –	32	32	
32	Nur bei persönlich haftendem Gesellschafter einer Kommanditgesellschaft auf Aktien: Die nach § 8 Nr. 4 GewStG dem Gewinn aus Gewerbebetrieb der KGaA hinzugerechneten Gewinnanteile (§ 9 Nr. 2b GewStG) ⁹	53	53	
33	Positiver Teil des Gewerbeertrags , der auf Betriebsstätten im Ausland entfällt (§ 9 Nr. 3 GewStG) ¹⁶	33	33	
34	Die nach § 8 Nr. 7 GewStG dem Gewinn aus Gewerbebetrieb des Mieters (Pächters) hinzugerechneten Miet- oder Pachtzinsen (§ 9 Nr. 4 GewStG) – Ergänzende Angaben bitte auf besonderem Blatt – ¹⁶	34	34	
35	Spenden und Beiträge (§ 9 Nr. 5 GewStG) – außer Zuwendungen nach Zeilen 40 bis 44a – Ausgaben im Kalenderjahr 2005 – ggf. im abweichenden Wirtschaftsjahr 2004/2005 – – für wissenschaftliche, mildtätige und als besonders förderungswürdig anerkannte kulturelle Zwecke darin enthalten: erste Einzelzuwendung von mindestens 25 565 €	54	54	
36	Summe weiterer Einzelzuwendungen von jeweils mindestens 25 565 € (bitte besondere Aufstellung beifügen)	65	65	
37	– für kirchliche, religiöse und als besonders förderungswürdig anerkannte gemeinnützige Zwecke	66	66	
38	– Vortrag von Großspenden aus den Vorjahren (§ 9 Nr. 5 Satz 4 GewStG)	56	56	
39	Zuwendungen an Stiftungen (§ 9 Nr. 5 Satz 3 GewStG) Zuwendungen im Kalenderjahr 2005 – für gemeinnützige Zwecke i. S. d. § 52 Abs. 2 Nr. 1 bis 3 AO, die nicht als besonders förderungswürdig anerkannt sind – ohne Beträge lt. Zeile 44 –	77	77	
40	– für gemeinnützige Zwecke i. S. d. § 52 Abs. 2 Nr. 4 AO – ohne Beträge lt. Zeile 44 –	67	67	
41	– für kirchliche, religiöse und als besonders förderungswürdig anerkannte gemeinnützige Zwecke – ohne Beträge lt. Zeilen 41 und 44 –	58	58	
42	– für wissenschaftliche, mildtätige und als besonders förderungswürdig anerkannte kulturelle Zwecke – ohne Beträge lt. Zeile 44 –	68	68	
43	darin enthaltene Großspenden (bitte besondere Aufstellung beifügen)	69	69	
43a	– Vortrag von Großspenden aus den Vorjahren (§ 9 Nr. 5 Satz 4 GewStG)	64	64	
43b		63	63	

1) EStG 1997 = Einkommensteuergesetz i. d. Fassung des Gesetzes vom 2. 8. 2000 (BGBl. I S. 1270).

Musterformular Gewerbesteuererklärung (Seite 3)

Steuernummer		- 3 -		EUR									
Zeile	Nicht bei einer Körperschaft: 20 Zuwendungen in den Vermögensstock einer Stiftung innerhalb eines Jahres nach Gründung der Stiftung (§ 9 Nr. 5 Satz 5 GewStG)												
44	Zuwendungen in 2005	€	Von diesen Beträgen sollen im Erhebungszeitraum 2005 abgezogen werden	59	59								
44a	noch nicht abgezogene Zuwendungen aus 2000 bis 2004	€											
45	Nur ausfüllen, wenn für Höchstbetragsberechnung erforderlich: Summe der gesamten Umsätze und der im Kalenderjahr / Wirtschaftsjahr aufgewendeten Löhne und Gehälter – Auf volle Tausend € nach oben runden und in Tausend € (T€) eintragen –			57	57 T€								
46	Gewinne aus Anteilen an Kapitalgesellschaften mit Geschäftsleitung und Sitz im Ausland (§ 9 Nr. 7 und § 9 Nr. 8 GewStG) 17, soweit nicht bereits bei der Ermittlung des Gewinns lt. Zeile 17 nach § 3 Nr. 40 EStG bzw. § 8b KStG abgezogen – Bei Organträgern: Ohne entsprechende Beträge der Organgesellschaften –			37	37								
47 frei	Gewerbeertrag												
48	Aus dem Betrieb von Handelsschiffen im internationalen Verkehr, soweit der Gewinn nach § 5a EStG ermittelt wird (§ 7 Satz 3 GewStG)			23	23								
48a	Bei öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten das nach § 8 Abs. 1 Satz 2 KStG ermittelte Einkommen aus dem Geschäft der Veranstaltung von Werbesendungen (§ 7 Satz 3 GewStG)			25	25								
49	Weitere Angaben												
49	Gewerbeertrag der Organgesellschaft(en) – bei mehreren Organgesellschaften bitte Einzelaufstellung beifügen – – ggf. „0“ –			60	60								
49a	Bei Organträgern, soweit nicht selbst Organgesellschaft: – soweit selbst Organgesellschaft, sind die Zeilen 60b, 60c und 60d auszufüllen – Summe der Korrekturbeträge zum Betrag lt. Zeile 49 aufgrund der Anwendung des § 8b KStG, § 3 Nr. 40, § 3c Abs. 2 EStG i. V. m. § 15 Satz 1 Nr. 2 und Satz 2 KStG (Bitte auf besonderem Blatt erläutern) – Negative Beträge in Rot oder mit Minuszeichen –			79	79								
50	Zum Ende des Erhebungszeitraums 2004 gesondert festgestellter vortragsfähiger Gewerbeverlust (§ 10a GewStG) – Betrag weder in Rot noch mit Minuszeichen –			40	40								
51	Im Falle des Rechtsformwechsels: 18 Von einem anderen Steuerschuldner zu übernehmender Gewerbeverlust aus der Zeit vor dem Rechtsformwechsel, soweit nach § 10a GewStG vortragsfähig – Betrag weder in Rot noch mit Minuszeichen –			45	45								
52	Übernommener Gewerbeverlust im Fall der Verschmelzung, Spaltung (§ 19 i.V.m. § 15 Abs. 4 UmwStG bzw. Abschn. 68 Abs. 3 Nr. 5 Satz 3 GewStR) oder Anwachsung (Abschn. 68 Abs. 3 Nr. 4 GewStR) – Betrag weder in Rot noch mit Minuszeichen –			48	48								
53	Bei der übertragenden Körperschaft im Fall der Abspaltung wegfallender Gewerbeverlust aus vorangegangenen Erhebungszeiträumen (§ 18 Abs. 1 i.V.m. § 16 und § 15 Abs. 4 bzw. § 19 Abs. 1 i.V.m. § 15 Abs. 4 UmwStG) – Betrag weder in Rot noch mit Minuszeichen –			47	47								
54	Bei der übertragenden Körperschaft im Fall der Abspaltung wegfallender Gewerbeverlust aus dem laufenden Erhebungszeitraum (§ 18 Abs. 1 i.V.m. § 16 und § 15 Abs. 4 bzw. § 19 Abs. 1 i.V.m. § 15 Abs. 4 UmwStG) – Betrag weder in Rot noch mit Minuszeichen –			78	78								
55	Nur bei einer Körperschaft: Nach § 10a Satz 6 GewStG i.V.m. § 8 Abs. 4 Satz 1 KStG wegen Verlusts der wirtschaftlichen Identität in 2005 nicht abziehbarer Gewerbeverlust aus der Zeit vor 2005 – Betrag weder in Rot noch mit Minuszeichen –			44	44								
56	Nur bei einer Personengesellschaft oder aus einer Personengesellschaft hervorgegangenem Einzelunternehmen: Auf in 2005 ausgeschiedene Gesellschafter entfallen von dem zum Ende des Erhebungszeitraums 2004 gesondert festgestellten vortragsfähigen Gewerbeverlust, soweit er noch nicht bis zum Ausscheiden im Erhebungszeitraum 2005 verbraucht ist – Betrag weder in Rot noch mit Minuszeichen –			43	43								
57	Nur bei einer Personengesellschaft: Auf im Erhebungszeitraum 2005 ausgeschiedene Gesellschafter – € – entfallen von dem Gewerbeverlust 2005 – Betrag weder in Rot noch mit Minuszeichen – oder – in % –			75	75								
58				76	76								
59	Nur bei einer Personengesellschaft: Auf Gesellschafter, denen kein Anteil an dem zum Ende des Erhebungszeitraums 2004 gesondert festgestellten vortragsfähigen Gewerbeverlust zuzurechnen ist, entfallen – € – von dem Gewerbeertrag des Erhebungszeitraums 2005 oder – in % –			41	41								
60				42	42								
60a	Nicht bei Körperschaften – nur für Zwecke des § 35 EStG –: Veräußerungs- oder Auflösungsgewinn nach § 18 Abs. 4 UmwStG (in Betrag lt. Zeile 17 enthalten)			82	82								
60b	Nur bei einer Organgesellschaft: Werte, die für die Ermittlung des Gewerbeertrags des Organträgers von Bedeutung sind. Ist die Organgesellschaft gleichzeitig Organträger: Einschließlich entsprechender Beträge ihrer Organgesellschaften (Bitte auf gesondertem Blatt erläutern) – Negative Beträge in Rot oder mit Minuszeichen – 18a 18b Wenn der Organträger eine natürliche Person ist, zu berücksichtigender Korrekturbetrag zum Gewerbeertrag aufgrund der Anwendung des § 3 Nr. 40, § 3c Abs. 2 EStG i. V. m. § 15 Satz 1 Nr. 2 und Satz 2 KStG			28	28								
60c	Wenn der Organträger eine Körperschaft ist, zu berücksichtigender Korrekturbetrag zum Gewerbeertrag aufgrund der Anwendung des § 8b KStG i. V. m. § 15 Satz 1 Nr. 2 und Satz 2 KStG			29	29								
60d	Wenn der Organträger eine Personengesellschaft ist, zu berücksichtigender Korrekturbetrag zum Gewerbeertrag aufgrund der Anwendung des § 3 Nr. 40, § 3c Abs. 2 EStG, § 8b KStG i. V. m. § 15 Satz 1 Nr. 2 und Satz 2 KStG			27	27								
Variable Angaben		99	21	Kz	Wert	99	22	Kz	Wert	Kz	Wert	Kz	Wert

– weiter auf Seite 4 –

Musterformular Gewerbesteuererklärung (Seite 4)

Steuernummer

- 4 -

99

30

Art der Bescheidkennzeichnung

(Schlüsselzahlen siehe Arbeitsanleitung) 10

Vorauszahlungen

Anpassung (§ 19 Abs. 3 Satz 3 GewStG) – Voraussichtlicher Gewerbeertrag – ggf. „0“ – in € 50

Keine Festsetzung

Der Bescheid soll enthalten:

- a) „siehe Bescheid vom xx.xx. xxxx“ Tag, Monat, Jahr (4-stellig) Einzutragen: 59
- b) „siehe Bescheid für xxxx“ Jahr (4-stellig)
- c) „wie bisher“ – ja = 1 –

Ergänzende Angaben

- a) Körperschaft, soweit nicht zu c) gehörig – ja = 1 – 74
- b) Hausgewerbetreibender (§ 11 Abs. 3 GewStG) – ja = 2 –
- c) Unternehmen, für das nach § 11 Abs. 1 Nr. 2 GewStG der Freibetrag von 3900 € gilt – ja = 7 –

Bei Rechtsformwechsel im Laufe des Kalenderjahrs 2005 vom Einzelunternehmen zur Personengesellschaft (oder umgekehrt): Dauer der persönlichen Steuerpflicht in Monaten 69

Bei Personengesellschaften:

- Gesellschaftereintritt – ja = 1 } 63
- Gesellschafteraustritt – ja = 2 }
- Beides – ja = 3 }
- Kein Gesellschafterwechsel – ja = 4 }

Anzahl der zusätzlich auszudruckenden Bescheidausfertigungen 21

Bescheid ohne Anschrift des Unternehmens – ja = 1 – 20

Bescheid ohne Anschrift des Empfangsbevollmächtigten – ja = 1 – 22

Nur für Stadtstaaten: Keine Erstattungsunterlagen erstellen – ja = 1 – 23

Dieser Vordruck ist ein Nachdruck des amtlichen Vordrucks – ja = 2 – 80

Verspätungszuschlag nach § 152 AO Dauer der Verspätung in angefangenen Monaten 45 in € 41

Zerlegung – ja = 1 – 79

Variable Angaben

Erläuterungstexte

99	12	Nr.	Wert	Nr.	Wert	Nr.	Wert	Nr.	Wert	Nr.	Wert

Angaben zur gesonderten Feststellung des Gewerbeerlustes

99	37	Kz	Wert	Kz	Wert	Kz	Wert	Kz	Wert

Verfügung

1. Der Gewerbesteuermessbetrag / die Gewerbesteuer, der Verspätungszuschlag, der Gewerbesteuermessbetrag für Zwecke der Vorauszahlungen / die Gewerbesteuervorauszahlungen, die Zerlegungsanteile sowie der Gewerbeerlust, der / die sich unter Zugrundelegung der in der Gewerbesteuererklärung GewSt 1 A und der in der Erklärung GewSt 1 D, aufgeführten Daten und ihrer maschinellen Verarbeitung unter Verwendung des geprüften und genehmigten Programms ergibt / ergeben, wird / werden hierdurch festgesetzt / festgestellt. Das Ergebnis ist bekannt zu geben.

2. Der Gewerbesteuermessbetrag ist zu zerlegen, Kennbuchstabe GWZ ist gesetzt.
3. Verbleibender Großspendenvortrag ist festzustellen.
4. Höhe des noch nicht in Anspruch genommenen Abzugs für Zuwendungen in den Vermögensstock anlässlich der Neugründung einer Stiftung ist festzustellen.
5. Zur Datenerfassung / Bildschirmeingabe.
6. Datenfreigabe.
7. Änderung / Berichtigung vermerken.
8. Wurde von der Steuererklärung abgewichen?
☐ Nein
☐ Ja Wurde der Stpfl. vorher gehört?
☐ Ja
☐ Nein Wurde die Abweichung im Bescheid erläutert?
☐ Ja
☐ Nein
9. Z.d.A.

Datum

Sachgebietsleiter/in

Bearbeiter/in

Musterformular Umsatzsteuer-Voranmeldung (Seite 1)

2006

- Bitte weiße Felder ausfüllen oder ☒ ankreuzen, Anleitung beachten -

Fallart	Steuernummer	Unterfallart
11		56

30 Eingangsstempel oder -datum

Umsatzsteuer-Voranmeldung 2006

Voranmeldungszeitraum

bei monatlicher Abgabe bitte ankreuzen

bei vierteljährlicher Abgabe
bitte ankreuzen

06 01	Jan.		06 07	Juli		06 41	I. Kalender- vierteljahr	
06 02	Feb.		06 08	Aug.		06 42	II. Kalender- vierteljahr	
06 03	März		06 09	Sept.		06 43	III. Kalender- vierteljahr	
06 04	April		06 10	Okt.		06 44	IV. Kalender- vierteljahr	
06 05	Mai		06 11	Nov.				
06 06	Juni		06 12	Dez.				

Berichtigte Anmeldung
(falls ja, bitte eine „1“ eintragen)

10

Belege (Verträge, Rechnungen,
Erläuterungen usw.) sind beigelegt
bzw. werden gesondert eingereicht
(falls ja, bitte eine „1“ eintragen)

22

I. Anmeldung der Umsatzsteuer-Vorauszahlung

Lieferungen und sonstige Leistungen
(einschließlich unentgeltlicher Wertabgaben)

Steuerfreie Umsätze mit Vorsteuerabzug

Innergemeinschaftliche Lieferungen (§ 4 Nr. 1 Buchst. b UStG)
an Abnehmer mit USt-IdNr.

neuer Fahrzeuge an Abnehmer ohne USt-IdNr.

neuer Fahrzeuge außerhalb eines Unternehmens (§ 2a UStG)

Weitere steuerfreie Umsätze mit Vorsteuerabzug
(z.B. Ausföhrlieferungen, Umsätze nach § 4 Nr. 2 bis 7 UStG) ...

Steuerfreie Umsätze ohne Vorsteuerabzug

Umsätze nach § 4 Nr. 8 bis 28 UStG

Steuerpflichtige Umsätze

(Lieferungen und sonstige Leistungen einschl. unentgeltlicher Wertabgaben)

zum Steuersatz von 16 %

zum Steuersatz von 7 %

Umsätze, die anderen Steuersätzen unterliegen

Umsätze land- und forstwirtschaftlicher Betriebe nach § 24 UStG

Lieferungen in das übrige Gemeinschaftsgebiet
an Abnehmer mit USt-IdNr.Umsätze, für die eine Steuer nach § 24 UStG zu entrichten ist (Säge-
werkserzeugnisse, Getränke und alkohol. Flüssigkeiten, z.B. Wein)

Innergemeinschaftliche Erwerbe

Steuerfreie innergemeinschaftliche Erwerbe

Erwerbe nach § 4b UStG

Steuerpflichtige innergemeinschaftliche Erwerbe

zum Steuersatz von 16 %

zum Steuersatz von 7 %

zu anderen Steuersätzen

neuer Fahrzeuge
von Lieferanten ohne USt-IdNr. zum allgemeinen Steuersatz

Ergänzende Angaben zu Umsätzen

Lieferungen des ersten Abnehmers bei innergemeinschaftlichen
Dreiecksgeschäften (§ 25b Abs. 2 UStG)Steuerpflichtige Umsätze im Sinne des § 13b Abs. 1 Satz 1 Nr. 1
bis 5 UStG, für die der Leistungsempfänger die Steuer schuldet

Im Inland nicht steuerbare Umsätze

Übertrag

Bemessungsgrundlage
ohne Umsatzsteuer

volle EUR

Ct

Steuer

EUR

Ct

41

44

49

43

48

51

86

35

77

76

91

97

93

95

94

42

60

45

36

80

98

96

zu übertragen in Zeile 45

Musterformular Umsatzsteuer-Voranmeldung (Seite 2)

Steuernummer:		Steuer EUR		Ct
44	Übertrag			
46	Umsätze, für die als Leistungsempfänger die Steuer nach § 13b Abs. 2 UStG geschuldet wird	Bemessungsgrundlage ohne Umsatzsteuer volle EUR	Ct	
48	Leistungen eines im Ausland ansässigen Unternehmers (§ 13b Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 und 5 UStG)	52		53
49	Lieferungen sicherungsübereigneter Gegenstände und Umsätze, die unter das GrEStG fallen (§ 13b Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 und 3 UStG)	73		74
50	Bauleistungen eines im Inland ansässigen Unternehmers (§ 13b Abs. 1 Satz 1 Nr. 4 UStG)	84		85
52	Steuer infolge Wechsels der Besteuerungsform sowie Nachsteuer auf versteuerte Anzahlungen wegen Steuersatzerhöhung			65
53	Umsatzsteuer			
54	Abziehbare Vorsteuerbeträge			
55	Vorsteuerbeträge aus Rechnungen von anderen Unternehmern (§ 15 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 UStG), aus Leistungen im Sinne des § 13a Abs. 1 Nr. 6 UStG (§ 15 Abs. 1 Satz 1 Nr. 5 UStG) und aus innergemeinschaftlichen Dreiecksgeschäften (§ 25b Abs. 5 UStG)			66
56	Vorsteuerbeträge aus dem innergemeinschaftlichen Erwerb von Gegenständen (§ 15 Abs. 1 Satz 1 Nr. 3 UStG)			61
57	Entrichtete Einfuhrumsatzsteuer (§ 15 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 UStG)			62
58	Vorsteuerbeträge aus Leistungen im Sinne des § 13b Abs. 1 UStG (§ 15 Abs. 1 Satz 1 Nr. 4 UStG)			67
59	Vorsteuerbeträge, die nach allgemeinen Durchschnittssätzen berechnet sind (§§ 23 und 23a UStG)			63
60	Berichtigung des Vorsteuerabzugs (§ 15a UStG)			64
61	Vorsteuerabzug für innergemeinschaftliche Lieferungen neuer Fahrzeuge außerhalb eines Unternehmens (§ 2a UStG) sowie von Kleinunternehmern im Sinne des § 19 Abs. 1 UStG (§ 15 Abs. 4a UStG)			59
62	Verbleibender Betrag			
63	Andere Steuerbeträge			
64	in Rechnungen unrichtig oder unberechtigt ausgewiesene Steuerbeträge (§ 14c UStG) sowie Steuerbeträge, die nach § 4 Nr. 4a Satz 1 Buchst. a Satz 2, § 6a Abs. 4 Satz 2, § 17 Abs. 1 Satz 6 oder § 25b Abs. 2 UStG geschuldet werden			69
65	Umsatzsteuer-Vorauszahlung/Überschuss			
66	Anrechnung (Abzug) der festgesetzten Sondervorauszahlung für Dauerfristverlängerung (nur auszufüllen in der letzten Voranmeldung des Besteuerungszeitraums, in der Regel Dezember)			39
67	Verbleibende Umsatzsteuer-Vorauszahlung (bitte in jedem Fall ausfüllen)			83
68	Verbleibender Überschuss - bitte dem Betrag ein Minuszeichen voranstellen -			
II. Sonstige Angaben und Unterschrift				
70	Ein Erstattungsbetrag wird auf das dem Finanzamt benannte Konto überwiesen, soweit der Betrag nicht mit Steuerschulden verrechnet wird.			
71	Verrechnung des Erstattungsbetrags erwünscht / Erstattungsbetrag ist abgetreten (falls ja, bitte eine „1“ eintragen)	29		
72	Geben Sie bitte die Verrechnungswünsche auf einem besonderen Blatt an oder auf dem beim Finanzamt erhältlichen Vordruck „Verrechnungsantrag“.			
73	Die Einzugsermächtigung wird ausnahmsweise (z.B. wegen Verrechnungswünschen) für diesen Voranmeldungszeitraum widerrufen (falls ja, bitte eine „1“ eintragen)	26		
74	Ein ggf. verbleibender Restbetrag ist gesondert zu entrichten.			
75	Hinweis nach den Vorschriften der Datenschutzgesetze:			
76	Die mit der Steueranmeldung angeforderten Daten werden auf Grund der §§ 149 ff. der Abgabenordnung und der §§ 18, 18b des Umsatzsteuergesetzes erhoben.			
77	Die Angabe der Telefonnummern und der E-Mail-Adressen ist freiwillig.			
78	Bei der Anfertigung dieser Steueranmeldung hat mitgewirkt:			
79	(Name, Anschrift, Telefon, E-Mail-Adresse)			
80				
81				
82				
83				
84				
85				
86	Datum, Unterschrift			

- nur vom Finanzamt auszufüllen -

11		19	
		12	

Bearbeitungshinweis

- Die aufgeführten Daten sind mit Hilfe des geprüften und genehmigten Programms sowie ggf. unter Berücksichtigung der gespeicherten Daten maschinell zu verarbeiten.
- Die weitere Bearbeitung richtet sich nach den Ergebnissen der maschinellen Verarbeitung.

Datum, Namenszeichen

Kontrollzahl und/oder Datenerfassungsvermerk

Musterformular Anleitung zur Umsatzsteuer-Voranmeldung (Seite 1)

Anleitung zur Umsatzsteuer-Voranmeldung 2006

Abkürzungen:	AO	=	Abgabenordnung	UStDV	=	Umsatzsteuer-Durchführungsverordnung
	GrEStG	=	Grunderwerbsteuergesetz	UStG	=	Umsatzsteuergesetz
	Kj.	=	Kalenderjahr	USt-IdNr.	=	Umsatzsteuer-Identifikationsnummer

Diese Anleitung soll Sie informieren, wie Sie die Vordrucke richtig ausfüllen.

Die Anleitung kann allerdings nicht auf alle Fragen eingehen.

Wesentliche Änderungen gegenüber der Anleitung zur Umsatzsteuer-Voranmeldung des Vorjahres sind durch Randstriche gekennzeichnet.

Übermittlung der Umsatzsteuer-Voranmeldung auf elektronischem Weg

Die Umsatzsteuer-Voranmeldung ist nach amtlich vorgeschriebenem Vordruck auf elektronischem Weg nach Maßgabe der Steuerdaten-Übermittlungsverordnung zu übermitteln (§ 18 Abs. 1 Satz 1 UStG). Informationen hierzu erhalten Sie unter den Internet-Adressen www.elster.de bzw. www.finanzeamt.de. Auf Antrag kann das Finanzamt zur Vermeidung von unbilligen Härten auf eine elektronische Übermittlung verzichten.

So werden die Vordrucke ausgefüllt:

Bitte tragen Sie aus erfassungstechnischen Gründen die Steuernummer auf jeder Vordruckseite (oben) ein.

Füllen Sie bitte nur die weißen Felder der Vordrucke deutlich und vollständig aus, bei denen Sie Angaben zu erklären haben; nicht benötigte Felder lassen Sie bitte frei und sehen von Streichungen ab. Bitte berücksichtigen Sie Entgeltserhöhungen und Entgeltsminderungen bei den Bemessungsgrundlagen. Negative Beträge sollten Sie durch ein Minuszeichen kennzeichnen.

Werden Belege (Verträge, Rechnungen, Erläuterungen auf gesonderten Anlagen usw.) eingereicht, tragen Sie bitte in Zeile 16 eine „1“ ein.

Tragen Sie bei den Bemessungsgrundlagen bitte nur Beträge in vollen Euro ein; bei den Umsatzsteuer- und Vorsteuerbeträgen ist dagegen stets auch die Eintragung von Centbeträgen erforderlich. Rechnen Sie Werte in fremder Währung in Euro um.

Die Umsatzsteuer-Voranmeldung ist vom Unternehmer oder dessen Bevollmächtigten zu unterschreiben, sofern sie nicht in elektronischer Form übermittelt wird.

Umsatzsteuer-Voranmeldung

Steuerfreie Lieferungen und sonstige Leistungen

Zeilen 21 bis 23

Inneregemeinschaftliche Lieferungen (§ 4 Nr. 1 Buchst. b i.V.m. § 6a Abs. 1 UStG) sind in dem Voranmeldungszeitraum zu erklären, in dem die Rechnung ausgestellt wird, spätestens jedoch in dem Voranmeldungszeitraum, in dem der Monat endet, der auf die Lieferung folgt.

Über die in Zeile 21 einzutragenden Umsätze sind vierteljährlich **Zusammenfassende Meldungen** beim Bundesamt für Finanzen abzugeben. Nähere Informationen zu diesem Verfahren sowie amtliche Vordrucke für Zusammenfassende Meldungen erhalten Sie beim Bundesamt für Finanzen - Außenstelle -, 66738 Saarlouis, Telefon (06831) 456-0, Telefax (06831) 456-120 oder -146 sowie unter der Internet-Adresse www.bff.bund.de (Rubrik: Abteilung Steuern/Umsatzsteuerkontrollverfahren). Außerdem sind diese Umsätze grundsätzlich dem Statistischen Bundesamt monatlich für die **Intrahandelsstatistik** zu melden. Nähere Informationen zur Intrahandelsstatistik sowie die amtlichen Vordrucke erhalten Sie beim Statistischen Bundesamt, 65180 Wiesbaden, Telefon (0611) 75-2954, Telefax (0611) 75-3965.

Zeile 24

In Zeile 24 sind neben steuerfreien **Ausfuhrlieferungen** (§ 4 Nr. 1 Buchst. a i.V.m. § 6 UStG) weitere steuerfreie Umsätze mit Vorsteuerabzug einzutragen, z.B.:

- Lohnveredelungen an Gegenständen der Ausfuhr (§ 4 Nr. 1 Buchst. a i.V.m. § 7 UStG);
- Umsätze für die Seeschifffahrt und für die Luftfahrt (§ 4 Nr. 2 i.V.m. § 8 UStG);
- grenzüberschreitende **Güterbeförderungen** und andere sonstige Leistungen nach § 4 Nr. 3 UStG;

- Vermittlungsleistungen nach § 4 Nr. 5 UStG (z.B. Provisionen im Zusammenhang mit Ausfuhrlieferungen);
- Umsätze im Sinne des Offshore-Steuerabkommens, des Zusatzabkommens zum NATO-Truppenstatut, des Ergänzungsabkommens zum Protokoll über die NATO-Hauptquartiere;
- Reiseleistungen, soweit die Reisevorleistungen im Drittlandsgebiet bewirkt werden (§ 25 Abs. 2 UStG).

Zeile 25

Steuerfreie Umsätze ohne Vorsteuerabzug sind z.B. Grundstücksvermietungen (§ 4 Nr. 12 UStG), Umsätze aus der Tätigkeit als Arzt oder aus ähnlicher heilberuflicher Tätigkeit (§ 4 Nr. 14 UStG).

Steuerpflichtige Lieferungen und sonstige Leistungen

Zeilen 27 bis 29

Als Bemessungsgrundlage sind stets Nettobeträge (ohne Umsatzsteuer) einzutragen. Die Bemessungsgrundlage ist in vollen Euro anzugeben (ohne Centbeträge). Es sind auch Umsätze einzutragen, bei denen die sogenannte Mindest-Bemessungsgrundlage anzuwenden ist. Die Umsätze, bei denen der Leistungsempfänger die Umsatzsteuer nach § 13b Abs. 2 UStG schuldet, sind hier nicht einzutragen, sondern in Zeile 41 (vgl. Erläuterungen zu den Zeilen 46 bis 50).

Unentgeltliche Wertabgaben aus dem Unternehmen sind, soweit sie in der Abgabe von Gegenständen bestehen, regelmäßig den entgeltlichen Lieferungen und, soweit sie in der Abgabe oder Ausführung von sonstigen Leistungen bestehen, regelmäßig den entgeltlichen sonstigen Leistungen gleichgestellt. Sie umfassen auch unentgeltliche Sachzuwendungen und sonstige Leistungen an Arbeitnehmer.

Musterformular Anleitung zur Umsatzsteuer-Voranmeldung (Seite 2)

Es sind auch die Umsätze bei der Lieferung von Gegenständen aus einem Umsatzsteuerlager einzutragen, wenn dem liefernden Unternehmer die Auslagerung zuzurechnen ist. In allen anderen Fällen der Auslagerung - insbesondere wenn dem Abnehmer die Auslagerung zuzurechnen ist - sind die Umsätze in Zeile 64 einzutragen (vgl. Erläuterungen zu Zeile 64).

Zeilen 30 bis 32

Land- und forstwirtschaftliche Betriebe, die ihre Umsätze nach den Durchschnittssätzen des § 24 Abs. 1 UStG versteuern, müssen Lieferungen in das übrige Gemeinschaftsgebiet an Abnehmer mit USt-IdNr. in Zeile 31 eintragen. Über diese Lieferungen sind vierteljährliche Zusammenfassende Meldungen sowie Meldungen zur Intrahandelsstatistik abzugeben, vgl. Erläuterungen zu den Zeilen 21 bis 23.

Bei den in Zeile 32 bezeichneten Umsätzen, für die eine Steuer zu entrichten ist, sind die anzuwendenden Durchschnittssätze um die Sätze für pauschalierte Vorsteuerbeträge zu vermindern.

Land- und Forstwirte, die ihre Umsätze nach den allgemeinen Vorschriften des UStG versteuern, tragen ihre Umsätze in den Zeilen 20 bis 29 ein.

Innergemeinschaftliche Erwerbe

Zeilen 33 bis 38

Innergemeinschaftliche Erwerbe sind in dem Voranmeldungszeitraum zu erklären, in dem die Rechnung ausgestellt wird, spätestens jedoch in dem Voranmeldungszeitraum, in dem der Monat endet, der auf den Erwerb folgt.

Bei **neuen Fahrzeugen** liegt ein innergemeinschaftlicher Erwerb selbst dann vor, wenn das Fahrzeug nicht von einem Unternehmer geliefert wurde. Werden neue Fahrzeuge von Lieferanten ohne USt-IdNr. erworben - insbesondere von „Privatpersonen“ -, sind die Erwerbe in der Zeile 38 zu erklären. Wird das neue Fahrzeug von einer „Privatperson“ oder von einem Unternehmer für seinen privaten Bereich erworben, ist der innergemeinschaftliche Erwerb nur mit Vordruck USt 1 B anzumelden (Fahrzeugeinzelbesteuerung).

Über die in den Zeilen 35 bis 37 einzutragenden innergemeinschaftlichen Erwerbe sind grundsätzlich Meldungen zur Intrahandelsstatistik abzugeben, vgl. Erläuterungen zu den Zeilen 21 bis 23.

Ergänzende Angaben zu Umsätzen

Zeile 40

Bei **innergemeinschaftlichen Dreiecksgeschäften** (§ 25b UStG) hat der erste Abnehmer Zeile 40 auszufüllen, wenn für diese Lieferungen der letzte Abnehmer die Steuer schuldet. Einzutragen ist die Bemessungsgrundlage (§ 25b Abs. 4 UStG) seiner Lieferungen an den letzten Abnehmer.

Die Steuer, die der letzte Abnehmer nach § 25b Abs. 2 UStG für die Lieferung des ersten Abnehmers schuldet, ist in Zeile 64 einzutragen. Zum Vorsteuerabzug für diese Lieferung vgl. Erläuterung zu den Zeilen 55 bis 59.

Zeile 41

Einzutragen sind die **Umsätze des leistenden Unternehmers, für die der Leistungsempfänger die Umsatzsteuer nach § 13b Abs. 2 UStG schuldet**.

Zeile 42

Einzutragen sind **nicht steuerbare** Lieferungen und sonstige Leistungen, deren Leistungsort nicht im Inland liegt und die der Umsatzsteuer unterliegen, wenn sie im Inland ausgeführt worden wären. Hierzu gehören auch Beförderungs- und Versandungslieferungen in das übrige Gemeinschaftsgebiet nach § 3c UStG, die in anderen EU-Mitgliedstaaten versteuert werden, sowie innergemeinschaftliche Güterbeförderungsleistungen und damit zusammenhängende sonstige Leistungen, die im übrigen Gemeinschaftsgebiet steuerbar sind (§ 3b Abs. 3 bis 6 UStG). Im Inland ausgeführte nicht steuerbare Umsätze (z. B. Geschäftsveräußerungen im Ganzen, Innenumsätze zwischen Unternehmensteilen) sind nicht anzugeben. Dies gilt auch für die Umsätze, die in Zeile 40 einzutragen sind.

Leistungsempfänger als Steuerschuldner (§ 13b UStG)

Zeilen 46 bis 50

Einzutragen sind die Umsätze, für die Unternehmer oder juristische Personen des öffentlichen Rechts die Steuer als Leistungsempfänger schulden. Die Steuer für diese Umsätze entsteht mit Ausstellung der Rechnung, spätestens jedoch mit Ablauf des Kalendermonats, der auf die Ausführung der Leistung folgt (§ 13b Abs. 1 UStG). Wird das Entgelt oder ein Teil des Entgelts vereinbart, bevor die Leistung oder die Teilleistung ausgeführt worden ist, entsteht insoweit die Steuer mit Ablauf des Voranmeldungszeitraums, in dem das Entgelt oder Teilentgelt vereinnahmt worden ist.

Es sind folgende Eintragungen vorgesehen:

- Werklieferungen und sonstige Leistungen eines im Ausland ansässigen Unternehmers (Zeile 48);
- Lieferungen von Gas und Elektrizität eines im Ausland ansässigen Unternehmers unter den Bedingungen des § 3g UStG (Zeile 48);
- Lieferungen sicherungsübereigneter Gegenstände durch den Sicherungsgeber an den Sicherungsnehmer außerhalb des Insolvenzverfahrens (Zeile 49);
- unter das Grunderwerbsteuergesetz fallende Umsätze, insbesondere Lieferungen von Grundstücken, für die der leistende Unternehmer nach § 9 Abs. 3 UStG zur Steuerpflicht optiert hat (Zeile 49);
- Werklieferungen und sonstige Leistungen, die der Herstellung, Instandsetzung, Instandhaltung, Änderung oder Beseitigung von Bauwerken dienen (ohne Planungs- und Überwachungsleistungen), wenn der Leistungsempfänger ein Unternehmer ist, der selbst solche Bauleistungen erbringt (Zeile 50).

Zum Vorsteuerabzug für die vom Leistungsempfänger geschuldete Steuer vgl. Erläuterung zu den Zeilen 55 bis 59.

Abziehbare Vorsteuerbeträge

Zeilen 55 bis 59

Abziehbar sind nur die nach dem deutschen Umsatzsteuergesetz geschuldeten Steuerbeträge. Unternehmer, die mit ausländischen Vorsteuerbeträgen belastet wurden, haben sich wegen eines eventuellen Abzugs an den Staat zu wenden, der die Steuer erhoben hat.

Es können insbesondere folgende Vorsteuerbeträge berücksichtigt werden:

- die gesetzlich geschuldete Steuer für Lieferungen und sonstige Leistungen, die von einem anderen Unternehmer für sein Unternehmen ausgeführt worden sind, sofern eine Rechnung nach den §§ 14, 14a UStG vorliegt (Zeile 55);
- die in einer Kleinbetragsrechnung (Rechnung, deren Gesamtbetrag 100 € nicht übersteigt) enthaltene Umsatzsteuer, sofern eine Rechnung nach § 33 UStDV vorliegt (Zeile 55);
- bei innergemeinschaftlichen Dreiecksgeschäften (vgl. Erläuterungen zu Zeile 40) die vom letzten Abnehmer nach § 25b Abs. 2 UStG geschuldete Umsatzsteuer (Zeile 55);
- die Umsatzsteuer, die der Unternehmer schuldet, dem die Auslagerung aus einem Umsatzsteuerlager zuzurechnen ist; vgl. Erläuterungen zu Zeile 64 (Zeile 55);
- die Umsatzsteuer für innergemeinschaftliche Erwerbe (Zeile 56);
- die entrichtete Einfuhrumsatzsteuer für Gegenstände, die für das Unternehmen nach § 1 Abs. 1 Nr. 4 UStG eingeführt worden sind (Zeile 57);
- die Umsatzsteuer, die der Leistungsempfänger nach § 13b Abs. 2 UStG schuldet (vgl. Erläuterungen zu den Zeilen 46 bis 50), wenn die Leistung für sein Unternehmen ausgeführt worden ist (Zeile 58);

Musterformular Anleitung zur Umsatzsteuer-Voranmeldung (Seite 3)

- nach Durchschnittssätzen (§ 23 UStG) ermittelte Beträge bei Unternehmern, deren **Umsatz** i.S. des § 69 Abs. 2 UStDV in den einzelnen in der Anlage der UStDV bezeichneten Berufs- und Gewerbezeigen im vorangegangenen KJ. 61 356 € nicht überschritten hat, und die nicht verpflichtet sind, Bücher zu führen und auf Grund jährlicher Bestandsaufnahmen regelmäßig Abschlüsse zu machen (Zeile 59);
- nach einem Durchschnittssatz (§ 23a UStG) ermittelte Beträge bei Körperschaften, Personenvereinigungen und Vermögensmassen im Sinne des § 5 Abs. 1 Nr. 9 Körperschaftsteuergesetz, deren **steuerpflichtiger Umsatz**, mit Ausnahme der Einfuhr und des innergemeinschaftlichen Erwerbs, im vorangegangenen KJ. 30 678 € nicht überstiegen hat und die nicht verpflichtet sind, Bücher zu führen und auf Grund jährlicher Bestandsaufnahmen regelmäßig Abschlüsse zu machen (Zeile 59).

Ein Vorsteuerabzug für Wirtschaftsgüter, die der Unternehmer zu weniger als 10 % für sein Unternehmen nutzt, ist generell nicht möglich (§ 15 Abs. 1 Satz 2 UStG).

Vorsteuerbeträge, die auf Entgeltserhöhungen und Entgeltsminderungen entfallen, sowie herabgesetzte, erlassene oder erstattete Einfuhrumsatzsteuer sind zu berücksichtigen.

Zeile 60

Der Vorsteuerabzug ist nach Maßgabe des § 15a UStG in Verbindung mit § 44 UStDV zu berichtigen.

Handelt es sich bei den Berichtigungsbeträgen um zurückzuzahlende Vorsteuerbeträge, ist dem Betrag ein Minuszeichen voranzustellen.

Beispiel

Der Unternehmer hat im KJ. 2003 ein Bürogebäude errichtet, das er ab 1.12.2003 zur Hälfte steuerpflichtig und zur Hälfte steuerfrei vermietet. Die auf die Herstellungskosten entfallende Vorsteuer von 60 000 € hat er in Höhe von 30 000 € abgezogen.

Am 1.7.2006 wird das gesamte Gebäude steuerfrei veräußert. Die steuerfreie Veräußerung führt zu einer Berichtigung des Vorsteuerabzugs in Höhe von 22 250 €. Dieser Betrag ist mit einem Minuszeichen versehen in Zeile 60 einzutragen.

Berechnung: 30 000 € Vorsteuer : 120 Monate Berichtigungszeitraum = 250 € monatliche Berichtigung x 89 Monate restlicher Berichtigungszeitraum (Juli 2006 bis November 2013) = 22 250 €

Zeile 64

Einzutragen sind

- in Rechnungen unrichtig ausgewiesene Steuerbeträge, die der Unternehmer schuldet (§ 14c Abs. 1 UStG);
- in Rechnungen unberechtigt ausgewiesene Steuerbeträge, die der Rechnungsaussteller schuldet (§ 14c Abs. 2 UStG);
- Steuerbeträge für Umsätze, die Auslagerungen von Gegenständen aus einem Umsatzsteuerlager vorangegangen sind (§ 4 Nr. 4a Satz 1 Buchst. a Satz 2 UStG) und die der Unternehmer schuldet, dem die Auslagerung zuzurechnen ist (Auslagerer). Nicht einzutragen sind hier Lieferungen, die dem liefernden Unternehmer zuzurechnen sind, wenn die Auslagerung im Zusammenhang mit diesen Lieferungen steht. Diese Umsätze sind in den Zeilen 27 bis 29 einzutragen (vgl. Erläuterungen zu den Zeilen 27 bis 29);
- Steuerbeträge, die der Lagerhalter eines Umsatzsteuerlagers als Gesamtschuldner schuldet (§ 4 Nr. 4a Satz 1 Buchst. a Satz 2 i.V.m. § 13a Abs. 1 Nr. 6 UStG);
- Steuerbeträge, die der Abnehmer bei einer als steuerfrei behandelten innergemeinschaftlichen Lieferung in den Fällen des § 6a Abs. 4 UStG schuldet;
- Steuerbeträge, die ein dritter Unternehmer (insbesondere Zentralregulierer) schuldet (§ 17 Abs. 1 Satz 6 UStG);
- Steuerbeträge, die der letzte Abnehmer im Rahmen eines innergemeinschaftlichen Dreiecksgeschäfts für die Lieferung des ersten Abnehmer schuldet (§ 25b Abs. 2 UStG).

Sonstiges

Zeile 66

Wird die gewerbliche oder berufliche Tätigkeit im Laufe eines KJ. eingestellt oder wird im Laufe des KJ. auf die Dauerfristverlängerung verzichtet, ist die Sondervorauszahlung im letzten Voranmeldungszeitraum des Besteuerungszeitraums anzurechnen.

Zeilen 67, 70 bis 73

Die Vorauszahlung ist am 10. Tag nach Ablauf des Voranmeldungszeitraums fällig und an das Finanzamt zu entrichten. Wird eine **Einzugsermächtigung** wegen Verrechnungswünschen ausnahmsweise widerrufen, ist ein durch die Verrechnung nicht gedeckter Restbetrag zu entrichten.

Ein Überschuss wird nach Zustimmung (§ 168 AO) ohne besonderen Antrag ausgezahlt, soweit der Betrag nicht mit Steuerschulden verrechnet wird. Wünscht der Unternehmer eine **Verrechnung** oder liegt eine **Abtretung** vor, ist in Zeile 72 eine „1“ einzutragen. Liegt dem Finanzamt bei Abtretungen die Abtretungsanzeige nach amtlichem Muster noch nicht vor, ist sie beizufügen oder nachzureichen.

2005

– Bitte weiße Felder ausfüllen oder ☒ ankreuzen, Anleitung beachten –

Zeile	An das Finanzamt										Eingangsstempel			
1														
2	Fallart	Steuernummer			Unterfallart	Jahr	Vorgang			Sachbereich				
3	11				50	05	1	99		11				
4														
5	Umsatzsteuererklärung										121			
6	Berichtigte Steuererklärung (falls ja, bitte eine „1“ eintragen)										110			
7														
8	A. Allgemeine Angaben													
9	Name des Unternehmers										ggf. abweichender Firmenname			
10	Art des Unternehmens													
11	Straße, Haus-Nr.													
12	PLZ, Ort													
13	E-Mail-Adresse										Telefon			
14	Dauer der Unternehmereigenschaft (nur ausfüllen, falls nicht vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2005)										vom		bis zum	
											Tag	Monat	Tag	Monat
15	1. Zeitraum										200			
16	2. Zeitraum										201			
17	Die Abschlusszahlung ist binnen einem Monat nach der Abgabe der Steuererklärung zu entrichten (§ 18 Abs. 4 UStG). Ein Erstattungsbetrag wird auf das dem Finanzamt benannte Konto überwiesen, soweit der Betrag nicht mit Steuerschulden verrechnet wird.													
18	Verrechnung des Erstattungsbetrages erwünscht / Erstattungsbetrag ist abgetreten (falls ja, bitte eine „1“ eintragen)										129			
19	Geben Sie bitte die Verrechnungswünsche auf einem besonderen Blatt an oder auf dem beim Finanzamt erhältlichen Vordruck „Verrechnungsantrag“.													
20	Ein Umsatzsteuerbescheid ergeht nur, wenn von Ihrer Berechnung der Umsatzsteuer abgewichen wird.													
21	Hinweis nach den Vorschriften der Datenschutzgesetze: Die mit der Steuererklärung angeforderten Daten werden auf Grund der §§ 149 ff. der Abgabenordnung sowie der §§ 18, 18b des Umsatzsteuergesetzes erhoben. Die Angabe der Telefonnummer und der E-Mail-Adresse ist freiwillig.													
22	B. Angaben zur Besteuerung der Kleinunternehmer (§ 19 Abs. 1 UStG)													
23	Die Zeilen 24 und 25 sind nur auszufüllen, wenn der Umsatz 2004 (zuzüglich Steuer) nicht mehr als 17 500 € betragen hat und auf die Anwendung des § 19 Abs. 1 UStG nicht verzichtet worden ist.													
24	Umsatz im Kalenderjahr 2004										238		Betrag volle EUR	
25	Umsatz im Kalenderjahr 2005										239			
26	Unterschrift										Bei der Anfertigung dieser Steuererklärung einschließlich der Anlagen hat mitgewirkt:			
27	<input type="checkbox"/> beigefügt.													
28	<input type="checkbox"/> nicht beigefügt, weil ich darin keine Angaben zu machen hatte.													
29														
30	Datum, eigenhändige Unterschrift des Unternehmers													

Musterformular Umsatzsteuererklärung (Seite 2)

– 2 –

Steuernummer:

Zelle	C. Steuerpflichtige Lieferungen, sonstige Leistungen und unentgeltliche Wertabgaben	Bemessungsgrundlage ohne Umsatzsteuer volle EUR	Steuer EUR	Ct
31	Umsätze zum allgemeinen Steuersatz			
32	Lieferungen und sonstige Leistungen zu 16 %	290		
33	Unentgeltliche Wertabgaben			
34	a) Lieferungen nach § 3 Abs. 1b UStG zu 16 %	175		
35	b) Sonstige Leistungen nach § 3 Abs. 9a UStG . . . zu 16 %	176		
36	Umsätze zum ermäßigten Steuersatz			
37	Lieferungen und sonstige Leistungen zu 7 %	275		
38	Unentgeltliche Wertabgaben			
39	a) Lieferungen nach § 3 Abs. 1b UStG zu 7 %	195		
40	b) Sonstige Leistungen nach § 3 Abs. 9a UStG . . . zu 7 %	196		
41	Umsätze aus früheren Kalenderjahren			
42	zu anderen Steuersätzen	155	156	
43	Umsätze land- und forstwirtschaftlicher Betriebe nach § 24 UStG			
44	a) Lieferungen in das übrige Gemeinschaftsgebiet an Abnehmer mit USt-IdNr.	777		
45	b) Steuerpflichtige Lieferungen (einschließlich unentgeltlicher Wertabgaben) von Sägewerkserzeugnissen , die in der Anlage 2 zum UStG nicht aufgeführt sind . . .	255	256	
46	c) Steuerpflichtige Umsätze (einschließlich unentgeltlicher Wertabgaben) von Getränken , die in der Anlage 2 zum UStG nicht aufgeführt sind, sowie von alkoholischen Flüssigkeiten (z.B. Wein) zu 7 %	343		
47	Umsätze aus früheren Kalenderjahren			
48	zu anderen Steuersätzen	257	258	
49	d) Übrige steuerpflichtige Umsätze land- und forstwirtschaftlicher Betriebe, für die keine Steuer zu entrichten ist . . .	361		
50	Steuer infolge Wechsels der Besteuerungsform: Nachsteuer/Anrechnung der Steuer, die auf bereits versteuerte Anzahlungen entfällt (im Falle der Anrechnung bitte auch Zeile 57 ausfüllen)		317	
51	Betrag der Anzahlungen, für die die anzurechnende Steuer in Zeile 56 angegeben worden ist	367		
52	Nachsteuer auf versteuerte Anzahlungen u.ä. wegen Steuersatzänderung		319	
53				
54				
55				
56				
57				
58				
59				
60	Summe (zu übertragen in Zeile 92)			

Musterformular Umsatzsteuererklärung (Seite 3)

- 3 -

Steuernummer:

Zelle	D. Abziehbare Vorsteuerbeträge		Steuer EUR	Ct
61	(ohne die Berichtigung nach § 15a UStG)			
62	Vorsteuerbeträge aus Rechnungen von anderen Unternehmern (§ 15 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 UStG) ...	320		
63	Vorsteuerbeträge aus innergemeinschaftlichen Erwerben von Gegenständen (§ 15 Abs. 1 Satz 1 Nr. 3 UStG)	761		
64	Entrichtete Einfuhrumsatzsteuer (§ 15 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 UStG)	762		
65	Vorsteuerabzug für die Steuer, die der Abnehmer als Auslagerer nach § 13a Abs. 1 Nr. 6 UStG schuldet (§ 15 Abs. 1 Satz 1 Nr. 5 UStG)	466		
66	Vorsteuerbeträge aus Leistungen im Sinne des § 13b Abs. 1 UStG (§ 15 Abs. 1 Satz 1 Nr. 4 UStG)	467		
67	Vorsteuerbeträge, die nach den allgemeinen Durchschnittssätzen berechnet sind (§ 23 UStG)	333		
68	Vorsteuerbeträge nach dem Durchschnittssatz für bestimmte Körperschaften, Personenvereinigungen und Vermögensmassen (§ 23a UStG)	334		
69	Vorsteuerabzug für innergemeinschaftliche Lieferungen neuer Fahrzeuge außerhalb eines Unternehmens (§ 2a UStG) sowie von Kleinunternehmern im Sinne des § 19 Abs. 1 UStG (§ 15 Abs. 4a UStG) ..	759		
70	Vorsteuerbeträge aus innergemeinschaftlichen Dreiecksgeschäften (§ 25b Abs. 5 UStG)	760		
71	Summe			
(zu übertragen in Zeile 99)				
E. Berichtigung des Vorsteuerabzugs (§ 15a UStG)				
72	Sind im Kalenderjahr 2005 Grundstücke, Grundstücksteile, Gebäude oder Gebäudeteile , für die Umsatzsteuer gesondert in Rechnung gestellt wurde, erstmals tatsächlich zur Ausführung von Umsätzen verwendet worden? Falls ja, bitte eine „1“ eintragen	370		
73	(Geben Sie bitte auf besonderem Blatt für jedes Grundstück oder Gebäude gesondert an: Lage, Zeitpunkt der erstmaligen tatsächlichen Verwendung, Art und Umfang der Verwendung im Erstjahr, insgesamt angefallene Vorsteuer, in den Vorjahren - Investitionsphase - bereits abgezogene Vorsteuer)			
74				
75	Haben sich im Jahre 2005 die für den ursprünglichen Vorsteuerabzug maßgebenden Verhältnisse geändert bei			
76	1. Grundstücken, Grundstücksteilen, Gebäuden oder Gebäudeteilen , die innerhalb der letzten 10 Jahre erstmals tatsächlich und nicht nur einmalig zur Ausführung von Umsätzen verwendet worden sind? Falls ja, bitte eine „1“ eintragen	371		
77	2. anderen Wirtschaftsgütern und sonstigen Leistungen , die innerhalb der letzten 5 Jahre erstmals tatsächlich und nicht nur einmalig zur Ausführung von Umsätzen verwendet worden sind? Falls ja, bitte eine „1“ eintragen	372		
78	3. Wirtschaftsgütern und sonstigen Leistungen , die nur einmalig zur Ausführung von Umsätzen verwendet worden sind? Falls ja, bitte eine „1“ eintragen	369		
79	Die Verhältnisse, die ursprünglich für die Beurteilung des Vorsteuerabzugs maßgebend waren, haben sich seitdem geändert durch			
80	<input type="checkbox"/> Veräußerung	<input type="checkbox"/> Lieferung i.S. des § 3 Abs. 1b UStG	<input type="checkbox"/> Wechsel der Besteuerungsform, § 15a Abs. 7 UStG	
81	<input type="checkbox"/> Nutzungsänderung, und zwar			
82	<input type="checkbox"/> Übergang von steuerpflichtiger zu steuerfreier Vermietung oder umgekehrt bzw. Änderung des Verwendungsschlüssels bei gemischt genutzten Grundstücken (insbesondere bei Mieterwechsel)			
83	<input type="checkbox"/> steuerfreie Vermietung bisher eigengewerblich genutzter Räume oder umgekehrt; Übergang von einer Vermietung für NATO- oder ähnliche Zwecke zu einer nach § 4 Nr. 12 UStG steuerfreien Vermietung			
84	<input type="checkbox"/>			
85	Vorsteuerberichtigungsbeträge	nachträglich abziehbar EUR	Ct	zurückzuzahlen EUR
86	zu 1. (Grundstücke usw., § 15a Abs. 1 Satz 2 UStG) .			
87	zu 2. (andere Wirtschaftsgüter usw., § 15a Abs. 1 Satz 1 UStG)			
88	zu 3. (Wirtschaftsgüter usw., § 15a Abs. 2 UStG)			
89	Summe	357		359
90		zu übertragen in Zeile 100		zu übertragen in Zeile 97

Musterformular Umsatzsteuererklärung (Seite 4)

– 4 –

Steuernummer:

Zelle	F. Berechnung der zu entrichtenden Umsatzsteuer	Steuer EUR	Ct
91	Umsatzsteuer auf steuerpflichtige Lieferungen, sonstige Leistungen und unentgeltliche Wertabgaben (aus Zeile 60)		
93	Umsatzsteuer auf innergemeinschaftliche Erwerbe (aus Zeile 13 der Anlage UR)		
94	Umsatzsteuer, die vom letzten Abnehmer im innergemeinschaftlichen Dreiecksgeschäft geschuldet wird (§ 25b Abs. 2 UStG) (aus Zeile 20 der Anlage UR)		
95	Umsatzsteuer, die vom Leistungsempfänger geschuldet wird (§ 13b Abs. 2 UStG) (aus Zeile 27 der Anlage UR)		
96	Umsatzsteuer, die vom Abnehmer als Auslagerer geschuldet wird (§ 13a Abs. 1 Nr. 6 UStG) (aus Zeile 30 der Anlage UR)		
97	Vorsteuerbeträge, die auf Grund des § 15a UStG zurückzuzahlen sind (aus Zeile 89)		
98	Zwischensumme		
99	Abziehbare Vorsteuerbeträge (aus Zeile 71)		
100	Vorsteuerbeträge, die auf Grund des § 15a UStG nachträglich abziehbar sind (aus Zeile 89)		
101	Verbleibender Betrag		
102	In Rechnungen unrichtig oder unberechtigt ausgewiesene Steuerbeträge (§ 14c UStG) sowie Steuerbeträge, die nach § 6a Abs. 4 Satz 2 UStG geschuldet werden 318		
103	Steuerbeträge, die nach § 17 Abs. 1 Satz 6 UStG geschuldet werden 331		
104	Steuer-, Vorsteuer- und Kürzungsbeträge, die auf frühere Besteuerungszeiträume entfallen (nur für Kleinunternehmer, die § 19 Abs. 1 UStG anwenden) 391		
105	Umsatzsteuer Überschuss - bitte dem Betrag ein Minuszeichen voranstellen -		
106	Anrechenbare Beträge (aus Zeile 21 der Anlage UN)		
107	Verbleibende Umsatzsteuer (bitte in jedem Fall ausfüllen) Verbleibender Überschuss - bitte dem Betrag ein Minuszeichen voranstellen - 816		
108	Vorauszahlungssoll 2005 (einschließlich Sondervorauszahlung)		
109	Noch an die Finanzkasse zu entrichten - Abschlusszahlung - (bitte in jedem Fall ausfüllen) Erstattungsanspruch - bitte dem Betrag ein Minuszeichen voranstellen - 820		
110			
111			
112			
113			
114	Bearbeitungshinweis		
115	1. Die aufgeführten Daten sind mit Hilfe des geprüften und genehmigten Programms sowie ggf. unter Berücksichtigung der gespeicherten Daten maschinell zu verarbeiten.		
116	2. Die weitere Bearbeitung richtet sich nach den Ergebnissen der maschinellen Verarbeitung.		
117			
118	Kontrollzahl und/oder Datenerfassungsvermerk		
119			
120			

Merkblatt für Arbeitgeber und Unternehmer zur elektronischen Abgabe der Lohnsteueranmeldung und Umsatzsteuervoranmeldung

Merkblatt für Arbeitgeber und Unternehmer

Verpflichtung zur elektronischen Übermittlung von Steuerdaten

I. Elektronische Übermittlung der Umsatzsteuer-Voranmeldungen und Lohnsteuer-Anmeldungen für Besteuerungszeiträume ab 2005

Nach dem Steueränderungsgesetz 2003 (BGBl 2003 Teil I Seite 2645 ff) sind Unternehmer und Arbeitgeber verpflichtet, **Umsatzsteuer-Voranmeldungen** und **Lohnsteuer-Anmeldungen** auf **elektronischem Weg** abzugeben (§ 18 Abs. 1 Umsatzsteuergesetz - UStG, § 41a Einkommensteuergesetz - EStG). Dies gilt für alle nach dem 31.12.2004 endenden Anmeldezeiträume. Aus diesem Grund entfällt für Besteuerungszeiträume ab 2005 der automatische Versand von Steueranmeldungsdrucke.

Voraussetzung für die elektronische Abgabe von Steueranmeldungen ist

⇒ **ein PC mit Internetanschluss**

⇒ **eine spezielle Software, mit der die Daten verschlüsselt und mit dem höchsten Sicherheitsstandard übermittelt werden**

Das von der Finanzverwaltung hierfür bereitgestellte Programm „ELSTER-Formular“ ist als kostenlose Downloadversion im Internet unter **www.elster.de** (ab 17.01.05) bzw. gratis auf CD-ROM im Finanzamt (ab Ende Januar 2005) erhältlich. ELSTER-Formular ermöglicht bereits jetzt die elektronische Übermittlung von Steueranmeldungen für Besteuerungszeiträume ab 2004. Unter der oben genannten Internetadresse finden Sie auch Hinweise auf Softwareprodukte anderer Hersteller, in denen die ELSTER-Software integriert ist.

⇒ **eine einmalige Erklärung nach § 6 der Steuerdatenübermittlungs-Verordnung (s. Anlage)**

Bitte reichen Sie die als Anlage beigefügte, von Ihnen persönlich unterschriebene, Erklärung bei Ihrem Finanzamt ein, bevor Sie mit der elektronischen Datenübermittlung beginnen. Die Erklärung kann auch unter der oben genannten Internetadresse heruntergeladen werden.

Verfügen Sie nicht über die notwendigen technischen Voraussetzungen, die für die Übermittlung elektronischer Steueranmeldungen erforderlich sind, kann Ihnen zur Vermeidung einer unbilligen Härte auf Antrag die Abgabe der Steueranmeldungen in Papierform weiterhin gestattet werden. Eine unbillige Härte kann vorliegen, wenn und solange es Ihnen nicht zumutbar ist, die technischen Voraussetzungen einzurichten. Der Antrag wegen unbilliger Härte ist beim Finanzamt schriftlich einzureichen und hinreichend zu begründen.

Merkblatt für Arbeitgeber und Unternehmer zur elektronischen Abgabe der Lohnsteuerbescheinigung

II. Elektronische Lohnsteuerbescheinigung des Kalenderjahres 2004

Nach dem Steueränderungsgesetz 2003 (BGBl 2003 Teil I Seite 2645 ff) sind Arbeitgeber mit maschineller Lohnabrechnung verpflichtet, der Finanzverwaltung die **Lohnsteuerbescheinigung** (§ 41b EStG) bis spätestens 28. Februar 2005 **elektronisch** zu übermitteln. Dies gilt erstmals für die Lohnsteuerbescheinigung des Kalenderjahres 2004.

Die elektronische Übermittlung muss nach amtlich vorgeschriebenem Datensatz erfolgen und erfordert die Bildung eines lohnsteuerlichen Ordnungsmerkmals (sog. eTIN) nach amtlich festgelegter Regel durch den Arbeitgeber. Einzelheiten zum Ablauf der Datenübermittlung bzw. zur Bildung der eTIN entnehmen Sie bitte der Information des Herstellers der von Ihnen verwendeten Lohnbuchhaltungssoftware, in der die elektronische Übermittlung als neue Funktion enthalten sein sollte.

Nähere Informationen erhalten Sie im Internet unter **www.elsterlohn.de** und in einem "Startschreiben" des Bundesministeriums für Finanzen unter www.bundesfinanzministerium.de welches auch im Bundessteuerblatt veröffentlicht wird (BMF-Schreiben vom 22.10.2004, AZ: IV C 5 – S 2378 – 55/04). Bei elektronischer Übertragung entfällt die Erteilung der Lohnsteuerbescheinigung auf der Rückseite der Lohnsteuerkarte bzw. die sonst vorgeschriebene feste Verbindung des maschinell erzeugten Bescheinigungsvordrucks mit der Lohnsteuerkarte. Nach Ablauf des Kalenderjahres dürfen Lohnsteuerkarten, die keine Lohnsteuerbescheinigung enthalten, den Arbeitnehmern nicht zurückgegeben werden. Nur wenn das Dienstverhältnis vor Ablauf des Kalenderjahres endet, oder die Lohnsteuerkarte eine Bescheinigung eines früheren Arbeitgebers enthält, ist sie dem Arbeitnehmer auszuhändigen.

Arbeitnehmer haben jedoch einen Anspruch darauf, dass sie vom Arbeitgeber einen nach amtlich vorgeschriebenem Muster gefertigten Ausdruck der elektronischen Lohnsteuerbescheinigung erhalten, auf der auch das lohnsteuerliche Ordnungsmerkmal (eTIN) angegeben ist.

Zur Vermeidung von Rückfragen sollten Sie Ihre Arbeitnehmer bei Aushändigung des Ausdrucks der elektronischen Lohnsteuerbescheinigung über das neue Verfahren informieren. Ein Muster für ein Informationsschreiben ist diesem Merkblatt als Anlage beigelegt. Arbeitgeber, die wegen der fehlenden Übertragungsfunktion ihrer Lohnbuchhaltungssoftware nicht dazu in der Lage sind, die erforderlichen Daten fristgerecht an die Finanzverwaltung zu übermitteln, können auf begründeten Antrag ausnahmsweise von der Pflicht zur elektronischen Übermittlung von Lohnsteuerbescheinigungen des Kalenderjahrs 2004 befreit werden. Dies gilt ebenso bei Fällen unterjähriger Beschäftigung im Laufe des Jahres 2005. Die Anträge sind beim zuständigen Finanzamt zu stellen.

Sollten Sie noch weitere Fragen zur elektronischen Datenübermittlung haben, so helfen Ihnen die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen Ihres Finanzamtes gerne weiter.

Merkblatt - Information für Arbeitnehmer zur elektronischen Abgabe der Lohnsteuerbescheinigung

Information für Arbeitnehmer

Dieses Infoblatt gibt wichtige Hinweise über das geänderte Verfahren zur Ausstellung Ihrer Lohnsteuerbescheinigung.

Im Rahmen eines Gesamtprojektes der Steuerverwaltungen aller Bundesländer ("ElsterLohn") ist es dem Arbeitgeber möglich, die Arbeitnehmer-Lohnsteuerdaten elektronisch an die Finanzämter zu übertragen. Für Kalenderjahre ab 2004 ist dieses Verfahren grundsätzlich vom Arbeitgeber anzuwenden.

Die Karton-Lohnsteuerkarte des abgelaufenen Jahres erhalten Sie daher von Ihrem Arbeitgeber nicht zurück. Sie wird Ihnen nur dann ausgehändigt, wenn sie bereits eine Lohnsteuerbescheinigung eines früheren Arbeitgebers enthält oder wenn Ihr Arbeitgeber nicht am Verfahren teilnimmt.

Damit Sie wissen, welche Beträge von Ihrem Arbeitgeber elektronisch an Ihr Finanzamt übermittelt wurden, erhalten Sie eine entsprechende Aufstellung dieser Daten. Diese Aufstellung können Sie zu Ihren Unterlagen nehmen.¹

Auf der linken Seite dieses Blattes finden Sie auch Ihre sogenannte eTIN. Die eTIN ist ein Ordnungsmerkmal, das aus Ihrem Namen und Geburtsdatum gebildet wurde.

Wenn Sie ihre Einkommensteuererklärung erstellen, übertragen Sie bitte diese eTIN auf die Anlage N.

Hierüber erfolgt die Zuordnung der elektronischen Lohnsteuerbescheinigung zu Ihrer Einkommensteuererklärung. Außerdem tragen Sie bitte - wie gewohnt - die Beträge der Lohnsteuerbescheinigung (Bruttoarbeitslohn, Lohnsteuer usw.) in die Anlage N ein.

Wichtig: Bitte beachten Sie, dass künftig auch weiterhin die Lohnsteuerkarte für das aktuelle Kalenderjahr beim Arbeitgeber vorzulegen ist.

Vielen Dank für Ihre Mithilfe!

Mit freundlichen Grüßen

¹ Sollte Ihnen Ihr Arbeitgeber Ihre Lohnsteuerkarte aushändigen, fügen Sie diese wie bisher Ihrer Steuererklärung bei.

Musterformular Erklärung nach § 6 StDÜV

Steuernummer

☐ Finanzamt

Bitte mit Schreibmaschine oder in Blockschrift ausfüllen
und zutreffendes ankreuzen

└

☐ Anschrift des Steuerpflichtigen

└

Erklärung gemäß § 6 Steuerdaten-Übermittlungsverordnung (StDÜV) zur Übermittlung von

☐ Umsatzsteuer-Anmeldungen

☐ Lohnsteuer-Anmeldungen

Ich versichere, dass ich die Unterlagen und Angaben, die für die Steueranmeldung erforderlich sind, nach bestem Wissen und Gewissen vollständig und richtig übermitteln bzw. einem mit der Übermittlung beauftragten Dritten nach bestem Wissen und Gewissen vollständig und richtig zur Verfügung stellen werde. Ich werde die übermittelten Daten überprüfen und eine berichtigte Steueranmeldung abgeben, wenn ich eine Unrichtigkeit feststelle. Die übermittelten Daten werde ich nach Maßgabe des § 147 der Abgabenordnung aufbewahren.

....., den

.....
Eigenhändige Unterschrift des Steuerpflichtigen

Hinweis nach den Vorschriften der Datenschutzgesetze:

Zu den Angaben in dieser Erklärung sind Sie nach § 6 StDÜV verpflichtet.

Nur vom Finanzamt auszufüllen Verfügung

1) Die Arbeitgeber-Stelle ist ggf. zu benachrichtigen

Erledigt: _____
Namenszeichen

2) Z. d. A.

Erklärung gemäß § 6 StDÜV (LSt und/oder USt)

Lined area for notes.

Ich mache mich selbständig -

Steuertipps für Existenzgründerinnen und Existenzgründer

Herausgeber Pressestelle Finanzministerium des Landes
Mecklenburg-Vorpommern
Schloßstraße 9 – 11
19053 Schwerin
Telefon 0385 588-0
FAX 0385 588 4585
E-Mail poststelle@fm.mv-regierung.de,
Internet <http://www.mv-regierung.de>

Broschürenbestellung poststelle@fm.mv-regierung.de
Telefon: 0385 588-0

Texterstellung Finanzministerium Abteilung 3 (Steuerabteilung)
Referat 320

Fotos Umschlag: Ministerium für Arbeit, Bau und Landesentwicklung
Innen: Finanzministerium/Steuerabteilung

Gestaltung Rusch, Hackel

Stand 23. Mai 2006

Hinweis

Im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit des Finanzministeriums des Landes Mecklenburg-Vorpommern wird diese Informationsschrift „Steuertipps für Existenzgründerinnen und Existenzgründer“ herausgegeben.

Weder von Parteien noch von Wahlbewerberinnen/-bewerbern oder Wahlhelferinnen/-wahlhelfern darf diese Informationsschrift während eines Wahlkampfes zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für die Kommunal-, Landtags- und Bundestagswahlen sowie auch für die Wahl der Mitglieder des Europäischen Parlaments. Missbräuchlich ist insbesondere die Verteilung auf Wahlveranstaltungen, an Informationsständen der Parteien sowie das Aufkleben, Aufdrucken oder Einlegen parteipolitischer Informationen oder Werbemittel. Gleichfalls ist eine Weitergabe an Dritte zum Zwecke der Wahlwerbung untersagt.

Diese Druckschrift darf auch ohne zeitlichen Bezug zu einer bevorstehenden Wahl nicht in einer Weise verwendet werden, die als Parteinahme der Landesregierung zu Gunsten einzelner politischer Gruppen verstanden werden könnte. Den Parteien ist es jedoch erlaubt, diese Informationsschrift zur Unterrichtung ihrer Mitglieder zu verwenden.

Dieses Merkblatt soll – als Service der Finanzverwaltung – nur erste Hinweise geben und erhebt daher keinen Anspruch auf Vollständigkeit.

Weitere Fach-Informationen bietet Ihnen auch die Internetseite Finanzministerium Mecklenburg-Vorpommern/Landesregierung unter www.fm.mv-regierung.de oder www.elster.de.



Finanziert aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds sowie des Ministeriums für Arbeit, Bau und Landesentwicklung Mecklenburg-Vorpommern.